KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 196 März / April 2018 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 196 März/April 2018


Die Bevölkerung von Efrîn demonstriert gegen den Krieg, den der NATO-Staat Türkei gegen sie führt.



Am diesjährigen Langen Marsch zum Jahrestag der Entführung Abdullah Öcalans forderten Menschen aus vielen verschiedenen Ländern seine Freilassung und ein Ende des Krieges.


Bereits 1980 lernte Beate Reiß die kurdische Bewegung kennen und war Mitbegründerin einer der ersten Solidaritätsgruppen. Am 5. Februar starb sie nach langer Krankheit in Hamburg.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Befreiung Raqqas, der selbsterklärten Hauptstadt des Islamischen Staates, durch die Demokratischen Kräfte Syriens mehrten sich zum Jahreswechsel noch die Zeichen für ein allmähliches Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und für einen Beginn politischer Gespräche zur Beilegung des Konflikts.

Am 20. Januar, als die türkische Regierung ihren seit Jahren angedrohten Angriff auf Efrîn wahr machte, stellte sich für die Menschen dort wieder die zentrale Frage von Krieg und Frieden. Nach dem IS ist es nun direkt das NATO-Mitglied Türkei im Verbund mit dschihadistischen Söldnern, das den überwiegend kurdisch bevölkerten Kanton Efrîn in Nordsyrien völkerrechtswidrig angreift. Dabei werden lokale Verteidigungseinheiten ebenso massakriert wie Zivilisten. Die internationale Staatengemeinschaft schweigt zum türkischen Annektierungsversuch und den gut dokumentierten Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen. Die internationale Öffentlichkeit jedoch nicht. Auf der ganzen Welt ist es ihre heftige Kritik, die den lokalen kurdischen Widerstand nicht ignoriert. Massenproteste unterstützten 2014 die Verteidigung Kobanês und halfen, das Blatt zu wenden. Heute brauchen wir internationale Massenproteste für ein Ende der türkischen Invasion. Die kurdische Freiheitsbewegung hat sich nämlich klar positioniert: »Unsere strategischen Partner sind die globalen demokratischen Kräfte.«

Wir vergessen nicht, dass hinter dieser breiten Öffentlichkeit und dem Interesse an den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungsprozessen in Kurdistan jahrzehntelange Arbeit von Menschen steht, den »Freunden des kurdischen Volkes«, die sich bereits in den Zeiten, als der demokratische Widerstand in Kurdistan noch allein war, an die Seite der kurdischen Gesellschaft stellten. Einer dieser Menschen war Beate Reiß, die am 5. Februar nach langer Krankheit starb. Bereits 1980 lernte sie die kurdische Bewegung kennen und gründete die erste Solidaritätsgruppe mit. Sie arbeitete jahrelang in der Redaktion des Kurdistan Report. In diesem Sinne gedenken wir Beates voller Achtung und Dankbarkeit.

Der Solidarität demokratischer Kräfte in Deutschland mit dem kurdischen Freiheitskampf und der Rolle der Bundesrepublik im Krieg gegen die kurdische Gesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. So wird dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg von deutschen Kampfpanzern »Leopard 2« begleitet, und damit nicht genug werden Proteste in Deutschland für ein Ende des türkischen Besetzungskrieges untersagt. So erließ jetzt während der Redaktionsarbeit das Polizeipräsidium Köln zwei Verbotsverfügungen, in denen dem größten kurdischen Dachverband in Deutschland NAV-DEM das Recht bestritten wird, »öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und durchzuführen«. Man will sich von kurdischer Seite dieser Verbotspolitik nicht beugen und rechtliche Schritte dagegen einleiten.

So wird vor diesem Hintergrund auch anlässlich des diesjährigen Newrozfestes in Hannover ein starkes Zeichen der Solidarität mit der Bevölkerung von Efrîn und gegen den Krieg des Erdoğan-Regimes gesetzt werden müssen!

Newroz pîroz be! Lang lebe der Widerstand in Efrîn!

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Efrîn – kein kurdisches Problem

Nilüfer Koç, Kovorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)

Der Monat Februar ist für uns Kurden ein besonders schwieriger Monat. Denn an einem 15. Februar wurde der Volksführer der Kurden Abdullah Öcalan in einem internationalen Akt entführt. Seitdem befindet er sich als eine Geisel auf der Gefängnisinsel Imralı. Seine Entführung vor den Augen der Welt war eines der dunkelsten und ungerechtesten Kapitel in der kurdischen Geschichte. Als »Störer« sollte er mundtot gemacht werden und seiner Funktion als Denker nicht mehr nachkommen können. Doch der internationale Sonderstatus Imralı, wobei die Türkei eigentlich die Rolle des Wächters spielt, konnte Öcalan nicht daran hindern, sein Denken den Kurden zur Verfügung zu stellen. Seinen Ideen ist es zu verdanken, dass sie heute im Nahen/Mittleren Osten die Grundlage für den demokratischen Konföderalismus in Nordsyrien gelegt haben. Er hat es geschafft, die Kurden zu überzeugen, dass nicht nur sie, sondern auch alle anderen Völker des Nahen/Mittleren Ostens Opfer hegemonialer Politik geworden sind. Dass nicht nur Kurden auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak, Syrien aufgeteilt wurden, sondern auch die arabischen Stämme, Assyrer, Armenier, Turkmenen, Tschetschenen Opfer der Teile-und-herrsche-Politik geworden sind. In der Demokratischen Föderation Nordsyrien (DFNS) bezeichnen sich heute diese Volksgruppen als Bürger und Bürgerinnen der autonomen Selbstverwaltung. Durch die Vermittlung Öcalans wird heute eine ganz andere Art der Demokratie geschaffen. Eine Demokratie, die zuallererst auf die Frage der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern eingeht. Diese Gleichberechtigung bildet die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit bei jeder der sozialen Gruppen. Dieses Kriterium haben nicht nur Kurden, sondern auch Araber, Assyrer, Turkmenen, Tschetschenen, Aleviten, Christen, Êzîden, Muslime angenommen. Heute wird Öcalan in der DFNS nicht nur als ein Führer der Kurden gesehen, sondern hat die Herzen aller Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften der DFNS gewonnen. Seine Ideen und Vorschläge für Demokratie und Frieden sind heute auch außerhalb Kurdistans angekommen. Er hat den Krieg gegen sich mit seinen Ideen für die Freiheit der Frauen und Völker gewonnen.

Auch der Kanton Efrîn in Nordsyrien, der gegenwärtig beschossen wird, ist Resultat seiner Ideen. Da auch hier das gesellschaftliche Fundament fest sitzt, wird es schwer sein, diesen Kanton völlig zu eliminieren. Es kann durchaus sein, dass die Stadt wie in Kobanê (Ain al-Arab) 2015 in Schutt und Asche gelegt wird, aber der Widerstand zeigt, dass sich die Menschen in Efrîn nicht stellen. Diese Einstellung ist zugleich die Sicherheit des Erfolges.

Die schwierige Endphase des Syrienkonflikts: Efrîn

Seit dem 20. Januar 2018 steht der kurdisch dominierte Kanton Efrîn in Nordwestsyrien unter türkischem Beschuss. Als Kanton der Demokratischen Föderation Nordsyrien war Efrîn eine sichere Fluchtregion für vom Islamischen Staat (IS) verfolgte Araber, Christen und Êzîden.

Erdoğan hatte bereits letztes Jahr mehrmals signalisiert, er werde einen »kurdischen Korridor zum Mittelmeer« nicht zulassen. Diplomatisch hatte er sich Russland und den USA aufgedrängt, um Erlaubnis für den Angriff auf Efrîn zu bekommen. In der dritten Januarwoche 2018 wurde ihm grünes Licht gegeben, Efrîn für kurze Zeit unter Beschuss zu nehmen, um den Kanton zu schwächen.

Erdoğan nutzte diese Gelegenheit und sprach sehr selbstsicher davon, Efrîn binnen einiger Tage plattzumachen. Andere Regierungen bestätigten Erdoğan im Grunde diplomatisch mit Phrasen wie »Wir verstehen die Bedenken der Türkei«. Efrîn wurde durch das türkische Militär und dessen Bündnispartner der verschiedenen Al-Qaida-Gruppen aus der Luft und vom Boden aus täglich 24 Stunden bombardiert. Erdoğan hat aber sein Versprechen nicht halten können, da er in Efrîn auf unerwarteten Widerstand stieß. Dieser Widerstand hat nicht nur bei Arabern und Assyrern in Nordsyrien zu einer noch stärkeren Solidarität geführt, sondern weltweit.

Menschen in Europa, den USA, Russland, Australien, Japan, Indien, allen Teilen Kurdistans, im Nahen/Mittleren Osten etc. beweisen permanent »Efrîn ist Widerstand – Widerstand ist überall!«

Viele Bürger und Bürgerinnen der USA, Russlands und europäischer Staaten beschuldigen ihre Regierungen des Verrats an den Kurden, da sie empört sind über die schmutzige Machtpolitik. Sie sind nicht nur empört, dass die Türkei mit dem Einmarsch in fremdes Territorium einen illegalen Akt verübt, sondern vor allem darüber, dass die Staatengemeinschaft dazu schweigt. Dabei, so meinen viele, hätten die Kurden die Welt bislang vor der globalen Gefahr des IS geschützt. Ihr menschliches Gewissen, ihre humane Moral, die sie mit Kurden gemeinsam zum Ausdruck bringen, ist außerordentlich. Man kann sagen, dass diese Solidarität eine Art Quelle ist, aus der der Widerstand in Efrîn seine Stärke bezieht. Diese Solidarität ist in ihrer Qualität eine ganz andere als bei der Befreiung Kobanês 2015. Hier kritisieren die Bürger und Bürgerinnen ihre Regierungen und beschuldigen sie der Heuchelei. Die Kurden brauchen auch gar nicht mehr zu sprechen, Millionen andere Menschen tun das für sie. Es ist eine historische Entwicklung für uns Kurden. Daher ist der Krieg gegen Efrîn kein kurdisches Problem! Sondern er ist zum einem globalen Aspekt geworden.

Efrîn – ein globales Problem

In weltpolitischer Hinsicht wird die Schlacht um Efrîn maßgeblich die Zukunft Syriens entscheiden. Efrîn symbolisiert sozusagen die Endphase des Krieges in Syrien, dem diplomatische Verhandlungen folgen werden. In dieser letzten Runde wollen die verschiedenen Interessengruppen einige geostrategisch wichtige Regionen für die spätere Aufteilung klären, damit der Weg zum Verhandlungstisch geebnet ist.

Wer Efrîn unter Kontrolle bekommt, wird auch über die künftige Energieroute bestimmen. Über Efrîn hat man Zugang zum Mittelmeer, über den später Erdöl und -gas nicht nur aus Nordsyrien und dem Nordirak (Südkurdistan), sondern auch aus dem asiatischen Raum (Iran, Russland etc.) einfacher und kostengünstiger auf den Weltmarkt gebracht werden können. Mit Äußerungen wie der, er werde »keinen kurdischen Korridor zum Mittelmeer dulden«, positionierte sich Erdoğan letztes Jahr mehrmals öffentlich zu Efrîn.

Die Gründe für den türkischen Einmarsch in Efrîn sind den Kurden mehr als bekannt. 2015 hatte Erdoğan seinen Hass auf Kurden mit Sätzen demonstriert wie »Selbst wenn im All zehn Kurden zusammenkommen, wird dies die Türkei stören«. Damit hatte er damals den Krieg gegen Kobanê legitimiert.



Trotz der anhaltenden Luft- und Artillerieangriffe der zweitgrößten NATO-Armee geht die Bevölkerung Efrîns auf die Straße, um gegen den Angriffskrieg der Türkei zu protestieren. Mit ihren Demonstrationen setzen sie ein Zeichen, dass sie weder kapitulieren noch sich vertreiben lassen. Foto: MA



Die Bevölkerung ist organisiert, um sich gegen die Einnahme Efrîns durch Erdoğans Armee und seine dschihadistischen Söldner zu verteidigen. Foto: Rojava Photo

Wichtig ist zu wissen, dass die Türkei im Aufteilungskrieg in Syrien, der jetzt in Efrîn konzentriert ist, als Knüppel gegen die DFNS eingesetzt wird. Dabei wird allerdings die AKP-Regierung fatal unterschätzt. Genauso wie sich die USA und Russland die Kontrolle über Syrien aufteilen wollen, besteht Erdoğan darauf, dass die Türkei rechtmäßige Erbin Nordsyriens als ehemalige osmanische Provinz sei. Er hatte versprochen, es bis zum hundertsten Jahrestag des Vertrages von Lausanne, also 2023, zu annektieren. Nun hat er sämtliche Al-Qaida-Gruppen aktiviert, um den Krieg in Efrîn zu gewinnen, »koste es, was es wolle«. Ist Efrîn geschwächt, wird Erdoğan für die Annektierung Aleppos aktiv werden. Denn der Verlauf des Krieges in Syrien wird auch seine Zukunft bestimmen. Er hat in den letzten sieben Jahren sehr viel in diesen Krieg investiert. Daher ist der Widerstand in Efrîn ein Widerstand für die Einheit ganz Syriens.

Efrîn sagt Nein zum Neokolonialismus

In der russischen Machtpolitik im Hinblick auf Efrîn hat Erdoğan eine Chance gewittert und erneut einen Angriffsversuch unternommen.

Russland hatte von der politischen Führung der DFNS gefordert, den Kanton Efrîn dem syrischen Regime zu übergeben. Verständlicherweise lehnte sie dies klar und deutlich ab. Efrîn wurde von den Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) nicht für das Regime vom IS befreit, sondern für die Bürger und Bürgerinnen. Auch ist der Kanton Cizîrê nicht für die USA, sondern für die Kurden, Araber, Assyrer, Êzîden, Christen, Tschetschenen, Turkmenen befreit worden. Denn die YPG/YPJ und die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) bestehen aus Frauen und Männern dieser Völker und sind keine bezahlten Söldner oder Instrumente fremder Mächte. Heute verwalten diese Volks- und Glaubensgemeinschaften ihre Gebiete im Rahmen eigener Verwaltungsstrukturen. Bei der Zusammenarbeit der YPG/YPJ und QSD mit Russland und den USA ging es um eine militärische Zusammenarbeit für die gemeinsame Bekämpfung des IS und aller Al-Qaida-Gruppen. Das heißt, weder ist Cizîrê US-amerikanische Kolonie noch Efrîn russische Kolonie. Als Global Player mögen die beiden Supermächte die Dinge anders sehen, aber die Sicht der Bürger und Bürgerinnen der DFNS ist ausschlaggebend. Würden sich die drei DFNS-Kantone als Kolonie einer der Mächte verstehen, so würde es heute keinen Krieg in Efrîn geben. So hätte man kein Problem mit dem

IS in Cerablus (Dscharabulus) gehabt, als die USA der Türkei grünes Licht zum Einmarsch gegeben hatten, da die DFNS Washingtons Forderung nicht gefolgt war. Der Widerstand in Efrîn spricht für sich: Efrîn wird keine Neokolonie irgendeiner Macht werden, koste es, was es wolle.

Die Türkei zerstört nicht Efrîn, aber die Demokratie und sich selbst!

Die Demokratische Föderation Nordsyrien, ein Zusammenschluss von Kurden, Arabern, Assyrern, Tschetschenen, Turkmenen sowie den Glaubensgemeinschaften der Êzîden, Christen, Aleviten und Muslime, stellt ein Hindernis bei der Aufteilung Syriens dar. Denn sie steht für die Einheit Syriens und kämpft für einen radikalen Wandel des bisherigen repressiven Baath-Regimes. Das Modell, die DFNS, soll das Fundament des zukünftigen Syriens bilden. Die DFNS kämpft um die Einheit und nicht um die Spaltung Syriens. Während die regionalen und globalen Mächte das Land unter sich aufspalten wollen. Man könnte sagen, auch eine weitere Unwahrheit über die Kurden ist entlarvt worden. Jahrelang wurde ihnen der Vorwurf des Separatismus gemacht und der Türkei wurde Verständnis entgegengebracht bei der Bekämpfung der Kurden. Die Wahrheit ist aber, dass außer diesen alle anderen den Staat Syrien aufspalten wollen. Allen voran die Türkei, da sie mit dem Einmarsch in Efrîn deutlich gezeigt hat, dass sie die staatlichen Grenzen Syriens nicht akzeptiert.

Die DFNS ist die bislang einzige Alternative zur Kriegspolitik in Syrien. Der bereits jetzt absehbare Erfolg in Efrîn wird auch die demokratische Alternative auf den Verhandlungstisch bringen. Efrîn wird gewinnen, da es die Solidarität aller vier Teile Kurdistans und der internationalen Öffentlichkeit genießt. Der Widerstand in Efrîn wird gewinnen, weil die Türkei mit ihrer Besatzungspolitik dort in einen Sumpf geraten ist und seit Wochen nur wenige Meter weit in Efrîn eindringen konnte.

Türkei will durch Efrîn den IS wiederbeleben

Eine weitere Befürchtung infolge des Krieges in Efrîn ist die höchstwahrscheinliche Gefahr, dass die Türkei, sollte sie in irgendeiner Form Fortschritte erzielen, den IS und alle Gruppen der al-Qaida als Drohung reanimieren wird. Immerhin halten sich noch mehrere Tausend Angehörige solcher Gruppen unter türkischer Kontrolle in Idlib, Cerablus, Azaz auf. Hier liegt auch ein weiterer Grund für die türkische Efrîn-Invasion. Bislang hatte die Türkei diese Gruppen als Handlager in Nordsyrien eingesetzt. Nach der Befreiung Raqqas als IS-Hauptstadt und der Region um Deir ez-Zor im Oktober/November 2017 hatte der IS eine Niederlage erlitten. Mit dem Einsatz ihrer Spezialeinheiten, die bislang den IS ausgerüstet hatten, will die Türkei in Efrîn diese Gruppen zum Kampf motivieren. Diese Absicht stellt nicht nur eine Gefahr für die DFNS dar, sondern sie ist auch eine globale Gefahr.

Mit Efrîn soll die Türkei geschwächt werden

Aufgrund ihrer neoosmanischen Expansionspolitik hat es die Türkei vor allem im Syrienkonflikt mit allen dort beteiligten Mächten aufgenommen. Sie hält sich nicht mehr an die Interessenpolitik der NATO, der internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS, sie folgt nicht mehr den EU-Richtlinien. Mit der AKP ist die Türkei für viele ein Störfaktor. Auch innerhalb der Türkei sind Erdoğan und vor allem das Bündnis aus der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der Partei für eine Nationalistische Bewegung (MHP) ein extrem repressives Regime. Meinungs-, Presse-, Organisationsfreiheit, alles ist jetzt verboten. Nordkurdistan wird wegen des Ausnahmezustands permanent bekämpft. Unerträgliche Zustände sind Alltag. Dennoch ist der Widerstand in Nordkurdistan groß, wie es zuletzt auf dem Kongress der Demokratischen Partei der Völker (HDP) am 10. Februar in Ankara der Fall war. Zehntausende waren zusammengekommen und hielten Erdoğan entgegen: »Überall ist Efrîn – überall ist Widerstand!« Einen Tag später wurden gegen die HDP mehrere Untersuchungsverfahren verhängt. Ärzte, die sich gegen den Krieg in Efrîn ausgesprochen hatten, wurden verhaftet und entlassen.

Dass allen voran die Kurden, die Demokraten in der Türkei die AKP-MHP-Koalition loswerden wollen, ist richtig. Aber auch, dass die USA, Russland, die EU Probleme mit der Türkei haben, ist offensichtlich.

Nur sollte man die Türkei nicht mithilfe des Krieges mit den Kurden in Efrîn schwächen wollen. Anders ist es auch möglich. Die Unzufriedenheit aller in Syrien und dem Irak aktiven Staaten mit der Türkei sollte nicht über die Kurden ausgetragen werden. Das ist gegen jede menschliche Kultur und unethisch. Ferner wird die Türkei, wenn sie in Efrîn kein Resultat erzielt, irgendwo anders im Nahen/Mittleren Osten Unruhe stiften. Dafür hat sie die Kapazitäten und auch die Voraussetzungen. Sie ist sich ihrer geostrategischen Bedeutung für die NATO und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) bewusst und profitiert davon.

Diplomatische, politische, militärische und vor allem wirtschaftliche Sanktionen gegen die AKP/MHP wären effektiver und schneller. Denn die Türkei mit der AKP und der MHP unter Erdoğan ist auf dem besten Wege, sich zu einem totalitären Regime mit faschistoidem Charakter zu entwickeln.

Bis zu den Wahlen 2019 will Erdoğan das Fundament für den türkischen Faschismus festigen und ihn verfassungsmäßig endgültig offiziell machen. Die extrem gestiegene Expansionslust Erdoğans im Nahen/Mittleren Osten muss gestoppt werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass er auch über die Al-Qaida-Gruppen verfügt wie kein anderer Staat. Auch hält er weiterhin die islamische Karte auf der Hand, mit der er in der islamischen Welt an Einfluss gewinnen kann. Wie am Beispiel der Frage Jerusalems als Hauptstadt Israels. Die Türkei wird durch diese Intension mit Gewissheit zu einer regionalen wie globalen Bedrohung. Weder die USA noch Russland noch die EU und vor allem die Bundesrepublik Deutschland sollten durch ihre gegenseitige Konkurrenzpolitik der Türkei Gelegenheit zum wachsenden Faschismus bieten. Denn mit Erdoğan hat der türkische Staat seine ganze Hoffnung auf die Besetzung Nordsyriens und des Nordiraks gesetzt. Dafür wird der Charakter des Staates selbst faschistisch. Wir haben es mit einem zunehmenden Problem zu tun. Die Türkei profitiert von der Konkurrenz der globalen Mächte in Nordsyrien und im Nordirak. Wie jetzt in Efrîn. Russland ist bemüht, die Türkei gegen die NATO auf seine Seite zu ziehen, und hat daher grünes Licht für den Einmarsch gegeben. Während die USA bemüht sind, den türkischen Weg nach Eurasien Richtung SOZ zu versperren. Wie zu Zeiten des Kalten Krieges balanciert die Türkei nun zwischen NATO und SOZ. Das strategische Ziel Großtürkei kann man nicht durch Kurden aufhalten. Auch die Türkei hat ein eigenes Konzept für den Nahen und Mittleren Osten wie die USA, Russland und die EU. Dabei geht es jetzt primär um Nordsyrien, aber sie will alle Territorien zurück, die sie nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches verloren hat.

Die Türkei profitiert von der Konkurrenz der globalen Mächte in Nordsyrien und im Nordirak. Wie jetzt in Efrîn. Russland ist bemüht, die Türkei gegen die NATO auf seine Seite zu ziehen, und hat daher grünes Licht für den Einmarsch gegeben. Während die USA bemüht sind, den türkischen Weg nach Eurasien Richtung SOZ zu versperren. Wie zu Zeiten des kalten Krieges balanciert die Türkei nun zwischen NATO und SOZ.

Den globalen Mächten ist zu empfehlen, die neue Türkei mit neuen Augen wahrzunehmen. Wir haben es unter Erdoğan mit einer Türkei zu tun, die für ihren Neoosmanismus große Risiken eingeht.

Bundesregierung sollte die neue Wahrheit sehen

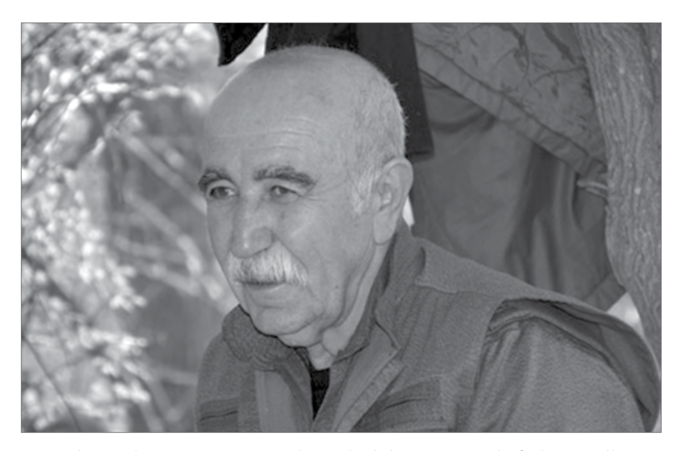
Ich freue mich, als Kurdin in Deutschland die deutsche Türkeipolitik nicht mehr (allein) kritisieren zu müssen, da dies jetzt ganz intensiv in den deutschen Medien und von den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands selbst gemacht wird. Unser Anliegen, aber auch die Ungerechtigkeit gegen uns, ist jetzt ein innerdeutsches Thema geworden. Die Regierung in Berlin wird es schwer haben zu erklären, warum sie mit Waffen und Politik ein faschistoides Regime unterstützt. Auch wenn deutsche Waffen im Rahmen der NATO-Bündnispolitik überlassen werden, so werden sie von der Türkei in Efrîn illegalerweise gegen ein fremdes Territorium in Syrien eingesetzt. Die deutsche Regierung macht sich international auch strafbar. Es ist Beihilfe zu einem illegalen Akt. Heute versucht Berlin Erdoğan durch Waffenlieferungen als »Freund« zu halten. Morgen wird er für seine Großtürkei auch Weiteres fordern, was neue Herausforderungen mit sich bringen wird. Vor allem, dass es die Regierung aufgrund des steigenden öffentlichen politischen Drucks sehr schwer haben wird. Es ist Berlin zu raten, die neue Türkei mit neuen Augen zu sehen. Und es ist der Bundesregierung zu raten, die Kurden nicht als Knüppel gegen die Türkei einzusetzen, da sie im Nahen/Mittleren Osten auch nicht mehr die alten sind. Dort hat sich die Türkei zum Negativen, die Kurden haben sich zum Positiven entwickelt. Die Türkei tendiert zu Faschismus und Diktatur, während die Kurden Demokratie entwickeln und festigen. Es wird der Bundesregierung nicht leichtfallen, die Beziehungen zu Erdoğan, einem Diktator, gegen die Förderer der Demokratie, die Kurden, zu rechtfertigen. Inmitten der globalen und regionalen Konkurrenzkriege haben es die Kurden in den letzten sieben Jahren in Nordsyrien zumindest geschafft, entgegen der »Teile-und-herrsche-Politik« alle Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften in der DFNS zusammenzubringen. Auch schwächelt die Politik der Einteilung in »böse und gute Kurden«, da im irakischen Kurdistan sowohl Parteien als auch die gesamte Bevölkerung in einem nationalen Bewusstsein hinter Efrîn stehen. Das kurdische Regionalparlament hat nicht nur eine Sondersitzung zu Efrîn einberufen, sondern auch eine Parlamentarierdelegation dorthin entsandt, in der auch die PDK präsent war. Efrîn ist für alle Kurden zu einer nationalen Angelegenheit geworden. ♦

Aufruf zum Widerstand

Die »zivilisierte« Welt ist mitverantwortlich für den Genozid an den Kurden

A. Haydar Kaytan, Vorstandsmitglied der KCK

Nach den wenig positiven Entwicklungen im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums in Başûr *[Südkurdistan]* wurde viel über den Verrat der USA und der westlichen Staaten an den Kurden geschrieben. Unter dem Vorwand des Referendums hat die irakische Armee zum Angriff auf die kurdische Verwaltung gerufen und im Zuge dessen einschließlich Kerkûk fast 50 % der Gebiete eingenommen, die zuvor faktisch unter der Kontrolle der kurdischen Autonomiebehörde standen. Die westlichen Staaten schwiegen zu diesen Ereignissen. Und nun schweigen sie auch zum Besetzungskrieg der türkischen Armee gegen Efrîn. Wegen dieser Entwicklungen sprachen nun plötzlich viele vom Verrat der globalen Hegemonialmächte an den Kurden. So könne der Westen nicht völlig auf die Türkei verzichten, dulde deshalb die türkische Besetzung und habe damit die Kurden von hinten erdolcht.



Ali Haydar Kaytan, Vorstandsmitglied der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK). Foto: YÖP

Ich möchte nun den Menschen, die zu diesem Argumentationsmuster greifen, keine schlechten Absichten unterstellen. Doch ich denke, Analysen dieser Art führen wegen des falschen Verständnisses von »Verrat« in die Irre. Denn verraten werden kann man nur von Menschen oder Mächten, die einem sehr nahestehen. Doch ein Richter, der jemanden zum Tode verurteilt, und der Henker, der dieses Urteil vollstreckt, begehen am Verurteilten keinen Verrat. Sie tun ihre »Arbeit«. Was ich damit sagen will – Verrat kann nur von Freunden oder Kampfgefährten begangen werden.

Doch kommen wir auf die kurdische Realität zu sprechen. Die Kurdinnen und Kurden sind weiterhin genozidaler Politik, Verleugnung und Vernichtung ausgesetzt. Diese Politik ist letztlich ein Werk des Imperialismus des Westens. Die Kurden befinden sich in einem permanenten Zustand des Gefangenseins. Als sei die gesamte kurdische Bevölkerung zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt und dem türkischen Kolonialstaat die Aufgabe des Gefängniswärters zugeteilt worden. Das Imralı-Gefängnis stellt in diesem Zusammenhang einen Mikrokosmos für die Haft dar, die über die gesamte Bevölkerung Nordkurdistans verhängt worden ist. Unter diesen Umständen ist die inhaftierte kurdische Bevölkerung allein dem Gewissen der gewissenlosen Gefängniswärter ausgeliefert. Vor diesem Hintergrund ist es schlichte Selbsttäuschung, wenn man nun vom Verrat des Westens an den Kurden spricht. Das sollte jeder Kurdin und jedem Kurden bewusst sein, die oder der nach einem freien Leben strebt.

Die Interessen können sich überschneiden, aber ...

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass wir zu der Erkenntnis gelangen sollten, die Kurden dürften keinerlei Beziehungen zu irgendeinem westlichen Staat aufbauen. Das wäre dogmatisch und wenig hilfreich. Jeder mit ein wenig Verstand würde das einsehen. Deshalb ist auch nichts daran auszusetzen, dass die demokratischen Kräfte Nordsyriens Beziehungen zu den Koalitionskräften aufgebaut haben. Auch die Beziehungen zu Russland sind auf diese Weise zu bewerten. Falsch wäre es hingegen, diesen Beziehungen eine strategisch-langfristige

Bedeutung beizumessen und daran Hoffnungen zu knüpfen. Die Natur des Kapitalismus beruht auf Interessen. Und Interessenpolitik ist etwas anderes als Freundschaft. So kann es passieren, dass demokratische Kräfte über einen bestimmten Zeitabschnitt Beziehungen zu Staaten aufbauen, weil sich die Interessen punktuell überschneiden. Doch baut man eine solche Beziehung auf, gibt es eine wichtige Grundregel: Man muss alle Vorkehrungen treffen, damit diejenigen, mit denen man diese »punktuelle Partnerschaft« eingeht, nicht die Möglichkeit erhalten, dich vielleicht morgen schon in ihre Falle locken zu können. Wenn du also doch hinterrücks erdolcht wirst, dann solltest du die Ursachen dafür in deinem Fehlverhalten suchen. Denn dann hast du die eiskalte Interessenpolitik des Kapitalismus nicht richtig verstanden und deshalb nicht die notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Selbstverständlich gibt es gewisse Grundwerte, die für die gesamte Menschheit von Bedeutung sind und die auch durch Staaten nicht ignoriert werden können. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Genfer Konventionen oder das Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes sind internationale Verträge und Abkommen, die auf der Grundlage dieser Werte entstanden sind. Viele dieser Abkommen sind für die Unterzeichnerstaaten verbindlich. Dennoch verschließen dieselben Staaten ihre Augen vor den genozidalen Angriffen des türkischen Staates auf die Kurden. Wenn wir von Verrat sprechen wollen, dann genau an dieser Stelle. Denn diese Staaten üben mit ihrem ignoranten Verhalten Verrat an der gesamten Menschheit. Man muss die Staaten deshalb immer wieder dazu auffordern, sich an die internationalen Vereinbarungen zu halten, die von ihnen selbst unterzeichnet wurden. Geschieht das Gegenteil, so geht es die gesamte Menschheit etwas an und wir alle müssen uns dagegen zur Wehr setzen.

Die Erdoğan-Diktatur spricht offen von der Auslöschung der Kurden

Wir beobachten derzeit, wie der faschistische türkische Staat versucht, mit der Scheinbegründung der »Ausschaltung der PKK-Gefahr« ihrem Besetzungskrieg gegen Efrîn Legitimität zu verschaffen. Doch uns ist klar, dass der Wille der kurdischen Bevölkerung nach einem freien Leben, der in Efrîn konkrete Gestalt annimmt, den türkischen Staat an den Rand des Wahnsinns treibt. Aus diesem Grund greift die Türkei auch überall dort an, wo ein Kurde für seine Freiheit kämpft. Das Ziel der türkischen Angriffe auf Rojava, Şengal, Maxmur oder Asos ist es, die Kurden in einem Zustand identitätsloser Sklaverei zu halten. Aus Sicht des türkischen Staates ist ein Kurde, der nach dem freien Leben eifert, wie ein Gefangener, der aus einem Hochsicherheitsgefängnis flieht. Er muss entweder ausgelöscht oder erneut gefangen und in die Zelle geworfen werden. Die Forderung eines Kurden nach Freiheit stellt das größte Verbrechen dar.

Der faschistische Diktator Erdoğan posaunt vor den Augen der ganzen Welt heraus, er wolle die Kurden westlich des Euphrats, wozu auch Efrîn gehört, auslöschen. Er spricht davon, die kurdische Existenz in Syrien im Westen des Euphrats nicht zu akzeptieren und diese Gebiete »säubern« zu wollen. Selbst die syrischen Regime der Vergangenheit hatten sich ein solches Vorgehen gegen die Kurden nicht angemaßt. Die gängige Definition des Völkermordbegriffs lautet: »Maßnahmen, die die (physische, ethnische, rassische und kulturelle) Existenz oder Identität einer Volksgruppe in Frage stellen.« Erdoğan kündigt also fast schon feierlich an, im Norden Syriens einen Völkermord begehen zu wollen, und die Staaten dieser Welt, die sich auf dem Papier dazu verpflichtet haben, für die Verhütung des Völkermordes einzutreten, hüllen sich in Schweigen. Doch was lässt sich von einer Zivilisation anderes erwarten, die jede Form heiliger Werte dem Profit und den eigenen Handelsinteressen geopfert hat?

Efrîn leistet Widerstand im Namen der Menschheit

Dieser Diktator erklärte vor Beginn der Efrîn-Operation allen Ernstes, dass er die Stadt ihren eigentlichen Besitzern zurückgeben wolle. Doch wer sind diese Besitzer? Als solche betrachtet er selbstverständlich seine seit Jahren herangezogenen Agenten in Syrien. Die eigentliche Bevölkerung von Efrîn wird also kurzerhand zu Besatzern erklärt, während diese auswärtigen Agenten der Türkei plötzlich die Besitzer der Stadt sein sollen. Doch Erdoğan vergisst bei diesen Gedankengängen eine zentrale Tatsache: Weder Efrîn im Besonderen noch Syrien im Allgemeinen gehören ihm.

Der Widerstand von Efrîn ist nicht bloß ein Widerstand im Namen der Kurden. Es handelt sich um einen Widerstand der Völker der Region und einen Widerstand, der im Namen der Menschheit geführt wird. Es geht bei diesem Widerstand auch nicht bloß um die Freiheit der kurdischen Identität, sondern um die freie Zukunft aller Völker des Landes. Aus diesem Grund befindet sich die gesamte Bevölkerung von Efrîn, egal welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Nation und welcher Religionszugehörigkeit im Widerstand gegen diesen Besetzungskrieg. Auch die Freunde des Volkes von Efrîn sollten diesen Widerstandswillen in ihrem Herzen fühlen und sich entsprechend dem Motto »Überall ist Efrîn, überall ist Widerstand« an diesem Kampf beteiligen. Die Gefahr für Efrîn wird nicht mit einigen Großaktionen gebannt werden können. Aus diesem Grund sollten wir uns alle in einen Zustand permanenten Widerstands begeben. ♦

Efrîn: Eine vierjährige Widerstandsgeschichte

Vielfalt und Wirtschaftskraft sollen zerstört werden

Seyit Evran, Yeni Özgür Politika 29.01.2018

Nachdem im März 2011 in der nahe der jordanischen Grenze gelegenen syrischen Stadt Daraa Aufstände begonnen hatten, wurde Monate später in Rojava *[Westkurdistan]* bzw. Nordsyrien der erste Schritt in Richtung Revolution unternommen. Am 19. Juli 2012 wurde das syrische Regime aus Kobanê (Ain al-Arab) vertrieben. Nur zwei Tage später musste es auch Efrîn verlassen und alle dortigen Institutionen wurden durch die Selbstverwaltung übernommen.

Im Verlauf des Sommers und Herbstes 2012 wurden Sicherheitskräfte für die Verteidigung Efrîns nach innen und außen aufgebaut. Auch die Koordination der Revolution in dem nordsyrischen Kanton wurde gegründet. Komitees traten zusammen, deren Aufgaben in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Brennmaterial und anderen lebensnotwendigen Dingen bestanden.

Nicht einmal drei Monate waren seit der Übernahme der Regierungsaufgaben durch die Bevölkerung Efrîns vergangen, als in dem êzîdischen Dorf Qestel Cindo und auf einen in der Nähe gelegenen Hügel die ersten Angriffe auf Rojava begannen. Nach zweitägigen Gefechten konnten sie zurückgeschlagen und das Dorf bzw. der Hügel mithilfe der Selbstverwaltungsstrukturen verteidigt werden.

Der erste Winter während der Revolution in Efrîn

Gegen die Angriffe auf das Dorf Qestel Cindo und den nahe gelegenen Hügel hatten sich die Bevölkerung Efrîns und ihre Selbstverteidigungskräfte erfolgreich wehren können. Doch mit Beginn des Winters 2012/13 wurde ein umfangreiches Embargo gegen Efrîn verhängt. Islamistische Gruppen in Azad, Aleppo und Atme sperrten zahlreiche Straßen, die in den nordsyrischen Kanton führten. Straßen, die aus Reyhanlı, Hassa, Kırıkhan, İslahiye und Kilis nach Efrîn führten, wurden durch den türkischen Staat blockiert, wodurch Efrîn von praktisch allen Seiten einem Embargo unterworfen war. Insbesondere der Transport von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und weiteren grundlegenden Bedarfsgütern wurde dadurch behindert. Den Winter verbrachte die Bevölkerung Efrîns im Zuge dieses umfassenden Embargos unter einem schweren Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel.

Um die Folgen des Embargos abzumildern bzw. zu umgehen, setzte die Bevölkerung die Wassermühlen des Kantons instand. Diese waren bis in die 1970er Jahre genutzt worden, was dann jedoch durch das syrische Regime verboten wurde. Handmühlen aus der Großelterngeneration wurden wieder funktionsfähig gemacht, um das Problem der Mehl- und Brotproduktion zu lösen. Der Mangel an Brennstoff wurde behoben, indem alte Olivenbäume und vertrocknete Bäume in den bergigen Wäldern des Kantons zu Feuerholz verarbeitet wurden.

Im Frühjahr 2013 wurde Efrîn erneut zum Angriffsziel der mit der Türkei verbündeten islamistischen Gruppen. Die ersten Angriffe richteten sich gegen die Dörfer Xezîwê, Îska, Basûtê, Celemê, Birc Ebdela, Birc Hêder, Zirixet, Basilê, Aqîbê, Soxanekê, Ziyaretê, Basûfanê, Cilbir, Bênê, die zwischen den Bezirken Şerawa und Cindirês lagen. Die erst kurz zuvor gegründeten Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ schlugen sie zurück und vertrieben die islamistischen Gruppen aus den betroffenen Dörfern.

Als diese Angriffe erfolglos blieben, begann eine neue Welle von Atme aus gegen Dörfer im Bezirk Cindirês. Auch dieser Besetzungsversuch schlug fehl und die islamistischen Kämpfer blieben an der Grenze zu Efrîn stecken. Nachdem die Offensiven dieser mit der Türkei verbündeten Gruppen fehlgeschlagen waren, machte sich der Islamische Staat (IS, damals noch ISIS) mit offener Unterstützung der Türkei und Recep Tayyip Erdoğans daran, Efrîn anzugreifen. Er hatte erst kurz zuvor begonnen, in der Region aktiv zu werden. Seine Attacken richteten sich gegen Dörfer in Cindirês, Şerawa und Şera. Auch die Angriffe des IS gegen Efrîn scheiterten und die Dörfer bzw. Bezirke Efrîns konnten erfolgreich verteidigt werden.

Syrische Binnenflüchtlinge suchen Zuflucht in Efrîn

Die im Frühjahr 2013 erfolgten Angriffe blieben nicht auf den Kanton Efrîn beschränkt. Zur gleichen Zeit fand eine umfangreiche Offensive auf die kurdischen Viertel Eşrifiye und Şeyh Maksut in der nordsyrischen Stadt Aleppo sowie zahlreiche Dörfer in der Region Şehba statt.

Fast 500.000 Menschen flohen aus Eşrifiye und Şeyh Maksut nach Efrîn. Zugleich begannen die Angriffe und Massaker in Tel Eran und Tel Hasil. Zehntausende flohen von dort nach Efrîn, das für sie eine sichere und friedliche Region darstellte, die vom Krieg in Syrien weitgehend unberührt geblieben war. Efrîn wurde zur Hauptanlaufstelle für Menschen aus ganz Syrien. Außer aus den kurdischen Vierteln in Daraa, Hama, Homs, Damaskus und Aleppo flohen Menschen aus allen Teilen Syriens in den nordsyrischen Kanton. Die Bevölkerung Efrîns verdreifachte sich infolge dieser Fluchtbewegungen.

Um den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht werden zu können, baute die Bevölkerung Efrîns aus eigener Kraft das »Geflüchtetencamp Rubar« auf. Auch in den Jahren 2014 und 2015 dauerte der Zustrom nach Efrîn an. Die Besetzung von Cerablus (Dscharabulus), al-Bab, ar-Rai und Axtare (Akhtarin) durch den türkischen Staat im Jahr 2016 führte zur Flucht Hunderttausender aus den Dörfern der Region nach Efrîn. Aufgrund der steigenden Zahlen wurde ein zweites Camp errichtet, das »Camp Şehba«.

Um die Versorgung der Geflüchteten zu gewährleisten und die mit dem seit Beginn des syrischen Krieges andauernden Embargo einhergehenden Probleme zu überwinden, wurde damit begonnen, im Dorf Durakliya (Bezirk Şera) in einer kleinen Mühle täglich 25 Tonnen Mehl zu produzieren. Mit der Inbetriebnahme einer 2014 errichteten Mehlfabrik in Basûtê, in der am Tag 80 bis 100 Tonnen Mehl produziert wurden, konnte das Versorgungsproblem gelöst werden.

Der Kanton wird ausgerufen

Durch den Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen in Efrîn konnten die zahlreichen Herausforderungen bewältigt werden, so z. B. die Verteidigung gegen die Besetzungsversuche, der andauernde Zuzug von Geflüchteten und das umfassende Embargo gegen den Kanton. Gegen Ende 2013 wurde begonnen, die Revolution in Rojava und Nordsyrien durch den Aufbau einer Koordination voranzutreiben. Damit wurde das Ziel verfolgt, der Politik internationaler Mächte etwas entgegenzusetzen, die ihre eigene Hegemonie in Syrien ausbauen



Zivilisten sind die Opfer des Angriffskriegs. Bewusst bombardiert die türkische Armee die Wohnviertel in Efrîn. Foto: MA

wollten und dafür hauptsächlich auf Akteure außerhalb Syriens setzten. Stattdessen sollte durch die Ausrufung autonomer Kantone eine Lösung aufgezeigt werden, die ihre Kraft aus den syrischen Kräften selbst bezieht. Daher wurde am 20. Januar 2014 und damit kurz vor der 3. Genfer Konferenz, die am 22. Januar stattfinden sollte, der Kanton Cizîrê ausgerufen. Darauf folgten der Kanton Kobanê am 27. Januar und die feierliche Proklamation des Kantons Efrîn am 29. Januar desselben Jahres.

Der Aufbau der Volksräte

Noch bevor der Kanton Efrîn ausgerufen worden war, hatte der Aufbau eines Volksrates für den Kanton begonnen. Er sollte sich aus 101 Mitgliedern zusammensetzen, die u. a. die in Efrîn lebenden Êzîden und Aleviten, aber auch Vertreter des Emirati- und des Bobeni-Stamms umfassen sollten. Dafür bestimmten alle Volksräte auf der Ebene der sieben Bezirke und der Dörfer die Personen, die sie im Volksrat auf Kantonsebene vertreten sollten. Nachdem die Volksräte in den Dörfern ihre Vertreterinnen und Vertreter bestimmt hatten, wurden in allen sieben Bezirken Efrîns Wahlen abgehalten, um aus den vorgeschlagenen Personen der Bezirks- und Dorfvolksräte Mitglieder für den kantonalen Volksrat Efrîns zu bestimmen. Für die alevitische und êzîdische Bevölkerung, aber auch für die Mitglieder des Emirati- und des Bobani-Stammes wurden entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung Quoten für ihre Vertretung im kantonalen Volksrat festgelegt.

Nach der Gründung des Volksrates Efrîn wurde die Ausrufung des Kantons am 29. Januar 2014 mit einer großen Zeremonie feierlich begangen. In der Koordination des Kantons erhielten der Emirati-Stamm vier und der Bobeni-Stamm zwei Sitze. Die Koordination des Kantons Efrîn setzte sich aus insgesamt 18 Sitzen zusammen.

Zur Vorsitzenden der kantonalen Koordination wurde Hevi Ibrahim Mustafa bestimmt, die in Mabeta lebte und deren Familie ursprünglich aus Dersim vertrieben worden war. Zum Vertreter Mustafas wurde der dem Emirati-Stamm zugehörige Abdulhamid Mustafa gewählt. Remzi Şeyhmus wurde als weiterer Vertreter gewählt. Er war zuvor in Efrîn in der »Konferenz-Partei«aktiv gewesen, die wiederum ein Teil des Kurdischen Nationalrats in Syrien *[ENKS; von der PDK Barzanîs nahestehenden Parteien dominiertes Bündnis]* in Efrîn war. Der Êzîde Süleyman Cafer aus dem Dorf Basûfanê wurde zum diplomatischen Vertreter Efrîns erklärt.

Efrîn unterschied sich in einigen Punkten von den anderen Kantonen. Ein entscheidender Unterschied lag zum einen in der Existenz alevitischer Kurden, die ursprünglich aus Dersim vertrieben worden waren. Zum anderen gab es im Kanton fast zwanzig êzîdische Dörfer, zu denen u. a. Qîbar, Basûfanê, Feqîra und Baflonê zählten.

Nach der Ausrufung des Kantons

Auch nach der Ausrufung des Kantons Efrîn dauerte der Zustrom von Geflüchteten aus allen Teilen Syriens an. Durch die Verlegung großer Teile der Textilindustrie aus dem größtenteils zerstörten Aleppo nach Efrîn fand eine deutliche Belebung der dortigen Wirtschaft statt. Im Verlauf von zwei Jahren nach der Ausrufung des Kantons wurden im Stadtzentrum wie auch im Umland und den Dörfern Efrîns fast dreitausend Nähereien eröffnet. Die dort produzierten Güter wurden insbesondere nach Aleppo, Damaskus und Hesekê exportiert, aber auch in andere Teile Syriens, den Libanon und nach Jordanien. Diese Entwicklung ließ Efrîn zu einem Handels- und Gewerbezentrum zwischen Aleppo und Dîlok (Antep) werden. Einer der wesentlichsten Gründe für die Angriffe auf Efrîn ist die Schwächung des Kantons als wirtschaftliches Zentrum der Demokratischen Föderation Nordsyrien.

Bildung und Universität

Nach der Ausrufung des Kantons begann im Zuge der Revolution die Etablierung muttersprachlichen Unterrichts. Damit wurde ermöglicht, dass alle Volksgruppen in ihrer jeweiligen Muttersprache unterrichtet werden. Zwar war dies bereits zuvor Praxis gewesen, doch die Kantonalkoordination gab dem muttersprachlichen Unterricht nun auch die notwendige rechtliche Sicherheit. Efrîn wurde auch zum Ort der ersten Berufsoberschule in Rojava und der Demokratischen Föderation Nordsyrien.

Efrin: Mosaik der Völker und Glaubensgemeinschaften

Efrîn ist eine Art Spiegelbild Aleppos mit seiner Völkervielfalt. Trotz ihrer teilweise geringen Anzahl leben genauso wie in Aleppo auch in Efrîn Armenier, Kurden, Turkmenen, Assyrer, Suryoye, Chaldäer und Araber. Nie gab es Probleme zwischen Kurden und den zahlreichen anderen Volksgruppen, die in Efrîn, Azaz und Şehba leben. Sie lebten stets eng verbunden und friedlich miteinander. Diese Verbundenheit ist in der Geschichte begründet. Die Türkei verfolgte deshalb stets das Ziel, die in Azaz, Axtare und ar-Rai lebenden Turkmenen in Kämpfe mit den Kurden in Efrîn zu verwickeln. Doch der türkische Präsident Erdoğan erreichte dieses Ziel nicht. Deshalb gründeten der türkische Geheimdienst MIT und die Partei der

Nationalistischen Bewegung MHP mit Beginn des Krieges in Syrien sogenannte turkmenische paramilitärische Gruppen, mit deren Hilfe Konflikte angeheizt werden sollten. Als auch dieser Plan nicht aufging, wurde unter Führung der türkischen Armee der Besetzungskrieg der islamistischen Gruppen gegen Efrîn begonnen.

Efrîn wurde zum Vorbild für Şehba

Das in Efrîn geschaffene System wurde auch zu einem Vorbild für Şehba, zu einem Beispiel für die Dörfer Şehbas, in denen Turkmenen, Kurden und Araber zusammen leben. Das begann mit der Gründung der militärischen Gruppe Dschabhat al-Akrad (Brigade der Front der Kurden). Kurz darauf wurde auch in Şehba gemäß den rechtlichen Grundlagen der Demokratischen Föderation Nordsyrien eine kantonale Koordination gegründet und die Region Şehba als Kanton ausgerufen.

Mit der Proklamation Şehbas als Kanton begann sich auch die Bevölkerung der unter türkischer Kontrolle stehenden Gebiete um Anadan, Haritan, Mare, Azaz und ar-Rai ein ähnliches Selbstverwaltungssystem zu wünschen. Auch deshalb besetzte die Türkei Cerablus, al-Bab, Azaz, Axtare und Mare.

Der vierte Jahrestag

Der Kanton Efrîn begeht seinen vierten Jahrestag unter den Folgen des türkischen Besetzungskrieges. Die Bevölkerung gibt eine organisierte und entschlossene Antwort auf diese Angriffe.



Die Schulen und Universitäten in Efrîn sind zurzeit geschlossen, denn die zivilen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser werden vom Beschuss der türkischen Armee nicht verschont. Foto: ANHA

Die Ko-Vorsitzende der kantonalen Koordination Efrîns, Hevi Mustafa, sagt zu den Gründen für die türkischen Angriffe auf Efrîn: »Wir haben hier ein System aufgebaut, in dem der Wille aller Glaubensgemeinschaften, Volksgruppen und Geschlechter Ausdruck findet. Dagegen hat die Türkei etwas. Denn wenn die Konfessionen, Völker und Geschlechter zusammenkommen, wird es sehr gefährlich für die Hegemonialmächte. Sie nutzen all ihre Möglichkeiten, um gegen diese Entwicklungen vorzugehen, die sie als Gefahr für sich betrachten.«

Als Vertreter Mustafas erklärt Abdulhamid Mustafa, selbst Mitglied des arabischen Emirati-Stammes: »Die Völker Efrîns hatten nie Probleme miteinander. Wir haben stets friedlich zusammengelebt und werden das auch in Zukunft tun. Unser Selbstverwaltungssystem ist Ausdruck der Gemeinschaft und des Zusammenhalts aller Völker.«

Der diplomatische Vertreter Efrîns, Süleyman Cafer, betont, dass Êzîden zum ersten Mal mit eigenen Vertretern in einem Führungsgremium vertreten seien: »Der Wille von uns Êzîden wurde immer ignoriert. Insbesondere in Şengal, aber auch in vielen anderen Regionen konnten wir uns nie selbst vertreten. Im Rahmen der kantonalen Koordination Efrîns begannen wir uns zum ersten Mal selbst zu vertreten. Das hatte auch Auswirkungen auf die anderen Gebiete, in denen wir Êzîden leben. Sie haben nun angefangen, zusammen mit ihrem Glauben ihrem Willen Ausdruck zu verleihen. Şengal ist dafür das beste Beispiel. Aber es bleibt nicht bloß bei der Vertretung des eigenen Willens, in Şengal werden bereits eigene Volksräte und Selbstverteidigungskräfte gebildet. Dadurch beginnen sich die Êzîden selbst zu verwalten. Das alles ist eine Folge davon, dass ich als Êzîde in der Koordination des Kantons Efrîn Platz gefunden habe.«

Der Angriff des türkischen Kolonialismus auf Efrîn dauert noch immer an. Noch immer haben es die türkische Armee und ihre islamistischen Verbündeten nicht geschafft, hier entscheidende militärische Erfolge zu erzielen. Der Kanton Efrîn hat sich lange auf die Angriffe vorbereitet. Auch im Falle eines Städtekrieges sollte niemand daran zweifeln, dass sich die gesamte Bevölkerung Efrîns erfolgreich gegen den türkischen Kolonialismus verteidigen und ihm einen historischen Schlag versetzen wird. ♦

Der Widerstand in Efrîn und seine Folgen

Um das Schicksal Nordsyriens und ganz Kurdistans

Rojbin Ekin, Jounalistin, Rojava

Der türkische Staat hat am 20. Januar zusammen mit seinen Verbündeten von der Freien Syrischen Armee (FSA) einen Besetzungsversuch in Efrîn und Nordsyrien begonnen. Diese Entscheidung zur Intervention ist keine, die die Türkei selbst getroffen hat. Es ist offensichtlich, dass dieser Angriffsplan der Türkei von Russland und den USA unterstützt wird, beides Kräfte, die im Rahmen bestimmter Vereinbarungen ihren Einfluss in der Region geltend machen. Die Öffnung des syrischen Luftraums für türkische Kampfjets durch Russland und dessen Rückzug aus Efrîn als auch der Aufruf der USA zur Besänftigung der Kontrahenten zeigen, dass diese beiden Kräfte eine Vereinbarung mit der Türkei geschlossen haben.

Der Handel um Efrîn

Folgende Worte des türkischen Regierungssprechers Bekir Bozdağ auf einer Pressekonferenz am 5. Februar belegen klar und deutlich die Unterstützung Russlands für die Intervention in Efrîn: »Vor Beginn dieser Offensive wurden viele Themen mit den russischen Vertretern, darunter auch die Öffnung des Luftraums, besprochen und bewertet und im Rahmen einer Vereinbarung wurde sich für die Öffnung des Luftraums entschieden. Über Russland haben auch syrische Vertreter ihre Erwartungen an die Türkei übermittelt. Seit diesem Tag nutzt unsere türkische Luftwaffe, die Flugzeuge und Drohnen, wirkungsvoll den Luftraum von Efrîn. Diese Nutzung dauert weiter an. Dabei gibt es bislang kein Problem.«

Die USA hingegen haben in ihrem Kampf gegen den IS die Unterstützung der Demokratischen Kräfte Syriens (arab.: QSD) in Anspruch genommen und den Einfluss des Islamischen Staates (IS), der nicht nur für den Mittleren Osten, sondern die gesamte Welt eine Bedrohung darstellt, in der Region gebrochen. Die USA sind in dieser Phase, die wir als Dritten Weltkrieg bezeichnen können, im Mittleren Osten und hier insbesondere in Syrien und im Irak bestrebt, ihre Einflusssphäre auszuweiten.

Ohne Zweifel sind Russland und die USA die wichtigsten Akteure im Dritten Weltkrieg, die vor allem in Syrien klar hervortreten und ihre Kräfte mit den Regionalmächten, aber auch untereinander messen. Beide haben sich für eine Lösung der Krise in Syrien bislang nicht an einen Tisch gesetzt. Denn ihre Pläne und Ziele in der Region stimmen nicht überein. Diese beiden Hauptakteure streben mehr den Ausbau ihres jeweils eigenen Einflusses in der Region an. Es wird versucht, die nationalstaatlichen Strukturen in der Region den eigenen Interessen entsprechend entweder auf die eigene Seite zu ziehen, zu stärken und zu unterstützen oder sie zu schwächen. Dementsprechend verhalten sich hier die Nationalstaaten gemäß den Strategien dieser beiden Kräfte. Dabei zeichnen sich vor allem die Türkei und der Iran aus. Während die USA bemüht sind, den Einfluss des Iran im Irak und in Syrien einzudämmen, nutzen sie die Türkei als NATO-Partner weiterhin im eigenen Interesse aus. Russland hingegen geht sowohl auf den Iran als auch auf die Türkei zu und versucht sie entlang seiner eurasischen Strategie in diesen Block einzugliedern. In beiden Prozessen wird eine starke Türkei als schädlich erachtet. Die Türkei, die sich mit dem Erdoğan-Regime zunehmend von demokratischen Werten entfernt, ist eine leichte Kost für die regionalen Pläne Russlands und der USA. Noch kann niemand die Folgen absehen. Es scheint, als werde der Krieg zwischen ihnen andauern und im Mittleren Osten und Kurdistan nicht bald Ruhe einkehren.

Warum ein Besetzungsangriff auf Efrîn?

Infolge der Krise haben die Kurden zusammen mit den Arabern, Armeniern, Assyrern, Turkmenen, und anderen Volksgruppen ein demokratisches und gleichberechtigtes System sowie eine Selbstverteidigung geschaffen. Während der Kampf gegen den IS anhielt, wurde auch der Aufbau dieses Systems unter Federführung der Kurden vorangetrieben. Die »Demokratische Föderation Nordsyrien« ist ein Modell für Lösungswege im krisenhaften Syrien. Die Kurden haben ohne abzuwarten Schritt für Schritt ihr System gemäß ihrem demokra-

tischen und frauenbefreiten Paradigma aufgebaut. Man kann sagen, dass sie die einzige Kraft in Syrien sind, die es geschafft haben, auf eigenen Beinen zu stehen, ohne sich von außen abhängig zu machen. Das Projekt der demokratischen Nation ist in der nordsyrischen Föderation aufgelebt. Es ist die Lösung für die Krise im Mittleren Osten und weltweit. Und das ist der eigentliche Konflikt; der zwischen den Volksgruppen, die die Föderation Nordsyriens ausmachen, und den nationalistischen, fundamentalistischen und sexistischen Kräften auf der anderen Seite.

Das Lösungsmodell der demokratischen Nation stellt eine große Gefahr dar für alle Kräfte und Nationalstaaten, die im Mittleren Osten und global um Hegemonie ringen. Die Errungenschaften der Kurden durch ihren Freiheitskampf im Mittleren Osten werden nach einer solchen Phase des Krieges entweder in einen nachhaltigen Status münden oder die Kurden werden erneut zu dem durch den Vertrag von Lausanne geteilten Kurdistan verurteilt und ohne Grundrechte in den vier Nationalstaaten weiterleben. Es ist schwierig, die erstarkten Kurden im Mittleren Osten und Kurdistan von neuem einem physischen und kulturellen Genozid auszusetzen. Die Kurden in Nordsyrien leisten auch Widerstand für die Freiheitskämpfer der Kurden in den anderen Teilen Kurdistans. Deshalb wird ein Status in Nordsyrien und Rojava *[kurd.: Westen; = Westkurdistan]* auch die anderen Teile beeinflussen und Diskussionen um einen Status für die Kurden aufbrechen. Das ist die Realität, vor der sich die Regionalstaaten fürchten, allen voran die Türkei und die internationalen Mächte.

Der Angriff auf Efrîn ist ein Besetzungsversuch, den die Türkei zusammen mit internationalen Kräften geplant hat, um die Kurden zu schwächen. Die Kurden haben es bereits so benannt. Ziel dieses Besetzungsangriffs, der die Region von Efrîn bis Minbic (Manbidsch) betrifft und eigentlich ganz Nordsyrien anvisiert, ist es, die kurdisch kontrollierten Gebiete wieder dem Regime zu öffnen und die Kurden wieder einmal von ihrer Freiheit abzubringen. Die Kurden in der Nordtürkei sind wie die anderen Gesellschaften in der Türkei dem Faschismus ausgesetzt. Südkurdistan (Nordirak) wird von einer kurdischen Leitung geführt, die von außen abhängig ist und familiäre, aber auch Stammesinteressen vertritt. Es wird seit 2015 von einer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise erschüttert. Auch Ostkurdistan (Nordwestiran) wird durch das iranische Regime unterdrückt. Deshalb ist ein Statusgewinn der Kurden in Nordsyrien wegweisend für die anderen Teile Kurdistans. Deshalb wurde Efrîn zum Ziel genommen. Auch



Demonstration in Kobanê: Efrîn wird das Grab des Faschismus werden! Foto: ANHA

wenn es noch andere Pläne und Vereinbarungen der internationalen Kräfte gibt, sieht die kurdische Seite klar diese Realität.

Efrîn stellt mit seinem Widerstand die Pläne auf den Kopf

Efrîn leistet seit dem 20. Januar zusammen mit allen in Nordsyrien lebenden Volksgruppen Widerstand. Die zweitgrößte NATO-Armee, die der Türkei, hat zusammen mit ihren islamistischen Anhängern Efrîn mit Kampfjets, Panzern, Artillerie und Mörsern unaufhörlich beschossen und versucht, auf dem Boden in Efrîn einzurücken.

Die Gesellschaft in Efrîn und die Kämpfer der QSD leisten historischen Widerstand gegen den Angriffskrieg. Auch wenn die Türkei mit psychologischen und Spezialkriegsmethoden einen Erfolg zu präsentieren versucht, entspricht dies nicht der Wahrheit. Um ihre fehlenden Erfolge zu verheimlichen, haben sie zivile Einrichtungen angegriffen. Über hundert Zivilisten, darunter auch Frauen, Kinder und Alte, wurden getötet und Hunderte wurden verletzt.

Ein anderes Ziel der Angriffe waren historische (Kult-)Stätten. Durch die Bombardements wurden die antike Tempelstadt Tell Ain Dara, das Mausoleum des Nebi Huri und historische Kirchen, Skulpturen und Brücken, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören, in den Dörfern Elbiske und Gobele zerstört. Ziel ist es, neben einem physischen Genozid auch einen kulturellen Völkermord zu verüben und die Kurden ohne historisches und gesellschaftliches Gedächtnis zu hinterlassen. Man will die Kurden aus Efrîn vertreiben und eine ethnische Säuberung vornehmen. Deshalb nimmt die Türkei den verlängerten Arm des IS, die *[ehemals al-Qaida zugehörige]* al-Nusra, in ihrem Kampf gegen Efrîn an ihre Seite. Man will Massaker in Efrîn anrichten, die Stadt bombardieren, die Menschen vertreiben und die Anhänger des türkischen Staates einnisten. Die Angriffsmethoden nutzt die Türkei nun zusammen mit der FSA, der al-Nusra in Efrîn. Der Umfang des Angriffs ist also enorm. Er ist nicht begrenzt auf Efrîn, sondern richtet sich gegen die gesamte kurdische Gesellschaft und die Volksgruppen, die es vorziehen, mit den Kurden zusammenzuleben.

Um Efrîn hat sich eine globale Widerstandsfront gebildet

Die internationalen Kräfte haben angesichts des Besetzungsangriffs bislang nur ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Es gab keine Verurteilung der zivilen Massaker. Doch um Efrîn hat sich eine große Widerstandsfront gebildet, die zunehmend wächst.

Innerhalb dieser Front war vor allem die Einheit der Kurden hervorstechend. Auch wenn wir ähnliche Bilder kurdischer Einheit während des Widerstands von Kobanê (Ain al-Arab) sahen, vermittelt die kurdische Einheit um den Widerstand von Efrîn eine andere Botschaft. Die Unterstützung der kurdischen Gesellschaft in Südkurdistan für Efrîn kann die Schritte zur Bildung der nationalen Einheit beschleunigen. Die Massendemonstrationen in den wichtigsten und größten Städten, Silêmanî (Sulaimaniya) und Hewlêr (Erbil), haben den regierenden Parteien und Führern in Südkurdistan gezeigt, dass eine nationale Einheit mit den anderen Teilen Kurdistans unumgänglich ist.

Efrîn wird gewinnen

Damit einhergehend hat der Widerstand in Efrîn etwas gänzlich Neues im Mittleren Osten geschafft. Kurden, Araber, Assyrer, Turkmenen, Aramäer, Armenier und andere Ethnien haben sich im Widerstand wiedergefunden. Seit dem 20. Januar sind die Völker der Nordsyrien-Föderation auf den Beinen, verurteilen die Intervention und erklären ihre Entschlossenheit zum Widerstand. Bis jetzt sind Hunderte Jugendliche aus verschiedenen Städten der Nordsyrien-Föderation in Richtung Efrîn unterwegs, um sich dem Widerstand anzuschließen.

Der Widerstand der QSD-Kämpfer und der Bevölkerung Efrîns gegen die Besetzungsangriffe hält weiter an. Er erlaubt dem türkischen Staat keine Erfolgsmeldungen. Stattdessen erleidet die türkische Besatzerarmee schwere Verluste. Man kann jetzt schon feststellen, dass in diesem Kampf zwischen der demokratischen Nation und der faschistischen Mentalität, die den Nationalstaat schafft, bereits die Volksgruppen gewonnen haben, die die demokratische Nation verteidigen und vom Projekt überzeugt sind. Der Widerstand von Efrîn ist der Beweis.

Bei diesem Erfolg darf nicht die Entschlossenheit der Frauen und Jugendlichen vergessen werden. Die Frauen kämpfen weiterhin mit dem Widerstandsgeist der Kämpferin der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) Avesta Xabur. So wie Arîn Mirkan zum Widerstandssymbol Kobanês wurde, ist Avesta Xabur das Symbol des Efrîn-Widerstands geworden. Die Frauen und Jugendlichen verfolgen das Ziel, Efrîn, Nordsyrien und ganz Kurdistan die Freiheit zu bringen. Also werden die Folgen des Efrîn-Widerstands den Werdegang der Föderation Nordsyriens und ganz Kurdistans bestimmen. Der ganzen Menschheit wird nochmals die Bedeutung von Widerstand demonstriert und ihre Hoffnung auf Freiheit wiederbelebt werden. Letztlich wird das Ergebnis in Efrîn auch den Verlauf des Dritten Weltkriegs verändern. ♦

Genf, Astana und Sotschi:

Ohne die Kurden wird es keine Lösung geben

Ersin Çaksu

Seit 2011 dauern die syrische Krise und die mit ihr verbundene Suche nach einer politischen Lösung an. Seither fanden fast fünfzig Treffen in Genf, Wien, München, Astana, Riad, Kairo oder Sotschi statt, die alle ergebnislos endeten. Der Verhandlungsort, an dem sich derzeit die diplomatischen Bemühungen für eine Lösung des Syrienkrieges konzentrieren, ist Sotschi. Dort fand auf Einladung Russlands am 29. und 30. Januar der »Kongress der Völker Syriens« statt. Der Hauptgrund für das Scheitern der bisherigen knapp fünfzig Verhandlungsrunden in verschiedenen Städten und Ländern liegt im Ausschluss der Kurden und anderer Völker Nordsyriens, die über einen umfassenden Lösungsvorschlag verfügen. Im Rahmen der seit Beginn des Krieges in Syrien im Jahr 2011 begonnenen Verhandlungen wurden unterschiedliche Ansätze verfolgt. Sie reichen vom »Plan der Arabischen Liga« aus dem Jahr 2011 bis zum derzeitigen Versuch des Völkerkongresses in Sotschi.

Der »Plan der Arabischen Liga«

Die erste diplomatische Initiative zur Lösung des Krieges in Syrien, der als Stellvertreterkrieg begann und ab 2015 durch die direkte Intervention der entscheidenden Akteure eskalierte, stellte der »Plan der Arabischen Liga« aus dem Jahr 2011 dar. Der im November 2011 unterbreitete Lösungsvorschlag umfasste mehrere Punkte. So sollten die syrische Armee und die bewaffnete Opposition ihre Gefechte beenden, Reformen durchgeführt und alle politischen Gefangenen entlassen werden. Die Arabische Liga entsandte auch eine Beobachterdelegation, die ihre Tätigkeit am 19. Dezember 2011 begann. Aufgrund von Verstößen der Konfliktparteien gegen die Vereinbarungen verließ die Beobachterdelegation am 22. Januar 2012 Syrien und beendete am 28. Januar offiziell ihre Mission.

Der »Annan-Plan«

Eineinhalb Monate nach dem Scheitern der Mission der Arabischen Liga, die sich größtenteils aus sunnitischen Mitgliedern zusammengesetzt hatte, schalteten sich die Vereinten Nationen ein. Kofi Annan unterbreitete als Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga einen neuen Lösungsvorschlag: Beide Seiten sollten einen Waffenstillstand ausrufen und ein neuer Plan für eine politische Lösung der Krise in Syrien sollte erarbeitet werden. Die am 12. April 2012 ausgerufene Waffenruhe endete bereits am 1. Mai. Annan erinnerte daran, dass beide Seiten gemeinsam diesen Waffenstillstand vereinbart hatten, und trat am 2. August 2012 von seinem Amt als Sonderbeauftragter zurück.

Die erste Runde der Genf-Verhandlungen

Nach dem Scheitern des »Annan-Plans« fand die erste Runde der Genf-Verhandlungen statt. An dem Treffen in der Schweizer Stadt am 30. Juni 2012 nahmen Vertreter der USA, Russlands, Chinas, Englands, Frankreichs, Katars, der Türkei, des Iraks und Kuwaits teil. Keine der Konfliktparteien innerhalb Syriens war an dem Treffen beteiligt. Als Ergebnis dieser ersten Verhandlungsrunde in Genf wurde die Schaffung einer Übergangsregierung vorgeschlagen, an der Vertreter beider Konfliktparteien beteiligt werden sollten. Doch kurz nach den Verhandlungen ließen Länder wie die Türkei und Katar, die bewaffnete oppositionelle Gruppen in Syrien unterstützten, erklären, man wisse nicht, »ob die Übergangsregierung mit Assad oder ohne Assad« geschaffen werde. Der Vorschlag einer Übergangsregierung blieb damit ein Papiertiger.

Die Revolution in Rojava als Antwort auf die Krise in Syrien

Im Rahmen des »Plans der Arabischen Liga«, des »Annan-Plans« und der Genf-Verhandlungen hatten weder das syrische

Regime noch die oppositionellen Kräfte die Rechte der Kurden anerkannt. Zudem intensivierte sich der Krieg in Syrien zunehmend. Als Reaktion auf diese Entwicklungen wurde am 19. Juli 2012 in Kobanê die Revolution in Rojava ausgerufen.

Die zweite Runde der Genf-Verhandlungen

Während die erste Verhandlungsrunde in Genf ergebnislos geblieben war und eine zweite geplant wurde, wurden die Kämpfe in Syrien bis zum Januar 2014 fortgeführt. Auf Initiative der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga fand vom 22. Januar bis 16. Februar 2014 unter Leitung des Sonderbeauftragten al-Achdar al-Ibrahimi die zweite Verhandlungsrunde in Montreux und Genf statt, in deren Rahmen getrennte Gespräche mit Vertretern des syrischen Regimes und der bewaffneten Gruppen geführt wurden. Auch sie endete ergebnislos. Die Türkei und die mit ihr verbündeten bewaffneten Gruppen hatten zuvor eine Beteiligung der Kurden verhindert, die seit Beginn des Krieges in Syrien eine »Politik des dritten Weges« verfolgten.

Die Reaktion der Kurden: Ausrufung der Autonomie

Die kurdische Seite erklärte daraufhin, die Ergebnisse der Genf-Verhandlungen nicht anzuerkennen. Am 22. Januar 2014, dem ersten Tag der zweiten Verhandlungsrunde, wurde in Cizîrê die Autonomie ausgerufen.

Das Treffen in Wien

Unter Leitung der USA und Russlands und mit Beteiligung der Europäischen Union, der Arabischen Liga, der Türkei und weiterer 17 Länder fand im Oktober 2015 in Wien ein erneuter diplomatischer Lösungsversuch im Rahmen einer Sitzung der sogenannten »Internationalen Syrien-Unterstützergruppe« statt. Es gab eine Einigung über die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen, deren praktische Umsetzung jedoch auf den folgenden Januar verschoben wurde. Die Verhandlungen sollten unter Beobachtung der UN stattfinden und die Einberufung einer Übergangsregierung zum Ziel haben. Zum Vermittler wurde der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura, benannt.

Die dritte Runde der Genf-Verhandlungen

Anknüpfend an die Vereinbarungen des Wiener Treffens fand am 29. Januar 2016 die dritte Genf-Verhandlungsrunde statt. Im Unterschied zu den vorangegangenen Runden sollten Vertreter der »Partei der Demokratischen Einheit« (PYD), der »Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft« (TEV-DEM) und des »Volksrates des Demokratischen Syriens« eingeladen werden. Doch die Türkei drohte mit Rückzug, falls die kurdische Seite teilnähme. Im letzten Moment wurde von einer Einladung der kurdischen Vertreter abgesehen und nur Personen wie die arabische Kovorsitzende des »Volksrates des Demokratischen Syriens« eingeladen. Doch diese lehnten es daraufhin ab, an den Verhandlungen teilzunehmen. Weil auch die Vertreter des syrischen Regimes und der Opposition erneute Verhandlungen unter den gleichen Bedingungen ablehnten, wurden die Gespräche verschoben.

Ein zum Teil veränderter Blick auf die Kurden

Zwei Tage nach der erfolgreichen Vertreibung des Islamischen Staates (IS) aus Kobanê am 27. Januar 2015 begann die dritte Verhandlungsrunde in Genf. Die Angriffe auf Kobanê hatten am 15. September 2014 begonnen und waren in einer fünfmonatigen Verteidigungsschlacht abgewehrt worden. Dieses Mal wurden Vertreter des »Volksrates des Demokratischen Syriens« eingeladen. Doch aufgrund des Widerstands der Türkei wurden die Einladungen nur an Einzelpersonen geschickt, was von kurdischer Seite nicht akzeptiert wurde.

Der Münchner Waffenstillstand

Die Außenminister der USA und Russlands kamen am 12. Februar 2016 in München zusammen, um erneut über einen Waffenstillstand in Syrien zu verhandeln. Es gab eine Einigung über ein Ende der Kampfhandlungen und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die von Blockaden betroffenen Gebiete in Syrien. Am Ende desselben Monats fand ein erneutes Treffen unter Beteiligung Saudi-Arabiens, der Türkei und des Irans statt, das mit einer Einigung über die Beendigung der Kämpfe in ganz Syrien endete. Doch wie im Falle vorheriger Waffenstillstandsvereinbarungen hielt das Schweigen der Waffen aufgrund beidseitiger Verstöße und gegenseitiger Vorwürfe nur sehr kurz an.

Das Treffen in Lausanne

Ein weiterer Ort diplomatischer Bemühungen um ein Ende der Krise in Syrien war die Schweizer Stadt Lausanne. An dem dortigen Treffen nahm neben den Außenministern der USA, Russlands, Saudi-Arabiens, des Irans, Katars und der Türkei auch der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura, teil. Doch trotz eines kurzzeitigen Waffenstillstands

hatte die syrische Armee mit russischer und iranischer Unterstützung bereits eine Operation zur Vertreibung bewaffneter Gruppen aus Aleppo begonnen.

Astana 1

Angesichts der Erfolglosigkeit der Genf-Verhandlungen und nach dem Abschuss eines russischen Flugzeugs durch die Türkei im Jahr 2015 wandte sich diese zunehmend Russland zu. Mit dem Zusammenrücken Russlands, des Irans und der Türkei begann die Phase der Astana-Verhandlungen. Während eines Treffens des russischen Außenministers Sergej Lavrov, seines iranischen Amtskollegen Dschawad Zarif und des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu in Moskau am 20. Dezember 2016 wurde ein Waffenstillstand verkündet. Er sollte am 30. Dezember um 0 Uhr in Kraft treten. Nach Beginn des Waffenstillstands begannen unter der Schirmherrschaft der drei Länder am 23. Januar 2017 in der kasachischen Hauptstadt Astana Verhandlungen, die zu einer Einigung über einen dreistufigen Mechanismus zur Umsetzung eines Waffenstillstands führten.

Die »Demokratische Föderation Nordsyrien« als Antwort

Die ausbleibende Einladung kurdischer Vertreter zu den Verhandlungen in Astana veranlasste die kurdische Seite, die Ausrufung einer Föderation voranzutreiben: Am 16. März 2016 wurde die Demokratische Föderation Nordsyrien proklamiert.

Astana 2

Die Astana-Verhandlungen, in deren Rahmen die Türkei ihre Unterstützung für verbündete Gruppen in Aleppo aufgab und als Gegenleistung die Region um Cerablus (Dscharabu-



Verhandlungen, in denen die kurdische Bevölkerung und ihre Vertretung nicht mit einbezogen werden, werden keine Lösungen hervorbringen können. Foto: MA

lus) und al-Bab erhielt, gingen am 16. Februar 2017 in ihre zweite Runde. Neben den Garantiemächten nahmen auch Jordanien, das syrische Regime und mit dem Regime verfeindete Gruppen teil. Ohne direkten Kontakt verhandelten beide Seiten über einen möglichen Waffenstillstand. Während aus Sicht der Bevölkerung Syriens keine wirkungsvollen Ergebnisse erzielt wurden, einigten sich Russland, der Iran und die Türkei auf die Einrichtung sogenannter »Deeskalationszonen«.

Die vierte Runde der Genfer Verhandlungen

Zwei Wochen nach der zweiten Verhandlungsrunde in Astana fanden am 23. Februar 2017 zum vierten Mal Verhandlungen in Genf statt. Der UN-Sonderbeauftrage für Syrien, Staffan de Mistura, traf sich sowohl mit Vertretern des syrischen Regimes als auch mit einer Delegation der Opposition. In den Verhandlungen wurde den drei zentralen Punkten der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates, also der Einrichtung einer Übergangsregierung, der Gewährleistung freier Wahlen unter Beteiligung verschiedener Parteien und der Verabschiedung einer neuen Verfassung, ein vierter Punkt hinzugefügt: der Kampf gegen den Terrorismus. Doch auch die vierte Genf-Runde führte nicht zur Erarbeitung einer umfassenden Lösung der Krise in Syrien.

Astana 3

An der dritten Astana-Runde nahmen neben Russland, dem Iran und der Türkei auch Vertreter Jordaniens, der USA und der EU als Beobachter teil. Die Regimegegner beteiligten sich mit Verweis auf Verstöße gegen den Waffenstillstand nicht an den Verhandlungen. Die drei Astana-Garantiemächte Russland, Iran und Türkei einigten sich auf die Stärkung der Mechanismen zur Überwachung und Durchsetzung eines Waffenstillstands.

Die fünfte Runde der Genf-Verhandlungen

Am 22. März 2017 begannen zum fünften Mal Verhandlungen in Genf. Staffan de Mistura führte getrennte Gespräche mit dem Leiter der Delegation des syrischen Regimes al-Dschafari und seinem Gegenpart auf Seiten der syrischen Opposition Nasr al-Hariri. Nach den Treffen erklärte de Mistura, die Verhandlungen seien positiv verlaufen und die vier Punkte umfassende Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates stelle eine gute Arbeitsgrundlage für alle Beteiligten bis zur sechsten Genfer Verhandlungsrunde dar.

Astana 4

Während der vierten Verhandlungsrunde in Astana, die am 3. und 4. Mai 2017 stattfand, erklärten die Beteiligten, man habe sich auf Regionen für die Einrichtung der Deeskalationszonen geeinigt. Russland, der Iran und die Türkei sollten als Garantiemächte für die Einrichtung von acht Deeskalationszonen in Teilen von Latakia, Aleppo, Hama, Homs, Ost-Ghuta, Daraa und Quneitra fungieren. Die Astana-Verhandlungen hatten damit praktisch auch zur Kapitulation der Gruppen geführt, die sich selbst als »syrische Opposition« bezeichneten.

Die sechste Runde der Genf-Verhandlungen

Ab der sechsten Verhandlungsrunde in Genf nahmen unter Leitung Staffan de Misturas Delegationen des syrischen Regimes und der Regimegegner teil. Der Plan, die bei der letzten Verhandlungsrunde festgelegten Punkte der Übergangsregierung – freie Wahlen, eine neue Verfassung und der Kampf gegen den Terrorismus – weiter zu diskutieren, konnte jedoch nicht realisiert werden. Die sechste Runde endete damit ergebnislos.

Astana 5

Ohne Beteiligung der Delegation des syrischen Regimes und seiner Gegner trafen am 4. und 5. Juli 2017 Vertreter Russlands, des Irans und der Türkei in Astana zusammen. Zuvor hatten sich russische und iranische Vertreter mit einer Delegation des syrischen Regimes getroffen sowie die Türkei mit Vertretern der Regimegegner. Die drei Garantiemächte der Astana-Verhandlungen trafen sich in Astana zu Zweier- und Dreiergesprächen. Laut dem im Namen Russlands sprechenden Sonderbeauftragten für Syrien, Aleksandr Lavrentiev, einigten sich die drei Länder auf einen sieben Seiten umfassenden Plan, über den in Arbeitsgruppen abgestimmt werden und der abschließend von allen Seiten unterschrieben werden sollte. Das Dokument umfasste u. a. die Einigung über die Einrichtung eines Koordinationszentrums zur Überwachung der Deeskalationszonen und die Stationierung militärischer Kräfte vor Ort.

Die siebte Runde der Genf-Verhandlungen

Trotz der Ankündigung, beide Verhandlungsparteien könnten direkte Gespräche miteinander aufnehmen, kam es nicht zu einem direkten Aufeinandertreffen von Vertretern des Regimes und der Regimegegner. Während der siebten Verhandlungsrunde wurde erneut über die in der UN-Resolution 2254 vereinbarten Punkte verhandelt: ein Waffenstillstand, eine

politische Übergangsphase, eine neue Verfassung und Terrorismus.

Astana 6

Am 14. September 2017 nahmen neben den Garantiemächten des Astana-Prozesses, den Beobachtern USA, UN und Jordanien auch Delegationen des syrischen Regimes und seiner Gegner an der sechsten Runde der Astana-Verhandlungen teil. In den Gesprächen mit zwei oder stellenweise drei Parteien stand die Region Idlib im Zentrum, in die zuvor bereits aus verschiedenen Teilen Syriens bewaffnete Gruppen verlegt worden waren. In Idlib sollten nun eine Deeskalationszone eingerichtet und militärische Beobachtermissionen stationiert werden. Während der Verhandlungen gab es eine Einigung darüber, dass dort Russland, die Türkei und der Iran 500 Soldaten stationieren würden. Die von dem Al-Qaida-Ableger al-Nusra gegründete Gruppe Haiat Tahrir asch-Scham erklärte daraufhin, diese Vereinbarung nicht anzuerkennen.

Astana 7

Im Rahmen der siebten Verhandlungsrunde am 30. Oktober 2017 standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: die Freilassung aller Inhaftierten und als Geiseln gehaltenen Personen, Verstöße gegen den Waffenstillstand, Minenräumung, humanitäre Hilfe für von Blockade betroffene Gebiete, insbesondere Ost-Ghuta. Die Verhandlungsteilnehmer konnten sich jedoch in keinem der Punkte einigen.

Sotschi 1

Gegen Ende des Jahres 2017 reihte sich auch das Treffen in Sotschi in den Teufelskreislauf der Genf- und Astana-Verhandlungen ein. Am 22. November 2017 kamen der russische Präsident Vladimir Putin, der iranische Präsident Hassan Ruhani und der türkische Präsident Tayyip Erdoğan im russischen Sotschi im Rahmen einer Konferenz zusammen. Die Abschlusserklärung dieses Dreiergipfels zeigte erneut, dass alle drei Länder in Syrien unterschiedliche Ziele verfolgten und zum Leidwesen der syrischen Bevölkerung miteinander um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen kämpften. Während Putin erklärte, alle Beteiligten müssten im Interesse einer Lösung Zugeständnisse machen, sprach Ruhani davon, dass die Präsenz ausländischer und von der syrischen Regierung nicht eingeladener militärischer Kräfte in Syrien inakzeptabel sei, und verwies damit indirekt auf türkische und US-Soldaten in Nordsyrien. Erdoğan hingegen betonte, die Türkei werde niemals die Beteiligung der Kurden an einem »Kongress des Nationalen Dialogs« in Sotschi akzeptieren, und unterstrich damit erneut, dass sein besonderes Augenmerk auf dem Kampf der Türkei gegen die Kurden liegt.

Die achte Runde der Genf-Verhandlungen

Auch die achte Runde der Verhandlungen in Genf am 28. November 2017 verlief ergebnislos. Nachdem die Regimegegner nur mit einer Delegation an den Verhandlungen teilgenommen hatten, musste UN-Chefunterhändler de Mistura den Misserfolg der achten Verhandlungsrunde bekannt geben. Er und die Vertreter des syrischen Regimes machten sich gegenseitig für das Scheitern verantwortlich.

Astana 8

Im Rahmen der achten Verhandlungsrunde in Astana am 22. Dezember 2017 einigten sich Russland, der Iran und die Türkei auf die Bildung von Arbeitsgruppen für verschiedene Bereiche: u. a. Gefangenenaustausch, Freilassung der Gefangenen, Übergabe von Leichnamen, Identifizierung »verschwundener« Personen und Minen- und Bombenräumung an Stätten, die als UNESCO-Weltkulturerbe gelistet sind. Am zweiten Tag der Verhandlungen diskutierten die Vertreter der drei Länder über die Teilnehmerliste für den in Sotschi geplanten »Kongress der Völker Syriens«.

Die Treffen in Riad, Kairo und Istanbul

Parallel zu den Verhandlungen in Genf und Astana kamen die verschiedenen Gruppen der Opposition Syriens von 2012 bis 2017 immer wieder in Riad, Kairo und Istanbul zusammen, um ihre untereinander bestehenden Probleme zu lösen. Außerdem wollten sie dort Vertreter bestimmen, die an den internationalen Verhandlungen teilnehmen sollten. Im Rahmen weiterer Treffen dieser Gruppen in Antalya, Antep, Istanbul, Ankara und Urfa wurden die gemeinsamen Angriffe auf Rojava organisiert.

Der »Syrische Kongress des Nationalen Dialogs«

Kurz vor Beginn des von Russland organisierten »Syrischen Kongresses des Nationalen Dialogs« *[»Kongress der Völker Syriens«]* begann die Türkei mit ihrem Besetzungskrieg gegen den nordsyrischen Kanton Efrîn. Aufgrund der türkischen Angriffe erklärten die Vertreterinnen und Vertreter der Demokratischen Föderation Nordsyrien, nicht an dem Kongress teilnehmen zu können. ♦

Frauenbefreiung oder patriarchale Barbarei?!

Von der Jineolojî-Konferenz zum Widerstand in Efrîn

Andrea Benario, 12. Februar 2018

Nur eine Woche bevor der Angriffskrieg der Türkei gegen den Kanton Efrîn begann, fand die erste Jineolojî-Konferenz Nordsyriens statt. Unter dem Motto »Jineolojî: Die gesellschaftliche Realität mit der Natur der Frau erhellen« hatte die Jineolojî-Akademie Rojava am 12. und 13. Januar 2018 zu dieser Konferenz eingeladen. Ziel war es, die Erfahrungen des strukturellen Aufbauprozesses der Jineolojî als einer alternativen Frauenwissenschaft in Rojava, die Methodiken sowie die Ergebnisse der Bildungs- und Forschungsarbeiten der vergangenen zwei Jahre auszutauschen und zu bewerten. Im Anschluss sollten das weitere Vorgehen und neue Projekte gemeinsam bestimmt werden, damit die Jineolojî-Arbeiten in Rojava ihrer Aufgabe als einer Wissenschaft von der und für die Frauenrevolution gerecht werden können.

Jineolojî ist ein neuer Aufbruch und ein Akt des Widerstandes gegen patriarchale Angriffe, die versuchen, das Wissen und Selbstbewusstsein von Frauen auszulöschen. Hiervon ausgehend wurden seit letztem Sommer regionale Jineolojî-Forschungszentren zunächst in Efrîn, dann auch in Dêrik und Minbic aufgebaut, die begonnen haben, das Wissen von Frauen zu sammeln, zu vernetzen und neu verfügbar zu machen. Insbesondere das Sichtbar- und Bewusstmachen der reichen geschichtlichen Ressourcen der lokalen Frauengeschichte und -kultur in den verschiedenen Epochen und Gemeinschaften der Völker Nordsyriens stellen eine wichtige Inspirationsquelle und Bezugspunkte dar. Hierdurch wird die Verdrehung der Geschichte und der Wahrheit durch die Herrschenden entlarvt, die der Zementierung von Ausbeutung und Unterwerfung dient. Heute wissen Frauen, dass es bereits in der Geschichte ihrer Region lokale und konföderale Rätestrukturen, weise kämpfende Frauen und Formen des Ko-Vorsitzes gegeben hat, wie beispielsweise archäologische Funde aus Tell Halaf, Urkesch oder Efrîn belegen.

200 Delegierte aus vielen Städten und Dörfern der Kantone Efrîn, Kobanê und Cizîrê sowie aus den im Laufe des letzten Jahres von der IS-Schreckensherrschaft befreiten Gebieten wie Minbic, Tabqa und Raqqa waren zu der ersten Jineolojî-Konferenz Nordsyriens angereist. Selbst Teilnehmerinnen aus der immer noch umkämpften Region Deir ez-Zor kamen nach Dêrik, um sich über die Ziele und den Stand der Jineolojî-Arbeiten zu informieren und ihre Vorstellungen zu teilen. Lebhaft diskutierten Frauen aller Generationen und verschiedener sozialer, ethnischer und religiöser Gruppen der Demokratischen Föderation Nordsyrien über die Auswirkungen der Revolution und des Krieges auf Frauen und die Gesellschaft. Das Bedürfnis, sich zu artikulieren, eigene Gedanken und Lebenserfahrungen zu teilen, war deutlich zu spüren. Die versammelten Frauen – Kurdinnen, Araberinnen, Turkmeninnen, Armenierinnen, Assyrerinnen, Chaldäerinnen, Tschetscheninnen und Êzîdinnen sowie Frauen muslimischen, alevitischen und christlichen Glaubens – repräsentierten zugleich das Mosaik der verschiedenen Völker und Glaubensgruppen in der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Zudem nahmen auch Internationalistinnen aus verschiedenen Ländern Europas an der Konferenz teil. Und so waren auch die Redebeiträge und Transparente im Konferenzsaal mehrsprachig – arabisch, kurdisch, syrianisch und turkmenisch. Für viele Frauen bedeuteten das Zusammenkommen und der Austausch mit Frauen aus anderen Regionen und Communities, sich selbst im Spiegel der Realitäten anderer Frauen besser erkennen zu können; sich über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Geschichte und Lebensrealitäten anderer Frauen bewusst zu werden. Häufig betonten Konferenzteilnehmerinnen in ihren Diskussionsbeiträgen, wie wichtig es für den gesellschaftlichen Neuaufbau sei, Forschung und Bildung von einem Frauenstandpunkt aus zu entwickeln. Denn nur so könnten die Schmerzen und das Leid überwunden werden, die patriarchale Mentalität und Gewalt in allen Lebensbereichen angerichtet haben. Insbesondere Frauen aus Gebieten, die noch vor kurzem durch die Gewaltherrschaft des Islamischen Staates (IS) tyrannisiert wurden, äußerten ihre Erwartungen, dass durch die Verbreiterung der

Jineolojî Frauen dazu ermutigt werden würden, ihr Schweigen zu brechen und sich ihr Selbstbewusstsein zurückzuerobern.

Einen wichtigen Tagesordnungspunkt stellte die Vorstellung der vorläufigen Ergebnisse einer soziologischen Studie über die Geschichte der Frauen und Gesellschaften Nordsyriens sowie die Auswirkungen der Revolution auf ihr Leben dar. In nahezu 300 Interviews und Gruppendiskussionen war das Wissen von Frauen über ihre Kultur und Geschichte, ihre Lebenserfahrungen und Zukunftsperspektiven zusammengetragen worden. Ihr Wissen wiederum wurde zum Anhaltspunkt für weitere Nachforschungen, Quellenstudien und den Besuch historischer Stätten. Während der Arbeiten an der Studie wurde sogleich versucht, eine dem Ansatz der Jineolojî entsprechende Methodik zu entwickeln, d. h. die Forschung als einen gemeinsamen Prozess zu begreifen, in dem in Gesprächen und Diskussionen persönliche und gesellschaftliche Realitäten reflektiert werden, um sie im Sinne der Befreiung verändern zu können.

In diesem Forschungsprozess stellte sich heraus, dass bis heute in vielen Dörfern und gesellschaftlichen Traditionen Spuren einer von Frauen geprägten, außerstaatlich organisierten kommunalen, basisdemokratischen und solidarischen Gesellschaft zu finden sind: von Dorfräten und Schlichtungskommissionen über Gemeinschaftsdepots, kollektive Arbeitsformen, das Teilen von Freud und Leid bis hin zu der ethischen Verantwortung – ohne Erwartung von Gegenleistungen –, Bedürftige materiell und ideell zu unterstützen. Vielerorts wurden und werden die Feste der unterschiedlichen Völker und Glaubensgemeinschaften gemeinsam gefeiert.

»Früher gab es für Frauen in den Dörfern nichts, was als ›unanständig‹ gegolten hätte. Frauen und Männer, Jungen und Mädchen haben gemeinsam gearbeitet, gefeiert, getanzt und gesungen. Auch wenn die Arbeit körperlich sehr schwer war, so hatten wir doch Freude dabei, denn wir haben alles gemeinsam gemacht und miteinander geteilt«, berichteten viele ältere Frauen. Es habe Dörfer gegeben, in denen die Beschaffenheit der Äcker rund um das Dorf verschieden gewesen sei. Damit keine Familie benachteiligt würde, habe die Dorfgemeinschaft jedes Jahr per Losverfahren entschieden, welche Familie im kommenden Jahr welches Feld bestellen kann. Auf die Frage hin, wann und wodurch sich ihr Leben zum Negativen hin verändert habe, antworteten viele Frauen: »Als das Geld, Strom und Fernseher in unser Dorf kamen, wurde unsere gemeinschaftliche Lebenskultur zerstört.« Viele vermeintlich als »Fortschritt« gepriesene Entwicklungen wirkten sich zerstörerisch auf die naturverbundene Lebenskultur und das



Unter dem Motto »Jineolojî: Die gesellschaftliche Realität mit der Natur der Frau erhellen« hatte die Jineolojî-Akademie Rojava am 12. und 13. Januar 2018 zur ersten Jineolojî-Konferenz Nordsyriens eingeladen. Foto: Andrea Benario

Zusammenleben aus. Damit einhergehend wurden Frauen zunehmend aus dem gemeinschaftlichen Leben verdrängt.

Auch durch staatliche Kontrolle und Unterdrückung wurden Misstrauen und Vorurteile in der Gesellschaft geschürt. Infolge des Erlasses der Baath-Regierung vom 5.10.1962, der auch als Beginn der chauvinistischen Politik des »arabischen Gürtels« bekannt wurde, wurden 6,5 Millionen Hektar kurdischen Landbesitzes beschlagnahmt. Dem Großteil der im Kanton Cizîrê lebenden KurdInnen wurden willkürlich sämtliche Staatsbürgerrechte entzogen. Frauen wurden durch diese Politik insbesondere getroffen, die Verarmung und damit einhergehende Migration zur Folge hatte.

Bezüglich ihres Lebens und ihrer Probleme vor der Revolution berichteten viele Frauen, dass sie durch die Enteignungen dazu gezwungen waren, als Tagelöhnerinnen unter schweren Bedingungen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Familien wurden auseinandergerissen, da viele Männer auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten für den Existenzerhalt der Familien in die Großstädte Syriens oder ins Ausland gingen. Viele Familien aus Cizîrê, Kobanê und Efrîn migrierten nach Aleppo oder Damaskus, wo sie zumeist unter prekären Bedingungen in armen Vierteln in den Stadtrandgebieten lebten. Des Weiteren schickte der syrische Staat gezielt Imame bestimmter islamischer Sekten in kurdische Gebiete wie z. B. nach Kobanê, um über sie die Gesellschaft besser kontrollieren zu können. Die Verbreitung strenger religiöser Dogmen verstärkte patriarchale Strukturen und Mentalität in der Gesellschaft. Hierdurch wurden die Traditionen der kommunalen Frauenkultur angegriffen. Mittels des patriarchalen und religiös begründeten Ehrverständnisses, das Frauen zum Eigentum der Familie und des Mannes deklariert, wurden Frauen ihrer Ausdrucks- und Bewegungsfreiheit beraubt, gegen ihren Willen verheiratet oder geschieden. Frauen in Kobanê sahen sich fortan gezwungen, ihre traditionellen bunten und weißen Kleider unter schwarzen Hijabs zu verbergen. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts nutzte der syrische Staat insbesondere Medien und Modetrends dazu, die Gesellschaft zu passivieren. Türkische TV-Serien wurden in arabischer Sprache synchronisiert. Diese Serien propagierten eine materielle Kultur sowie sexistische, bürgerlich-patriarchale Klischees. Insbesondere junge Frauen gerieten in die Zerrissenheit zwischen den durch Hollywood- und Bollywood-Kultur verbreiteten Schönheitsidealen und Illusionen von einem neuen Lebensstandard einerseits und der eigenen Realität andererseits. So versuchten viele in den syrischen Großstädten aufgewachsene junge Frauen, sich an das System des syrischen Staates und die arabische Kultur anzupassen, in der Hoffnung, dadurch sozialen Aufstieg erfahren zu können.

Doch selbst Frauen, die an den Universitäten in den Großstädten Syriens studiert hatten, hatten nach dem Universitätsabschluss kaum die Möglichkeit in ihrem Bereich zu arbeiten, geschweige denn ihr Leben selbst zu bestimmen. Außer den Berufen der Lehrerin und Krankenpflegerin, zu denen kurdische Frauen aber häufig aufgrund fehlender syrischer Staatsbürgerschaft nicht zugelassen wurden, stand Frauen kaum ein Tätigkeitsfeld offen. Die Lebensperspektive wurde grundsätzlich auf Heirat und Mutterschaft reduziert. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass viele Frauen, die im Verlauf der Studie nach ihren Zukunftsplänen und Wünschen befragt wurden, perplex reagierten und antworteten: »Noch nie hat mir jemand eine solche Frage gestellt. Darüber habe ich bislang noch nie nachgedacht ...« Auch der mit Flucht, Ängsten, Todesnachrichten und Ungewissheit einhergehende und seit über sechs Jahren andauernde Krieg in Syrien trägt dazu bei, dass Frauen ihrer Möglichkeit beraubt werden, ihre Zukunft längerfristig zu planen. Sie wissen, dass die unberechenbare Kriegs- und Wirtschaftspolitik imperialistischer Mächte und verschiedener Staaten unmittelbare Auswirkungen auf ihr Leben hat.

Jedoch berichteten viele Frauen stolz von den vielen Errungenschaften und Veränderungen, die sie sich im gesellschaftlichen und persönlichen Leben erkämpft haben. Im Rahmen des Aufbaus der demokratischen Autonomie sind Frauen zum ersten Mal in allen Bereichen des öffentlichen Lebens präsent, wirken an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebens mit. Eine Konferenzteilnehmerin sagte, die Situation vor der Revolution mit heute vergleichend: »Noch vor einigen Jahren wäre es niemals denkbar gewesen, dass wir in unserer eigenen Sprache Lesen und Schreiben lernen. Aber heute gehen meine Kinder alle zur Schule und bringen auch mir das Lesen und Schreiben auf Kurdisch bei. Früher wäre es undenkbar gewesen, dass sich eine Frau ohne Begleitung eines männlichen Familienmitgliedes frei in der Gesellschaft bewegt. Aber heute nehmen Frauen in allen Teilen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ihren Platz ein. Besonders der mutige Kampf der Frauen in den Frauenverteidigungseinheiten YPJ hat eine große gesellschaftliche Veränderung bewirkt. Ich fühle eine unbeschreibliche Freude darüber, dass wir heute hier mit so vielen freiheitsliebenden Frauen zusammenkommen können.«

Eine arabische Frau fügte dem hinzu: »Früher beherrschte die Mentalität der Baath-Partei alles. Doch mittlerweile haben die Menschen in Rojava die Zeit des Baath-Regimes vergessen. Denn wir haben bewiesen und es hat sich gezeigt, dass das System der demokratischen Selbstverwaltung funktioniert. Der Glaube der Menschen, ihre Zukunft in diesem System gestalten zu können, hat sich verfestigt. Früher galt es als ›unanständig‹ für Frauen in einem Betrieb zu arbeiten. Mein Arbeitgeber sperrte mich immer in einem Hinterzimmer ein, damit mich auch ja niemand sah, wenn ich die Buchhaltung machte, denn ich war ja eine Frau. Heute bin ich die Kovorsitzende

des Stadtrates von Çil Axa und die Menschen wenden sich mit ihren Anliegen an mich. Damit hat sich für mich ein Traum verwirklicht. Ich brauche mich bei meiner Arbeit nicht mehr zu verstecken!«

Die Beiträge der Konferenzteilnehmerinnen und Beschlüsse, die zur Verbreitung der Jineolojî in allen Regionen Nordsyriens mit Frauen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen gefasst wurden, haben eine sehr aktuelle und strategische Bedeutung. Dies wurde insbesondere an den Angriffen deutlich, die nur wenige Tage nach der Rückkehr der Delegierten auf Efrîn begannen.

Der Angriff auf Efrîn ist ein Angriff auf die Frauenrevolution

Über die politischen Ziele, ökonomisch-strategischen Interessen und militärischen Entwicklungen der völkerrechtswidrigen Aggression des türkischen Staates gegen den Kanton Efrîn wurde in den letzten Wochen viel berichtet. In dieser Hinsicht erschienen sowohl über den Krieg der Türkei als auch den Widerstand in Efrîn viele kontroverse Beiträge in diversen internationalen Medien. Wenn wir jedoch die Kriegsrhetorik und -praxis des türkischen Staates und der von ihm geleiteten dschihadistischen Mörderbanden genauer betrachten, erkennen wir, dass dieser Krieg noch eine weitere Dimension hat: Genauso wie der Genozid und Feminizid des IS im August 2016 in Şengal tragen auch die Angriffe auf Efrîn einen zutiefst patriarchalen und chauvinistischen Charakter.

Der Angriff auf Efrîn stellt einen Angriff auf das historische Erbe und kollektive Gedächtnis sowie die Geschichte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens verschiedener Völker und Glaubensgemeinschaften dar.

Die Praxis des türkischen Staates knüpft an das Vorgehen des IS an, wird jedoch bislang bei Weitem nicht mit der gleichen Vehemenz international verurteilt. Vor drei Jahren sprengte und plünderte der IS Zeugnisse der matriarchalen Kultur sowie Symbole der Königin Zenobia in der antiken Stadt Palmyra (Tadmur). Nun zerbomben türkische Kampfjets den 3.000 Jahre alten Tempel Ain Dara (Endarê) in der Nähe der Stadt Efrîn, der der Göttin Ischtar geweiht ist. Riesige in Steinplatten gehauene Fußabdrücke, die die Anwesenheit der Göttin symbolisierten, Reste des historischen Tempelbaus sowie Löwen- und Frauenskulpturen wurden durch Bombenangriffe der türkischen Luftwaffe zertrümmert. Die Göttin Ischtar repräsentiert als Göttin der Fruchtbarkeit, der Weisheit, des Schutzes und der Liebe das gemeinsame kulturelle Erbe der Völker in der Region. Die Spuren der Menschheitsgeschichte in Efrîn lassen sich bis zu Funden von Neandertaler-Skeletten zurückverfolgen, die vor 200.000 Jahren in der Höhle Duderi bestattet wurden. Im neolithischen Zeitalter war die Region Efrîn eine der Gegenden im Fruchtbaren Halbmond, in denen die ersten Dorfsiedlungen gebaut wurden und die Landwirtschaft entwickelt wurde. Frauen spielten eine führende Rolle in diesem gesellschaftsgeschichtlichen Prozess, der als die erste Frauenrevolution bezeichnet wird.

Es ist auffällig, dass die türkische Armee gegenwärtig insbesondere Regionen Efrîns zur Zielscheibe von Luftangriffen und Artilleriebeschuss wählt, die bis heute über ein reiches, lebendiges Erbe neolithischer Kultur und kommunaler Lebensformen verfügen. Hier befinden sich Dörfer wie der Ort Zehra, in denen bis heute gemeinschaftlich gearbeitet, gekocht und gegessen wird; in denen Geld eine untergeordnete Rolle spielt und ethische Werte wie Solidarität und Teilen hoch geschätzt werden. In diesen Gemeinschaften spielen Frauen häufig eine wichtige Rolle. Es gibt starke Frauenpersönlichkeiten, die als Ratgeberinnen der Gemeinschaft respektiert werden. Frauen, die Wissen über natürliche Heilmethoden über Generationen hinweg bewahrt und weitergegeben haben. Viele Dörfer und heilige Stätten Efrîns wurden nach Frauen benannt, wie beispielsweise Girê Cindirêse *[»Hügel der spinnenden Frau«]*, Kevirê Bûkê *[»Stein der Braut«]*, Şikefta Qîzika *[»Höhle der Mädchen«]*, Xirabê Şemsê *[»die Ruine von Schemse«]* oder Zinarê Zînê *[»der Felsen von Zine«]*. Jeder dieser Orte hat eine eigene Geschichte, viele erzählen von der Schaffenskraft und dem Widerstand von Frauen. So berichten die Menschen aus der Umgebung von Kevirê Bûkê, dass dort vor langer, langer Zeit eine junge Frau gegen ihren Willen habe verheiratet werden sollen. Jedoch habe sich die junge Frau dagegen zur Wehr gesetzt und ausgerufen: »Lieber will ich zu Stein werden, als diesen Mann zu heiraten!« Daraufhin seien sie und ihr Pferd erstarrt und versteinert. Bis heute wird dieser Stein als ein heiliger Ort von den Menschen aus der Region aufgesucht. Er wird zugleich als Mahnung verstanden, den Willen junger Frauen zu achten, um kein Unglück über sie zu bringen. In der Region Mabata erzählen Frauen von einem Dorf, in dem Frauen eine eigene Sprache entwickelt haben und sie nur an ihre Töchter weitergeben.

Trotz einer langen Reihe unterschiedlicher Besatzer- und Kolonialstaaten, die in den vergangenen drei Jahrtausenden versuchten, die Region zu beherrschen, haben die Menschen in Efrîn viele Elemente vorstaatlicher Gesellschaftsformen in ihrer Lebens- und Widerstandskultur bewahren können. Da sich die verschiedenen Formen sexistischer, rassistisch-nationalistischer und religiös-fundamentalistischer Unterdrückung bislang als ungeeignet erwiesen, die Spuren der Frauengeschichte sowie der matriarchalen und egalitären Kultur vollständig auszulöschen, versucht der türkische Staat dies nun mit seinen Bomben, Granaten und Mörderbanden. Mit dem



Frauendemonstration gegen den Krieg des NATO-Staats Türkei gegen den Kanton Efrîn in Nordsyrien. Foto: ANHA

Ziel, das gemeinschaftliche Leben der verschiedenen religiösen Gruppen zu zerstören, wurden êzîdische Dörfer in den Regionen Şêrawa, Şera und Cindirêsê, christliche Heiligtümer sowie alevitische Dörfer in der Region Mabeta von Efrîn zum Angriffsziel erklärt.

Mit der Vernichtung von Zeugnissen vorstaatlicher, matriarchaler Kulturen beabsichtigen die herrschenden Eliten zugleich den revolutionären Kampf von Frauen in Kurdistan zu zerschlagen, der sich auf diese kulturellen, egalitären Werte bezieht. Insbesondere in den letzten fünf Jahren intensivierte der türkische Staat seine Versuche, die durch die Frauenbewegung in Kurdistan angestoßenen revolutionären Dynamiken zu liquidieren. Hiervon zeugen u. a. die gezielten Attentate des türkischen Geheimdienstes auf Führungspersönlichkeiten der kurdischen Frauenbewegung. So wurden unsere Genossinnen Sara, Rojbîn und Ronahî am 9. Januar 2013 in Paris ermordet, um die sich verbreitende ideologische Kraft, die internationale Organisierung und Mobilisierung junger Frauen der Frauenbefreiungsbewegung aufzuhalten. Unsere Freundinnen Sêvê, Pakîze und Fatma wurden am 5. Januar 2015 in Silopî durch Todesschwadronen des türkischen Staates ermordet, um die gesellschaftliche und politische Kraft der Frauen mundtot zu machen. Die mit diesen Morden einhergehenden Massaker des türkischen Staates in Cizîrê und Sûr sollten den Willen der Bevölkerung brechen. Um die auf dem Gedanken der Frauenbefreiung basierenden autonomen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordkurdistan zu zerschlagen, wurden ganze historische Stadtteile und gewachsene Lebensstrukturen zerbombt und eingerissen. Zwei Jahre später bombardierte die türkische Luftwaffe mit Dutzenden von Kampfjets das Hauptquartier der Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Qerecox/Rojava. Während der entschlossene Kampf der YPJ gegen die menschenverachtenden IS-Banden in Kobanê internationale Anerkennung und Solidarität erfahren hat, betrachtet der türkische Staat gegen Unrecht und Unterdrückung kämpfende Frauen als eine »terroristische Bedrohung seiner nationalen Interessen«. Mit der Absicht, die Verteidigungskraft der Frauen zu zerschlagen,

konzentrierte die türkische Armee im vergangenen Jahr ihre Luftangriffe auf Stellungen und Kommandantinnen der Frauenguerilla YJA Star in den Bergen Kurdistans. Das gleiche Ziel verfolgen die systematischen sexistischen Angriffe türkischer Soldaten und Spezialeinheiten auf Freiheitskämpferinnen. Der Staat meint, seine faschistisch-patriarchale Ordnung aufrechterhalten zu können, indem seine Soldaten und Söldner gefangengenommene oder ermordete Freiheitskämpferinnen vergewaltigen, foltern, ihre Körper zerstückeln und entkleidet zur Schau stellen. Auch bei ihren jüngsten Angriffen auf den Kanton Efrîn verübten türkische Soldaten und von der türkischen Armee befehligte dschihadistische Gruppierungen diese von Frauenhass, Menschenverachtung und Männlichkeitswahn geprägten grausamen Verbrechen. Sie sind darauf ausgerichtet, den Freiheitswillen und die Menschenwürde aller Frauen und der gesamten Gesellschaft zu brechen. Jedoch sind diese Rechnungen des türkischen Staates nicht aufgegangen. Denn in vier Jahrzehnten des Freiheitskampfes der Frauenbewegung in Kurdistan haben sich Frauen ein kollektives Bewusstsein über die Ziele und das Wesen patriarchaler, staatlicher Unterdrückungs- und Herrschaftsmethoden erarbeitet. Und so wurde ein jeder Angriff mit einer neuen Welle des Widerstandes und neuen Aufbrüchen beantwortet.

Die Frauen in Efrîn können sich auf eine Tradition des Widerstandes und der kommunalen Selbstverwaltung beziehen, die durch die Organisierung der kurdischen Freiheitsbewegung in Rojava seit den 1980er Jahren Schritt für Schritt gestärkt wurde. Hierdurch stellten sie sich der patriarchalen und kolonialen Entfremdung entgegen. Sie lernten sich selbst, ihre eigene Kultur und Sprache wertzuschätzen. Insbesondere die Analysen Abdullah Öcalans zu Themen wie Frauengeschichte, Frauenbefreiung als Grundlage gesellschaftlicher und nationaler Befreiung oder der Frauenbefreiungsideologie, die viele Frauen in Efrîn lesen oder auf Videoaufnahmen ansehen konnten, stärkten das Selbstbewusstsein. Dieser Bewusstseinsprozess war die Grundlage der Frauenorganisierung und der Frauensolidarität, auf die die Gründung der Frauenbewegung Kongra Star[1] aufbauen konnte und an die die Jineolojî anknüpft.

Seit den Umbrüchen in Syrien und dem Beginn der Revolution in Rojava gelang es der Frauenbewegung Frauen aus allen



Teilen der Gesellschaft zu mobilisieren und zu organisieren. Während es vielen Frauen zuvor kaum möglich gewesen war, allein das Haus zu verlassen, geschweige denn an Entscheidungen mitzuwirken, waren und sind Frauen zu einer treibenden Kraft des Aufbaus der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava und in der Demokratischen Föderation Nordsyrien geworden – so auch in Efrîn. Frauen aller Altersschichten beteiligten sich von Anfang an aktiv am Widerstand gegen die Angriffe der von der Türkei gelenkten Al-Nusra-Banden. Am 29. Mai 2013 verlor als erste YPJ-Kommandantin Silava (Meryem Mihemed) ihr Leben bei der Verteidigung des Kantons Efrîns. Sie wurde zum Vorbild für Hunderte junge Frauen, die sich aus Efrîn den Frauenverteidigungseinheiten anschlossen. So wie Arîn Mirkan aus Efrîn zum Symbol des Widerstandes der YPJ bei der Verteidigung von Kobanê gegen das Vorrücken der faschistischen IS-Banden wurde, setzte sich die YPJ-Kämpferin Avesta Xabûr mit ihrem Leben dafür ein, den Einmarsch der faschistischen türkischen Armee in die Region Efrîn beim Dorf Hemam zu verhindern. Der Geist und der Mut des Widerstands gegen Invasion und Besatzung haben sich unter Frauen aus allen Teilen der Bevölkerung Efrîns verbreitet. Zehntausende Frauen haben zu den Waffen gegriffen, um ihr Leben, ihr Land und ihre Zukunft zu verteidigen. Trotz pausenloser Bombardierung ihrer Wohnviertel, angesichts von Tod und Zerstörung, erklären sie, dass sie sich nicht von ihrer Erde vertreiben lassen werden. Sie sind sich dessen bewusst, dass sie in Efrîn eine Frauenrevolution und die Sehnsucht von Frauen auf der ganzen Welt nach einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und Würde verteidigen. Deshalb lautet ihr Aufruf an Frauen weltweit: »**Women Rise Up For Afrin!**« ♦

1 2005 wurde in Efrîn ohne Wissen des Baath-Regimes der Gründungskongress der Frauenbewegung Rojavas abgehalten. Zunächst gab sich die Bewegung den Namen *Yekitiya Star* (*Verband Star* in Anlehnung an den Namen der Göttin Ischtar). Viele ihrer Mitglieder erfuhren Repressionen durch den syrischen Staat. Trotz Verhaftung und Folterung hielten die meisten Aktivistinnen an ihrer Arbeit und Überzeugung fest, spielten und spielen bis heute eine wichtige Rolle beim Aufbau und der Verteidigung der Revolution in Rojava. Mit der Reorganisierung und Verbreiterung der Arbeiten im Zuge der Revolution änderte die Bewegung ihren Namen in *Kongra Star (Kongress Star)*. Unter dem Dach des Frauenkongresses sind heute Hunderte von Frauenkommunen, -kooperativen, -akademien u. a. Formen der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Frauenorganiserung in Rojava organisiert.

Interview aus Anlass der jüngsten Aufstände im Iran

Wir haben einige Projekte für das Zusammenleben …

Zilan Vejin, Kovorsitzende der Partei für ein Freies Leben (PJAK), befragt von Devriş Çimen

Einige Gruppen bringen die Welle der Aktionen im Iran mit Saudi-Arabien in Verbindung, andere mit den USA und wieder andere mit wirtschaftlichen Gründen. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

Mit dem Beginn der Aufstände erklärten Regierungsvertreter unisono, die Aktionen würden von Israel, den USA und Saudi-Arabien unterstützt. In Fällen wie diesen, in denen sich eine Gesellschaft gegen herrschende Ungerechtigkeit und Unrecht auflehnt, das Regime nicht anerkennt und dagegen protestiert, vertritt der herrschende Staat im Allgemeinen das Idealbild, Kräfte von außen würden damit in Verbindung stehen. Dadurch soll die Gesellschaft verdächtigt werden, sich vom Widerstand abwenden und ihr Wille soll gebrochen werden. Seit längerem herrscht zwischen dem iranischen Staat und den USA, Saudi-Arabien und Israel eine kontroverse Situation. In politischer Hinsicht sind sie Konkurrenten und stehen in einem Machtkampf. Mit der Betonung nationaler und religiöser Emotionen und Sensibilität und der Behauptung externer Kräfte als Urheber soll das Volk vom Widerstand abgeschreckt werden. Dabei sind diese Aktionen und Aufstände das Produkt der Unterdrückung, Repression, des Hungers, der Armut, des Unrechts, der Folter und zudem der Assimilation und sexistischen Behandlung, und sie sind Ergebnis der gerechten Reaktion der gesamten Gesellschaft. Die Auflehnung im Iran und in Rojhilat *[kurd.: Osten; = Ostkurdistan/Nordwestiran]* ist ein Aufstand gegen Unrecht, Korruption, Missbrauch von Religion und Konfession und alle anderen Arten von Unterdrückung. Auch wenn die ersten Aktionen Reaktionen auf die wirtschaftliche Krise waren, so ging es dennoch um politische, gesellschaftliche und juristische Probleme, und sie bargen in sich die Reaktionen der Völker, Frauen, Jugendlichen und Menschen aller Ethnien. Die riesigen Reichtümer des Landes wurden von einer elitären Gruppe im Staat ausgebeutet und geplündert. Die Frauen sind die meistbenachteiligte Gruppe. Arbeitslosigkeit ist ein großes Problem für die Jugendlichen. Eine Gesellschaft verkraftet eventuell eine Weile eine politische Krise, aber keine wirtschaftliche. Sie kann ohne Wirtschaft nicht leben. Das iranische Regime hat dem Volk die Ökonomie entrissen. Die Kinderarbeit im Iran hat enorme Ausmaße angenommen, und dies alles sind ökonomische Probleme. Es ist verständlich, dass die Bevölkerung gegen diese wirtschaftliche Entwicklung protestiert. Und diese hängt mit der politischen zusammen. Zweifelsohne hat die Politik Einfluss auf die Wirtschaft. Aus den Protestrufen gegen den iranischen Führer Chamenei, das Regime und die bewaffneten Kräfte ist ersichtlich, dass die Gesellschaft mit dem System insgesamt unzufrieden ist und zum Ausdruck bringt, dass sie es nicht mehr erträgt und einen Wechsel für notwendig hält. Das ist nicht mehr nur eine Forderung, sondern die Bevölkerung drängt darauf, dass sie etwas anderes nicht akzeptieren wird.



Zilan Vejin, Kovorsitzende der Partei für ein Freies Leben (PJAK)

2009 fand ein ähnlicher Volksaufstand statt. Was ist dieses Mal der Unterschied?

Die Präsidentschaftswahlen 2009 wurden gefälscht. Es war die Rede davon, dass nicht Ahmadinedschad Wahlsieger gewesen sei, sondern der reformistische Mussawi. Innerhalb des Staatsapparates herrschte eine starke Konkurrenz um die Macht. Das Volk war unzufrieden mit den Praktiken und der Politik von Ahmadinedschad. Er hatte Verbote für die Frauen eingeführt und die Konflikte, Ausgrenzung, Todesstrafen, Unterdrückung erreichten exorbitante Ausmaße. Das Volk wollte Ahmadinedschad nicht mehr. Daher beteiligten sich die

Menschen den Reformisten unterstützend an der Wahl. Auf die Wahlunregelmäßigkeiten reagierten sie mit Aktionen. Der iranische Staat schlug die Proteste mit großer Brutalität nieder, fast hundert Menschen wurden von den Basidschi ermordet, den paramilitärischen Milizen des Regimes. Die Ermordung der jungen Frau Nida brachte das Fass zum Überlaufen und die Proteste nahmen zu. Die damaligen Forderungen betrafen einen Regierungswechsel, also die Regierungsübernahme durch die Reformisten, es waren Forderungen nach einem Wechsel innerhalb des Regimes und eine Übergabe der Macht. Aber Inhalte und Umfang der jetzigen Aufstände weichen davon ab. Die Forderungen sind radikaler und es wird ein Wandel des iranischen Regimes im Ganzen gefordert. Die Gruppe, die diese Aufstände anführt, ist diejenige, die am stärksten unterdrückt und tyrannisiert wird. Insbesondere die Frauen sind der staatlichen Politik radikal entgegengetreten. Und auch viele ethnische Gruppen äußerten ihre Forderungen.

Die aktuellen Proteste begannen in den wichtigsten Zentren des Iran. In Gebieten, in denen noch nie protestiert worden war oder Aufstände stattgefunden hatten, gingen die Menschen auf die Straße. Worauf weist das hin? Bedeutet der dortige Beginn der Aktionen etwas?

Die Proteste haben in Maschhad und Ghom begonnen, die zu den von islamischer Herrschaft geprägten Zentren gehören. Sie sind dicht besiedelt, mit einer sehr religiösen Gruppe, also sozusagen die Orte, von denen aus das Regime begonnen hatte. Es ist vielsagend, wenn die Aktionen in den Zentren stattfinden, denen das Regime am meisten vertraut, wo es sich am sichersten fühlt und die es als sein »Gehirn« charakterisiert. Und es ist ein Hinweis darauf, dass jede gesellschaftliche Gruppe gegen die krisengeschüttelte Situation des Iran ist. Dass in einer als typisch persisch angenommenen Stadt wie Isfahan Proteste gegen das Regime stattfinden, demonstriert ihre Bedeutung. In all diesen Städten gibt es massive gesellschaftliche Probleme, Prostitution, Drogenhandel, Armut u. Ä. Dass sich sowohl in armen, verwahrlosten, gleichgültigen Gebieten als auch in sogar nur um die Sicherheit besorgten Städten Arme und Reiche gemeinsam erheben, bedeutet einen gemeinsamen Nenner für einen Regimewechsel. Sogar die religiöse islamische Gruppe der Revolutionsunterstützer von 1979 ist nun aufgebracht. Denn Fundamentalismus, Nationalismus, Sexismus, Armut haben sich extrem zugespitzt, so dass die Situation für die Gesellschaft untragbar geworden ist.

Sowohl im Iran als auch in Kurdistans Rojhilat ist die wichtigste Parole: »Tod der Diktatur, Ende des Mullah-Regimes!« Worauf weisen derartige Parolen in einer vom iranischen Regime dominierten Region hin? Und können Sie etwas zum Fortgang dieser Proteste sagen?

Wie schon gesagt, zum ersten Mal in dieser Intensität und Art und Weise hat sich in sehr vielen Städten und von sehr vielen Gruppen unterstützt eine Haltung gegen das Regime manifestiert. Das markiert einen Beginn. Der Charakter der Proteste kann sich ändern, sogar in eine ganz andere Richtung. Aber der Wunsch nach einem Wechsel wird weiter bestehen. Derzeit erleben wir statt einer Demokratisierung ein Niederkämpfen, Töten und eine massive Verhaftungswelle. 27 Menschen sind ermordet worden. Der Staat versucht durch Unterdrückung die Macht zu bewahren. Etwas anderes ist von einem Regime auch nicht zu erwarten. Die Menschen waren sehr radikal, wütend und entschieden. Und die ganze Welt hat es gesehen. Das iranische Volk hat Zeit seiner Geschichte eine revolutionäre Tradition. Auch 1979 hat es in der Revolution seine politischen Forderungen und Wünsche artikuliert, wie sie ihr Leben leben wollen. Unserer Ansicht nach werden diese Aufstände weitergehen und das Volk wird auf unterschiedliche Weise seinen Willen äußern.

Auf frühere Proteste reagierte der Iran mit Hinrichtungen und Verhaftungen. Derzeit herrscht eine ähnliche Situation. Könnte die Protestwelle mit solchen Praktiken niedergeschlagen werden?

Erneut praktiziert der Iran die Politik des klassischen Nationalstaats. Wir sind davon nicht wirklich überrascht. Egal wie tyrannisch Staaten sind, den Willen eines Volkes können sie nicht unterdrücken. Das hat die Weltgeschichte schon bei vielen Revolutionen gezeigt. Herrscher sind einem Volk gegenüber noch nie erfolgreich gewesen. Wenn sich ein gesamtes Volk erhebt, dann kann sich ihm keine Macht der Welt entgegenstellen. Die größte Macht ist das Volk selbst. Tyrannei führt bei ihm zu heftigem Zorn und Reaktionen und verstärkt sein Misstrauen gegen den Staat. Der iranische Staat wird eine Zeit lang auf diese Art und Weise weiter agieren können. Er wird sich aber entweder demokratisieren müssen oder als Ergebnis der demokratischen Einheit der Völker und ihres Kampfes gestürzt werden. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) erklärte während der Proteste 2009, dass es im Mittleren Osten keinen bleibenden Wandel geben werde, solange sich das Regime im Iran nicht ändert. Können die aktuellen Proteste einen solchen Wandel in Gang setzen?

Das Gebilde »Nationalstaat« bewirkt im Mittleren Osten die Schäden, die die Ursache dieser gesellschaftlichen Krise bilden. Denn der Mittlere Osten korrespondiert nicht mit dem Gebilde eines Nationalstaats. Kapitalismus, Großbritannien und USA spielen mit dem Theater des Nationalstaats im Mittleren Osten ein großes Spiel. Hier gibt es ein Völkermosaik verschiedener Sprachen, vieler Kulturen und unterschiedlicher Religionen. Seitdem es hier Nationalstaaten gibt, ist es eine krisengebeutelte Region. Für die Demokratisierung des Mittleren Ostens müssen sich die Länder demokratisieren. Beispielsweise herrscht derzeit auch in der Türkei ein gesellschaftliches Chaos. Sie versuchen mit faschistischer, sexistischer und religiöser Politik die Gesellschaft zu unterdrücken. Es gibt Analysen, dass auch im Iran eine Intervention stattfinden wird. Nur wird dort ein eventueller Wechsel dann nicht von den kapitalistischen Hegemonialstaaten durchgeführt werden. Die USA haben im Irak interveniert und dort herrscht nun Chaos. Ein vom Kapitalismus herbeigeführter Wandel dient nur dem eigenen Weiterbestehen. Denn auch der Kapitalismus erlebt derzeit eine Krisensituation. Da er seine schwächste Zeit durchlebt, verfolgt er selbst einen Systemwandel, um sich erhalten zu können. Nun plant er in den Ländern des Mittleren Ostens eine politische und grafische Neuformierung. Allen voran die USA planen hier die Schaffung kleiner Nationalstaaten. Ob es im Iran eine Einmischung geben wird, steht nicht konkret fest, aber unser Kampf ist auch nicht darauf ausgerichtet. Wir wollen, dass der Iran demokratisiert wird, sich wandelt und das Land der Freiheiten wird. Selbstverständlich wirkt sich ein Wandel des Irans auch auf den Mittleren Osten aus. Das stärkste Beispiel dafür ist die revolutionäre Situation in Rojava. Die Kurden sind derzeit ein entscheidender Faktor im Mittleren Osten. Sie vertreten in der Region eine dritte Position. Die erste ist der alte Status quo, die zweite die Schaffung einer Hegemonialkraft und die dritte ist die Selbstverwaltung der Völker im Paradigma der Ökologie, der Demokratie und der Freiheit der Frau. Die Demokratisierung des Irans wird nur mit der Umsetzung des Projekts der demokratischen Nation stattfinden. Und das wird nur mit der Kraft des Volkes geschehen, d. h. die inneriranische Dynamik muss am Wandel teilhaben.

Die führende Kraft der Befreiungsbewegung Kurdistans, dessen Ideologie die PJAK verinnerlicht hat, Abdullah Öcalan, erklärte in einer seiner Analysen: »Wir werden Zeuge des Kampfes um die Moderne im Iran sein können.« Was ist darunter zu verstehen? Sind Ihrer Meinung nach die verschiedenen Volksgruppen im Iran in der Position, im Sinne der demokratischen Moderne aufzubegehren?

Diese Ära ist die Ära des Kampfes zwischen der kapitalistischen und der demokratischen Moderne. Dieser Kampf beginnt nicht neu bzw. ist kein Kampf, der keinen historischen Hintergrund hat. In der Weltgeschichte bestanden stets der Gegensatz und der Kampf zwischen Macht und Gesellschaft. Der Kapitalismus vertritt dabei die Gruppe der Machthabenden in der Welt. Demgegenüber kämpft die ethisch-politische Realität der Gesellschaft, die demokratische Moderne gegen die kapitalistische Moderne. Die aktuelle Situation im Iran



Proteste gegen das iranische Regime im Januar 2018. Foto: ANF

beschreibt den Kampf der Gesellschaft gegen den Staat, um ihr eigenes Leben zu begründen … Der Iran ist das Land mit der höchsten Selbstmordrate. Frauenmorde, wirtschaftliche Probleme und die Kurdenfrage, das sind alles Durchsetzungsmethoden der kapitalistischen Moderne, ihre Indikatoren und nicht unabhängig vom Staat. Kurden müssen keine Perser sein und können ihre eigene Kultur nicht ausleben. Dasselbe gilt für Belutschen, Yaresan, Bahai und Aserbaidschaner. Gewiss ist dies ein Kampf der Moderne. Demokratische Moderne bedeutet die Art und Weise des Lebens einer Gesellschaft nach ihrer eigenen Denkweise und Realität. Der Iran bietet den Völkern keine Lebensbasis. Das hat sich auch bei den letzten Wahlen gezeigt. Beispielsweise waren Frauen nur in sehr geringer Zahl im Kabinett vertreten und das auch nur nach einigen Protesten. Die Kurden und andere Volksgruppen wurden nicht mit einbezogen. Die Gesellschaft kann dazu nicht schweigen. Solange der Iran so weitermacht, wird die Krise des Kampfes der Moderne andauern.

Welche Auswirkungen auf den Frieden im Mittleren Osten wird ein tiefer Wandel im Iran haben?

In vielen Ländern des Mittleren Ostens herrscht Krieg, denn die kapitalistischen Kräfte betrachten diese Region als Gefahr für sich. Sie füllen die Tagesordnung mit Krieg, Hunger, Sexismus, Fundamentalismus und bezähmen sie hierdurch. Auch der Iran ist nicht von dieser Realität getrennt zu betrachten. Jedes Chaos, Problem oder im Gegensatz dazu jede demokratische Öffnung und Entwicklung eines Landes wirkt sich direkt auf die anderen Länder im Mittleren Osten aus. Die Auswirkungen sind nicht einmal nur auf den Mittleren Osten beschränkt, sondern betreffen auch das globale Kräfteverhältnis und verändern es. Dasselbe gilt im Frieden wie auch im Krieg. Zweifelsfrei wird ein Wandel oder Umbruch im Iran, sei es auf demokratischem Wege oder durch den revolutionären Aufmarsch des Volkes, das gesamte Kräfteverhältnis im Mittleren Osten und insbesondere die Pläne der Hegemonialkräfte für die Region verändern. Falls der Wandel von innen heraus, also demokratisch und friedlich vonstattengeht, wird er für den Mittleren Osten ein neues Modell und somit auch ein neues politisches Klima schaffen. Im Gegensatz dazu wird ein radikaler und revolutionärer Umbruch des Regimes auch für die anderen Völker im Mittleren Osten eine Quelle der Inspiration werden. Im schlimmsten Fall wird im Iran eine Intervention von außen die regionalen Kräfteverhältnisse und inneren Widersprüche zum Beben bringen und dadurch die Region in den intensivsten und tiefsten Dritten Weltkrieg treiben. Der Iran hat historisch und aktuell in der Region und der Welt einen wichtigen Stellenwert für die Kräfteverhältnisse, wobei dieser Umstand aktuell sogar noch verstärkt gilt.

Welche Rolle fällt den Kurden bei dieser und künftigen Protestwellen im Iran zu?

Die Kurden befinden sich im Iran in einer wichtigen Position. Sie führen in der Region einen Kampf um Freiheit und Demokratie. Sie kämpfen für die Freiheit der Frau und besitzen einen besonderen kämpferischen Charakter. Rojava hat die Anerkennung des kurdischen Kampfes befördert. Für sehr viele Menschen stellt er eine Hoffnung dar. Die iranischen Kurden sind ein Teil dessen, denn der Befreiungskampf Kurdistans umfasst all seine Teile. Ostkurdistan im Iran ist der erste Teil, der Kurdistan entrissen wurde *[osmanisch-safawidische Teilung 1639]*, später wurde es in vier Stücke geteilt. So gesehen unterliegt Ostkurdistan seit circa 300 Jahren diverser Herrschaft und Kontrolle. Eines der führenden Völker bei der Demokratisierung des Irans ist das kurdische. Es hat ein Problem mit nationaler Identität. Die Kurden sind eine Nation, ein Volk, werden aber seit Jahrhunderten nicht berücksichtigt. Daher betreffen sie die Probleme weit mehr und deren Lösungen müssen noch radikaler sein. Sie spielen eine wichtige Rolle für die Demokratisierung des Irans, die in Zusammenhang mit dem demokratischen Charakter des Befreiungskampfes steht. Dabei folgen sie einer sozialistischen Tradition und werden daher eine maßgebliche Rolle einnehmen. Die Kurden müssen überall zur Sprache bringen, dass das konföderale Modell die einzige Lösung für den Iran sei, und drängend und kämpferisch entsprechende Projekte hervorheben, damit ihre gerechten Forderungen nach dem Leben in einem demokratischen und freien Vaterland, friedlich und gleichberechtigt, erfüllt werden.

Wie steht die PJAK zu den Protestaktionen im Iran? Was schlagen Sie als Lösung für den Iran vor?

Wir halten diese Aktionen für demokratisch und denken, dass man sich dem nicht verschließen darf. Der Iran reagiert darauf antidemokratisch und repressiv. Gegen diese Art von Politik werden wir zu jeder Zeit ankämpfen. Es besteht kein Unterschied zwischen der Forderung des Volkes nach Demokratisierung und der Freiheitsforderung der Kurden. Wir betrachten dies als einen wichtigen realistischen Aspekt. Dass die Frauen bei den Protesten federführend sind, ist aus Sicht des Freiheitskampfes der Frau von größter Bedeutung. Wir haben einige Projekte, die das Zusammenleben der Volksgruppen und den Wandel des Systems betreffen. Auf dem Territorium des Iran leben zahlreiche Kulturen und Völker zusammen. Diese sollten zusammen und auf einer demokratischen Basis ihre Selbstverteidigung organisieren können. Wenn Zusammenhalt und Organisierung geschaffen werden, dann wird sich keine noch so mächtige Armee der Welt diesem Volkswillen entgegenstellen können. ♦

Ein Blick auf die Geschehnisse in Südkurdistan

Und jeder will ein Stück vom Kuchen

Necmettin Salaz, Schriftsteller und Journalist, Silêmanî

Die Entwicklung Anfang der 2000er erweckte den Anschein, dass sich im Irak allmählich ein föderales System bilde, und auch in Südkurdistan schien bis dahin alles in Ordnung zu sein.

Es gab gute Beziehungen zur irakischen Zentralregierung in Bagdad, die Kurden waren dort durch ihre eigenen gewählten Abgeordneten und Ministerien vertreten, und das in Hewlêr (Erbil) gegründete kurdische Parlament setzte sich mit den Problemen in der eigenen Region auseinander.

Zu dieser Zeit machten die Kurden siebzehn Prozent der irakischen Bevölkerung aus, sodass sie den entsprechenden Anteil des zentralen Budgets erhielten und mittels neu gebauter Pipelines Erdöl exportierten und vermarkteten. Mit dem verdienten Geld konnten die Menschen ihren Lebensunterhalt leicht finanzieren, neue Straßen, Krankenhäuser und große Gebäude wurden gebaut. Es gab keine ernsthaften wirtschaftlichen Probleme, viele Menschen erhielten mehr als ein Gehalt, arbeiteten in verschiedenen Jobs und erwarben Privateigentum.

Der »süße Geschmack« des Kapitalismus

Der Kapitalismus wurde nach und nach spürbar. Luxusautos wurden aus Ostasien importiert, nun standen vor demselben Haus zwei bis drei Autos und aus der Türkei wurden luxuriöse Möbel und Kleidung importiert. Kurzum, Luxus und Konsum nahmen ihren Verlauf.

Die Menschen in der Region waren nicht in den prekären Jobs wie Kellner, Reinigungskräfte oder Bauarbeiter tätig. Die beiden zuerst genannten Jobs wurden von Menschen aus den Ländern Afrikas ausgeübt, während die armen Menschen aus Nordkurdistan als Bauarbeiter tätig waren. Die Produktion wurde in keiner Weise gefördert. Die Kurden, die einst von der Subsistenzwirtschaft gelebt hatten, kauften nun Tomaten, Eier, Milch von außerhalb ihrer Region. Die Schaufenster der etablierten Geschäfte wurden mit türkischen, arabischen und iranischen Waren dekoriert.

Als die Regierenden den süßen Geschmack des Kapitalismus schmeckten, änderte sich langsam die Situation. Sie begannen im Geheimen in der Gesellschaft unbekannte Erdölgeschäfte mit der Türkei und die erwirtschafteten Gelder flossen in Privatkassen.

Die Menschen bekamen immer weniger vom Kuchen ab, bis sie nichts mehr bekamen. Der Irak reagierte darauf mit der Warnung, dass bekannt sei, dass die Einnahmen aus dem Ölverkauf an die Türkei nicht in die Kasse der Zentralregierung transferiert werden. Dann stoppte der Irak die siebzehn Prozent des Geldes, die Südkurdistan zustanden, und die »Krise« wurde dort spürbar. In den Jahren von 2015 bis 2016 wurden die Gehälter mit Unterbrechungen gezahlt, bis sie 2017 fast gänzlich eingestellt wurden. Die Investitionen wurden gestoppt. Die Arbeiter, die von außerhalb kamen, zogen sich allmählich zurück, ein Großteil von ihnen verließ das Land.

Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan Mesûd Barzanî verlängerte seine Amtszeit mit Parlamentsbeschluss um zwei Jahre. Am Ende dieser zwei Jahre regierte er ohne eine Abstimmung über sein Mandat weiter.

Der Plan mit dem Unabhängigkeitsreferendum

Zusätzlich zum Problem der Armut begann die politische Krise. Die kurdische Gesellschaft verlor das Vertrauen in die politischen Parteien, und die Machthaber des Landes suchten nach Wegen, sich an der Macht zu halten.

Genau zu diesem Zeitpunkt machte Barzanî seine Idee des Unabhängigkeitsreferendums publik. Die nationalen Gefühle der Gesellschaft sollten angestachelt werden. Bei einem positiven Verlauf sollte sowohl die Unabhängigkeit gewährleistet als

auch die Macht gesichert werden. Allerdings ist der Plan nicht aufgegangen.

Die Vereinigten Staaten, die in den Neunzigern eine Flugverbotszone für die irakische Luftwaffe einrichteten und die Region der kurdischen Autonomieregierung übergaben, betonten mehrmals, das Unabhängigkeitsreferendum nicht zu akzeptieren. Sie pochten auf die territoriale Integrität des Iraks und schickten mehrere Delegationen in die Region. Die Türkei verlagerte ihre Truppen an die Grenze, führte Militärmanöver durch und deutete das Referendum als Kriegserklärung. Der Iran schickte Soldaten in seine kurdische Region und flog zur Warnung Luftangriffe. Auch aus Europa kamen Dutzende Delegationen, doch niemand konnte Barzanî überzeugen.

Die Türkei ist über die gegenwärtige Situation sehr erfreut und erhält ihre Beziehungen mit der PDK aufrecht. Ihre Militärpräsenz in der Region steigt mit den Ereignissen während des Referendums und ihrer damaligen offenen Feindseligkeit stetig weiter.

Letztendlich fand das Referendum statt. Die Menschen sind wie erwartet an die Wahlurnen gegangen und haben mit »Ja« gestimmt. Das war der Beginn der Katastrophe. Die unter Kontrolle des Iran stehenden Haschd-al-Schaabi-Milizen besetzten zusammen mit der irakischen Armee zunächst Duzxurmatu und anschließend auch Kerkûk. Auf Befehl der kurdischen Regierung zogen sich die Peschmerga aus vielen Gebieten kampflos zurück. Kerkûk, Xurmatu, Başiqa und Pirdê gerieten unter die Kontrolle arabischer Kräfte. Die aufgezählten Gebiete machen fünfundvierzig Prozent der Fläche Südkurdistans aus. Der Irak hat sich damit nicht zufriedengegeben, er schloss die Flughäfen für den internationalen Luftverkehr und nahm mit Hilfe der Türkei und des Irans die Grenzübergänge unter Kontrolle und damit die wichtigen ökonomischen Kanäle Südkurdistans.

Wahlen im Mai

Die Unklarheit über den Werdegang der Region dauert weiter an. Wöchentlich besuchen kurdische Delegationen Bagdad, aber bislang ergebnislos. Im Mai wird es Wahlen im Irak geben, aber immer noch ist unklar, welche Parteien daran teilnehmen können, denn die Abadi-Regierung kündigte an, dass Parteien mit bewaffneten Kräften ausgeschlossen seien. Wenn man diese Worte ernst nimmt, dann bezieht er sich hierbei auf die Demokratische Partei Kurdistans PDK und die Patriotische Union Kurdistans YNK, die einzigen beiden Parteien mit bewaffneten Kräften.

Eine andere Erklärung der irakischen Regierung bezog sich auf die Gehälter. Man werde sie von Bagdad aus erst bezahlen, wenn man die Listen begutachtet habe, da es eine zu hohe Zahl Peschmerga, Beamte und Werktätige in Südkurdistan gebe. Gerüchten zufolge spricht die Abadi-Regierung davon, die Zahl der 400.000 Peschmerga auf 50.000 bis 100.000 zu reduzieren. Dies bedeutet, damit 300.000 Bewaffnete von der Gehaltsliste zu entfernen. Es ist offensichtlich, dass dies zu ernsthaften Spannungen führen wird. Ich möchte mir nicht ausmalen, was in einem solchen Fall passieren würde.

Die Situation in der Region ist sehr angespannt. Die Lehrer boykottieren immer wieder den Unterricht und seit zwei, drei Jahren gibt es keinen vernünftigen Unterricht mehr.

Regionalregierung beugt sich der Lage

Die USA beobachten bislang nur die Ereignisse und sehen sich in ihren Warnungen an die südkurdische Regierung bestätigt. Auch die europäischen Staaten verhalten sich wie die USA. Der Irak selbst hat die Fäden in der Hand und behauptet, die Bevölkerungszahl habe sich geändert. Da sie nicht mehr 17 Prozent, sondern nur noch 12 Prozent des ganzen Landes betrage, werde auch der Beitrag entsprechend reduziert. Auch werde bei einer Öffnung der Flughäfen oder Grenzübergänge die Kontrolle weiter beibehalten. Die Regionalregierung scheint sich der Lage zu beugen. Die Türkei ist über die gegenwärtige Situation sehr erfreut und erhält ihre Beziehungen mit der PDK aufrecht. Ihre Militärpräsenz in der Region steigt mit den Ereignissen während des Referendums und ihrer damaligen offenen Feindseligkeit stetig weiter. Und auch die türkischen Firmen verkaufen weiterhin ihre Waren.

Der Iran erlebt die Freuden über die Vereinbarung mit dem Irak über das Öl in Kerkûk und kontrolliert mit den Haschd-al-Schaabi-Milizen regelrecht die angespannten Regionen.

Außer der armen Bevölkerung in Südkurdistan ist also sonst jeder froh und zufrieden. ♦

Fachtagung: Die Kurden im Kontext der (De-)Eskalation im Mittleren Osten

Die Notwendigkeit einer demokratischen Internationale ...

Dersim Dağdeviren, Vorsitzende von Kurd-Akad, Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Der Mittlere Osten ist historisch wie aktuell gezeichnet durch diverse ethnisch und konfessionell konnotierte Konfliktlinien und Kriege. Unterschiedliche regionale und internationale Akteure sind hierbei prägend. Die KurdInnen bilden in diesem Kontext einen determinierenden Faktor, vor allem auch im Hinblick auf die Befriedung der Region.

Mit der Befreiung Raqqas durch die Demokratischen Kräfte Syriens – die Volksverteidigungseinheiten der YPG und YPJ machen einen wesentlichen Anteil dieser aus – galt der Islamische Staat (IS) als weitgehend besiegt und die Hoffnung auf eine Befriedung der Region wuchs. Doch mit den Angriffen der türkischen Armee auf den Kanton Efrîn (Afrin) in Nordsyrien eskalierte die Situation und die Region ist nun um einen neuen Krisenherd reicher.

Während am 27. Januar 2018 Zehntausende Kurdinnen und Kurden in Köln gegen diese Angriffe protestierten, fand im Forum der Volkshochschule Köln eine Konferenz statt, die zwar Monate im Voraus geplant worden war, aber thematisch aktueller nicht hätte sein können: die Fachtagung des Netzwerkes kurdischer AkademikerInnen in Kooperation mit der Volkshochschule Köln und dem kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit – Civaka Azad.

Unter dem Titel »Die Kurden im Kontext der (De-)Eskalation im Mittleren Osten – Ansätze der Konflikt- und Friedensforschung im Fokus« standen die Konfliktkonstellationen im Mittleren Osten und friedenspolitische Ansätze für die Region zur Diskussion.

Zu Beginn der Konferenz sprach der Journalist und Nahost-Experte Ulrich Tilgner über ethnisch und konfessionell konnotierte Konfliktpotentiale und -dynamiken im Mittleren Osten. Bereits seine einleitenden Worte zeigen Ausmaß und Komplexität dieser Konnotationen auf: »Historische Wurzeln, die bis nach Westeuropa reichen, sind genauso zu berücksichtigen wie die verkrusteten Strukturen in der Region. Diese wurden zwar durch westliche Interventionen wachgerufen und aktiviert, aber sie waren vorhanden, auch wenn sie unterschiedliche und eben auch lokale oder regionale Wurzeln haben.« Zentral ist im Hinblick auf westliche Interventionen der Hinweis auf die Bedeutung der fossilen Rohstoffe in der Region. Der Wandel der diesbezüglichen Interessen erklärt nach Auffassung von Ulrich Tilgner auch den Verlust der absoluten Vormachtstellung der USA in der Region. Während für die USA zunächst das Beherrschen des Weltölmarktes im Vordergrund der Interessen stand, geht es ihnen derzeit vor allem darum – nachdem sie durch China als größtes Öl-Einfuhr-Land abgelöst wurden und vermehrt die Fracking-Technologie zum Einsatz kam –, durch Warenverläufe einen möglichst großen Anteil der Öleinnahmen der Staaten des Mittleren Ostens in die USA umzuleiten. Die Entwicklungen bei der Entstehung und beim Erstarken des Islamischen Staates sowie beim Krieg gegen den Islamischen Staat wurden Tilgner zufolge durch das Scheitern der US-Politik im Mittleren Osten ausgelöst bzw. sind Nachwirkungen des Scheiterns. Tilgner verweist im Kontext der Konfliktdynamiken im Mittleren Osten auch auf die Rolle des Iran. Dieser habe seine Stärke nicht trotz, sondern gerade wegen der Sanktionen und der damit einhergehenden Fokussierung auf die eigenen Ressourcen erlangt. Im Zentrum der ethnischen Konnotationen der Konflikte im Mittleren Osten sieht Ulrich Tilgner die Kurden. Er verweist hierbei auf die unterschiedlichen Interessen regionaler und internationaler Mächte, für die die Kurden ausgenutzt wurden und werden. In diesem Kontext spricht Ulrich Tilgner auch über das Verhältnis zwischen der Türkei und Westeuropa: »Die Kritik der EU-Staaten an dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan ist durch Taktik geprägt. Sie findet ihre Grenzen, wenn die Türkei damit droht, ihre Bereitschaft zu widerrufen, Flüchtlinge daran zu hindern, EU-Länder zu erreichen. Das taktische Moment im Verhältnis gegenüber der Türkei wird besonders an der Politik der Bundesrepublik Deutschland und in der deutschen Berichterstattung deutlich.« Die Grenzübergriffe Erdoğans bezeichnet Ulrich Tilgner als neoosmanisch. Die Efrîn-Offensive gilt den demokratischen Errungenschaften in Rojava: »Die Demokratische Föderation Nordsyrien soll zerstört werden, um ein Übergreifen demokratischer Prozesse auf

die Türkei abzublocken. Dabei will die Türkei eine vermeintliche Schwäche Rojavas nutzen. Eine Bewegung, die die Schwäche der syrischen Zentralregierung genutzt hat, um ihren Einfluss auszuweiten, wird unterschätzt … Langfristig wären die Regime in der Region in ihrer Existenz bedroht.«

»Transformationen von Regimen in Diktaturen: Das Staatsverständnis der Türkei«

Dass die Türkei sich seit ihrer Gründung stets in ihrer Existenz bedroht sieht, legt der zweite Referent der Fachtagung offen. Unter dem Titel »Transformationen von Regimen in Diktaturen: Das Staatsverständnis der Türkei« referierte der Politikwissenschaftler Mahir Tokatlı von der Universität Bonn. Gleich zu Beginn lieferte Tokatlı eine Zusammenfassung der Staatsauffassung der Türkei: »Demokratisch oder autoritär ist egal – Hauptsache türkisch!« Mahir Tokatlı verwies auf den Monismus als Basis für das Prinzip des einheitlichen Nationalstaates, mit dem der pluralen, multiethnischen und -religiösen Gesellschaftsstruktur der dortigen Geographie der Kampf angesagt wurde, und bezeichnete ihn als Geburtsfehler der Republik. Die Leugnung »Anderer« ist nicht nur Existenzgrundlage, sondern auch »Tür und Tor für staatliche Unterdrückung und Assimilation«. Tokatlı verweist hierbei auf die Mission, die dem Militär zugeschrieben wurde: »Das Schicksal der Nation kann nur garantiert werden, wenn der Staat weiterhin existiert, der Staat also existiert, um die türkische Nation aufrechtzuerhalten. Diese wechselseitige Bedingung wird nicht von der Regierung am Leben gehalten, sondern vom Militär, das demnach nicht, wie oft gesagt wird, da ist, um die Republik oder den Laizismus zu verteidigen, sondern allein wegen der Konservierung der Nation und des Staates. Handlungen gegen Feinde dieser Ordnung und in diesem Kontext sind demnach legitim.« Das Staatsverständnis sieht Mahir Tokatlı völlig konträr zu dem des Westens: »Die Staatsfunktion ist nicht wie bei Thomas Hobbes, in dessen Staatstheorie die einzelnen Individuen einen Gesellschaftsvertrag schließen, um die eigene Sicherheit, also das eigene Überleben, zu garantieren, der später von anderen Theoretikern zu einem Rechtsstaat erweitert wird. In der also der Staat für das Individuum da ist und dieser gleichzeitig vor der Willkür des Staates geschützt wird. Anders die Logik in der Türkei, wo der Staat zu einem Selbstzweck verkommt. Er existiert, um sich selber zu bewahren und garantiert gleichzeitig die Existenz der Nation. Seine primäre Aufgabe ist nicht, den Schutz der Individuen sicherzustellen, sondern sich selber vor dem Einzelnen zu schützen.« Im Hinblick auf die Transformation der Türkei in eine Diktatur betont Mahir Tokatlı, dass der Ausgangspunkt der Türkei ein fast hundertjähriges Homogenisierungsprojekt darstellt und es viel Phantasie bedarf, in Bezug auf die »Türkei« von einer liberalen Demokratie zu sprechen.

> Der Krieg des türkischen Staates begrenzt sich nicht auf die Türkei. Der türkische Staat kennt in seiner Kurdenfeindlichkeit keine Grenzen. Der Krieg hat sich sowohl auf Südkurdistan (Nordirak) als auch auf Rojava (Nordsyrien) ausgeweitet. Sie möchten alle Errungenschaften der Kurden niedermachen.

»Frauen im Fokus von Krieg und Gewalt«

Wie weit die Türkei von jedweder Form der Demokratie entfernt ist, zeigt sich auch in den Ausführungen zum Thema »Frauen im Fokus von Krieg und Gewalt«. Hierzu spricht die mit einem Ausreiseverbot belegte Anwältin und Ko-Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, Eren Keskin, via Skype. Eren Keskin verweist in ihren Ausführungen auf die genderspezifische Gewalt gegen Frauen als Mittel staatlicher Kriegsführung am Beispiel der Türkei und zeigt Parallelen zum Vorgehen des IS im Irak und in Syrien auf. Im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Türkei im Vergleich zu den 1990er Jahren sieht Eren Keskin vor allem durch den Entzug sämtlicher Rechtsoptionen eine deutliche Eskalation. Eren Keskin kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Zurückhaltung europäischer Staaten gegenüber der Türkei, die sämtliche von ihr ratifizierten Verträge und Chartas missachte. Den Ausweg aus genderspezifischer Gewalt sieht Keskin in der Organisierung und gesellschaftspolitischen Partizipation der Frauen.

»Gewalt beenden – Frieden stiften«

Der zweite Teil der Konferenz, der den Titel »Gewalt beenden – Frieden stiften« trug, begann mit einem Impulsreferat von Adem Uzun, kurdischer Politiker und Mitglied im Exekutivrat des Kurdistan Nationalkongresses *[s. S. 38]*. Unter der Überschrift »Living freedom: die Evolution des kurdischen Konfliktes in der Türkei und bisherige Anstrengungen zur Lösung« skizzierte Adem Uzun die Friedensbemühungen der kurdischen Seite seit 1993. Seine Worte »Wenn wir auf alle diese Phasen zurückblicken, dann kann man sagen, dass die kurdische Seite mit all ihren Institutionen von Anfang an ehrlich war und diese Phasen wirklich mit einem ehrenvollen Frieden

abschließen wollte. Das kann ich als Mitglied der Oslo-Treffen sehr überzeugt sagen. Deshalb verkündete die kurdische Seite einseitige Waffenstillstände, legte mehrfach Roadmaps vor und ertrug das Hinhalten und die Operationen des Staates. Leider können wir eine ähnliche Bewertung nicht für die andere Seite treffen. Sie hat die Phase taktisch in die Hand genommen, versucht, Zeit zu gewinnen und hat trotz Versprechen der kurdischen Delegation niemals ein Lösungsprojekt vorgelegt«, fassen die Ausführungen zu bisherigen Anstrengungen für eine Lösung des Konfliktes zusammen. In diesem Kontext hebt Adem Uzun die zentrale Rolle von Abdullah Öcalan hervor, der nun seit fast zwei Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı einer Totalisolation ausgesetzt ist. Die Gründe für das Verhalten des türkischen Staates demaskieren sich mit den Angriffen auf Efrîn gänzlich: »Der Krieg des türkischen Staates begrenzt sich nicht auf die Türkei. Der türkische Staat kennt in seiner Kurdenfeindlichkeit keine Grenzen. Der Krieg hat sich sowohl auf Südkurdistan (Nordirak) als auch auf Rojava (Nordsyrien) ausgeweitet. Sie möchten alle Errungenschaften der Kurden niedermachen.« Adem Uzun betont den Widerstandsgeist der Kurden mit den Worten »Aber die Kurden werden sich gegen diese ungerechten, rechtlosen und brutalen Angriffe des türkischen Staates mit allen Mitteln verteidigen, wie sie es bereits tun, wie wir es jetzt auch in Efrîn sehen«.

»Föderalismuskonzepte im Kontext von Friedensprozessen«

Um Friedensprozesse ging es auch im darauffolgenden Vortrag. Der Föderalismus-Experte Prof. Dr. Heinemann-Grüder von der Universität Bonn sprach über Föderalismuskonzepte im Kontext von Friedensprozessen. Hierbei benannte er an Länderbeispielen verschiedene negative und positive Optionen und Folgen von föderalen Strukturen. Während der Zerfall der Vielvölkerstaaten wie der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens eher Negativ-Konnotationen im Hinblick auf erfolgreiche Föderalismuskonzepte generiert, sind Indien und Südafrika vergleichsweise Positiv-Beispiele für funktionierende föderale Strukturen. Im Hinblick auf Spanien als europäisches Beispiel ist die Bilanz noch relativ unklar. Prof. Heinemann-Grüder benennt vier große Streitpunkte: die Frage nach dem Demos und dessen Zusammensetzung bzw. dem Souverän (Kernnation vs. weitere Bevölkerungsgruppen), die Frage, wer den Staat kontrolliert (Gesamtstaat vs. Gliedstaat, Frage nach Ethnokratie und Schutz von Minderheiten), die Frage nach den Rechten des Zentrums im Hinblick auf die Gliedstaaten (Begrenzung der Interventionsmacht des Zentralstaates) und schließlich die Kontrolle der Gemeinschaftsaufgaben (jenseits der äußeren Souveränität). Im Hinblick auf die Thematik »Frieden stiften« benennt Prof. Heineman-Grüder lediglich einen ihm bekannten Fall, wo Frieden von oben föderal gestiftet wird: »Es war ein Diktat-Frieden, das Dayton-Abkommen für Bosnien-Herzegowina. Es war nicht selbstbestimmte Wahl des Föderalismus von den drei Teileinheiten Bosnien-Herzegowinas, sondern es war ein Diktat-Frieden der Amerikaner.« Milosevic wurde von den Amerikanern im Falle der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens Straffreiheit in Aussicht gestellt. Die Verständigung aller Konfliktbeteiligten über das gewünschte Föderalismuskonzept sowie Grundprinzipien des Föderalismus ist grundlegende Voraussetzung, in einem Föderalisierungsprozess Fortschritte zu erzielen. Der Irak ist ein Beispiel für das Scheitern des Föderalisierungsprozesses aufgrund eines solchen fehlenden Grundkonsenses. Interessant ist auch die Fragestellung, ob Föderalismus nur eine Vorstufe für die Bildung von Nationalstaaten ist.

»Demokratie im Krieg: die Demokratische Föderation Nordsyrien«

Die Frage nach Nationalstaaten und Föderalismusoptionen bzw. -prozessen leitete zum nächsten Vortrag der Fachtagung über. Die Soziologin Dilar Dirik von der Cambridge University referierte zum Thema »Demokratie im Krieg: die Demokratische Föderation Nordsyrien«. Zentrale Aspekte ihres Vortrags waren die Kontroversen um Nationalstaaten vs. demokratische Nation und demokratischen Konföderalismus. Da dieses Thema Gegenstand zahlreicher Artikel im Kurdistan Report ist, wird hier auf eine weitere Ausführung verzichtet.

Das zweite Forum der Fachtagung wurde mit einem Interview der Politikwissenschaftlerin Rosa Burç mit dem Rechtswissenschaftler und HDP-Abgeordneten Prof. Dr. Mithat Sancar abgeschlossen, in dem es hauptsächlich um die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und die Perspektiven der Demokratischen Partei der Völker HDP ging, Letzteres nicht nur für die Türkei und die Region. Besonders betonte Prof. Sancar die Notwendigkeit einer demokratischen Internationale in Zeiten eines weltweit erstarkenden Rechtspopulismus.

Die Fachtagung endete mit einer Podiumsdiskussion unter dem Titel »Der Mittlere Osten zwischen Konflikt und Konsolidierung – Perspektiven und friedensbildende Maßnahmen«. Diese lässt sich zusammenfassen mit den Worten der Moderatorin: »Dilar Dirik sagte, von dem Problem zur Lösung. Herr Tilgner sprach den arabischen Frühling an. Möge der kurdische Frühling sich mit einer demokratischen Türkei, Herr Tokatlı, treffen. Möge die demokratische Internationale, Herr Prof. Sancar, hinzukommen und mögen diese Kräfte, Herr Prof. Heinemann-Grüder, als Sieger der Geschichte hervorgehen.« ♦

Die Suche nach Dialog und friedlicher Lösung für die kurdische Frage

Ein Friedensabkommen hätte zustande kommen können, wenn ...

Adem Uzun, Mitglied des Exekutivkomitees des Kurdistan Nationalkongresses (KNK), Beitrag zur Fachtagung »Die Kurden im Kontext der (De-)Eskalation im Mittleren Osten«, 27.01.2018 in Köln

Die Suche nach Wegen, den seit 34 Jahren in der Türkei andauernden Konflikt im Kontext der kurdischen Frage zu beenden und friedlich zu lösen, ist nicht neu. Der erste Schritt in diese Richtung wurde bereits im März 1993 vom türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal und dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan unternommen. Durch die Vermittlung des damaligen Generalsekretärs der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) und späteren irakischen Staatspräsidenten Celal Talabanî verkündete die PKK im März 1993 einen einseitigen Waffenstillstand. Auch die staatliche Seite hätte praktische Schritte unternehmen müssen, um in die Verhandlungsphase einzutreten. Doch mit dem plötzlichen und fragwürdigen Tod von Turgut Özal im April 1993 wurde kein Schritt unternommen und die Initiative blieb erfolglos. Stattdessen begannen im Mai 1993 wieder heftige Gefechte. Auf der staatlichen Seite war der Initiator und Architekt Turgut Özal. Seine Befugnisse und Kräfte waren jedoch begrenzt. Öcalan bewertete in einer seiner Erklärungen die Situation: »Turgut Özal war ehrlich, er wollte etwas bewegen, aber seine Kraft hat nicht ausgereicht. Sein Tod ist fragwürdig. Ich denke, dass er mit einem Komplott aus dem Weg geschafft wurde.«

Die Suche nach einer Lösung im Jahr 1993 war die erste wichtige Initiative – später folgten ähnliche. Bis zum Jahr 2006 gab es auf unterschiedlichem Niveau fünf verschiedene Versuche. Die kurdische Seite reagierte immer positiv mit einem einseitigen Waffenstillstand. Mit diesen Initiativen konnte jedoch kein Ergebnis erzielt werden. Die ganzen Aktivitäten nach 1993 wurden eher in dem Rahmen entwickelt, die Bewegung in eine Erwartungshaltung und in Inaktivität zu versetzen und um Zeit zu gewinnen. Daher möchte ich nicht näher auf die Details eingehen. Mit der folgenden Intensivierung des Krieges und dem Verkomplizieren des Problems haben sich auch die Friedensinitiativen vermehrt und neue Phasen wurden eingeleitet.

Ab dem Jahr 2006 hat mit der Unterstützung einiger Staaten und dem Einschalten vermittelnder Institutionen eine Periode des Dialogs und der Verhandlungen begonnen, die sogenannte Oslo-Phase. Sie nahm in den letzten Monaten des Jahres 2007 die Form einer Face-to-face-Kommunikation unter Beobachtung von Vermittlern an und dauerte mittels periodischer Gespräche bis Ende Juni 2011 an. Sie verlief voll und ganz unter der Aufsicht von Vermittlern und der von ihnen organisierten Orte, Logistik und Sicherheitsvorkehrungen. Neben den Face-to-face-Gesprächen wurden auch immer wieder Dokumente und Nachrichten vermittelt. Zudem wurden die Treffen durch die Staatsdelegation in schriftlicher Form mit Öcalan geteilt und seine Ansichten in schriftlicher Form auch bei den Treffen vorgelegt. Die Face-to-face-Gespräche während der Oslo-Phase wurden protokolliert, die Gesprächsergebnisse in den Protokollen festgehalten und sowohl die beiden Seiten als auch die Vermittlungsinstitution erhielten jeweils eine Kopie.

Wenn auch nicht zu Beginn, so doch ab Ende 2008 wurde die Phase mehr durch gegenseitige Waffenruhen aufrechterhalten, die jedoch nicht offiziell verkündet wurden. Zweifellos wurden sie von Zeit zu Zeit gebrochen. Gründe dafür waren fehlende Schritte des Staates, nicht eingehaltene Versprechen und Hinhaltetaktik sowie Polizeioperationen gegen die Zivilbevölkerung und demokratische Institutionen. Obwohl die kurdische Seite mehrfach Vorschläge für eine Roadmap vorlegte, kam die Gegenseite trotz Versprechungen mit leeren Händen zu den Treffen. Mit diversen Ausreden – dass Wahlen anstünden, die Staatsbürokratie so träge sei, die Regierung die Vorschläge bearbeite oder die Zeit nicht ausreiche – wurde die eine Seite weiter hingehalten. Um diese Stagnation zu überwinden, legte Öcalan Anfang Mai 2011 eine Roadmap, bestehend aus drei Protokollen, vor. Trotz Beharren der kurdischen Seite, dass die Staatsdelegation vor der Wahl am 12. Juni 2011 auf die Protokolle antworten und eigene Vorschläge mitbringen solle, gab es vor der Wahl keine Vorschläge und auch danach kam die Staatsdelegation mit leeren Händen. In dieser Zeit wurden zudem die militärischen Operationen forciert und die Oslo-Phase geriet im Juli 2011 ins Stocken.

Mit dem Stagnieren der Oslo-Gespräche begann eine Phase heftiger Gefechte. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 und das gesamte Jahr 2012 hindurch wurde der Krieg mit hohen Verlusten auf beiden Seiten geführt. Die türkische Regierung verfolgte damit das Ziel, die Freiheitsbewegung Kurdistans wie die Tamil Tigers durch Anwendung des Sri-Lanka-Modells zu vernichten. Doch der Plan ging nicht auf; die Armee war erfolglos und der Krieg verlief für sie zunehmend negativ. Dann begannen Ende des Jahres 2012 geheime Gespräche mit Öcalan auf Imralı. Mit dem Besuch zweier kurdischer Parlamentarier am 3. Januar 2013 wurden sie öffentlich. Davor war Öcalan 18 Monate lang totalisoliert gewesen. So begann die als Imralı-Phase bekannte und bis zum Jahr 2015 andauernde Initiative für Dialog und Frieden.

In der Imralı-Phase ging zuerst die Regierungsdelegation auf die Insel und traf sich mit Öcalan, danach wurde eine aus drei Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bestehende Delegation gebracht. Die Abgeordneten leiteten die Nachricht aus Imralı an die Leitung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) in den Kandil-Bergen weiter. Die KCK-Leitung vermittelte ihre Antwort über die Abgeordneten an Öcalan. In der ersten Etappe konnten nur Abgeordnete zur Insel gelangen. Durch die beharrliche Forderung Öcalans wurden zwei weitere Personen der Delegation hinzugefügt: eine Vertreterin der Frauenbewegung Kurdistans und eine der kurdischen demokratischen Institutionen. Zu dieser Zeit endeten die Gefechte und es gab einen beidseitigen Waffenstillstand. Der Prozess stand weitgehend im Fokus der Öffentlichkeit. Die Abgeordnetendelegation hielt regelmäßig Pressekonferenzen ab, um die Öffentlichkeit über die Entwicklung zu informieren. Die Imralı-Phase stieß in der Öffentlichkeit auf große Resonanz. Umfragen zufolge unterstützten über 70 % der Bevölkerung diese Imralı-Gespräche.

Wenn die Regierung ihre Versprechen gehalten hätte und das Problem tatsächlich hätte lösen wollen, wäre im Jahr 2013 ein Friedensabkommen zustande gekommen und das Problem beendet worden.

Wenn die Regierung ihre Versprechen gehalten hätte und das Problem tatsächlich hätte lösen wollen, wäre im Jahr 2013 ein Friedensabkommen zustande gekommen und das Problem beendet worden. Doch dies passierte nicht. Wie auch in der Oslo-Phase hielt die Regierung auch dieses Mal ihre Versprechen nicht und vertröstete stets die andere Seite. Öcalan versuchte immer wieder mit alternativen Vorschlägen und Projekten den Weg zu ebnen. Mit der Sorgfalt und Mühe Öcalans verfassten Regierung und HDP am 28. Februar 2015 eine gemeinsame Presseerklärung. Dem Abkommen vom 28. Februar zufolge hätten innerhalb von zwei Wochen beide Seiten, unter Aufsicht von Vermittlern, auf Imralı zusammenkommen und grundlegende Themen verhandeln sollen. Mit positivem Verhandlungsverlauf und dem Öffnen von Kanälen für den politischen Kampf hätte die KCK auf einem Kongress den Beschluss gefasst, den bewaffneten Kampf gegen die Türkei einzustellen.

Doch das ist so leider nicht passiert; die Vermittlungsdelegation wurde nicht gebildet. Wenige Tage nach dem 28. Februar erklärte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, es gebe keine kurdische Frage in der Türkei. Eine Woche darauf verkündete er: »Es wird keine Verhandlung geben, es wird keine Vermittlungsdelegation geben, ich wusste nichts von dem Abkommen am 28. Februar, die Regierung hat einen Fehler gemacht.« Doch die Pressekonferenz war mit seinem Wissen und seiner Erlaubnis durchgeführt worden. Hier kam der Prozess ins Stocken. Das letzte Gespräch mit Öcalan fand am 5. April 2015 statt. Er erklärte: »Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie euch nicht noch mal hierherbringen, ich denke, das wird unser letztes Treffen sein.« Seit diesem Tag sind die Gespräche abgebrochen und die Tore von Imralı geschlossen. Seither wird auf Imralı schwer gefoltert und weder die Familie noch die Anwälte können Öcalan besuchen.

Wenn wir auf all diese Phasen zurückblicken, dann wird deutlich, dass die kurdische Seite mit all ihren Institutionen von Anfang an ehrlich war und diese Etappe wirklich mit einem ehrenvollen Frieden abschließen wollte. Deshalb verkündete sie einseitige Waffenstillstände, legte mehrfach eine Roadmap vor und ertrug das Hinhalten und die Operationen des Staates. Leider können wir eine ähnliche Bewertung für die andere Seite nicht anstellen. Sie ging den Prozess taktisch an, versuchte Zeit zu gewinnen und trotz Versprechungen wurde nie ein Lösungsprojekt vorgelegt.

Wie zuvor schon wurde auch die Imralı-Phase vom Staat abgebrochen. Seine bewaffneten Kräfte gingen am 24. Juli 2015 zum Angriff über. Seitdem gibt es einen großen Krieg und schwere Gefechte. Der Krieg des türkischen Staates ist nicht auf die Türkei begrenzt, seine Kurdenfeindlichkeit kennt keine Grenzen. Der Krieg wurde sowohl auf Südkurdistan (Nordirak) als auch auf Rojava (Nordsyrien) ausgeweitet. Die Angriffe auf kurdische Politiker und Aktivisten beschränken sich nicht nur auf den Mittleren Osten. Es wurden Todeskommandos nach Europa geschickt, um Massaker wie die Pariser Morde von 2013 zu verüben. Sie wollen alle Errungenschaften der Kurden zunichtemachen. Diese werden sich gegen die ungerechten, rechtlosen und brutalen Angriffe des türkischen Staates mit allen Mitteln verteidigen – wie sie es bereits tun. ♦

Die Internationalistische Kommune von Rojava stellt sich vor

Den Internationalismus neu beleben

Ein Interview mit zwei Internationalist*innen der Internationalistischen Kommune von Rojava

Seit mehreren Jahren kommen Internationalist*innen aus aller Welt nach Rojava. Sie arbeiten in den verschiedensten Bereichen, in der Gesellschaft, in der Verteidigung der Revolution, in ökologischen Projekten … 2017 etablierte sich die Internationalistische Kommune von Rojava. Im Kanton Cizîrê nahe der Stadt Dêrik baute sie die erste zivile Akademie für Internationalist*innen in Rojava auf. Alessandra und Stefan beantworteten dem Kurdistan Report einige Fragen zu der Kommune selbst, zum neuen Internationalismus, zu der Kampagne »Make Rojava Green Again« und zur sozialen Ökologie als Grundlage der demokratischen Moderne.

Würdet Ihr Euch kurz vorstellen? Woher kommt Ihr und wie seid Ihr dazu gekommen, nach Rojava, in die Internationalistische Kommune, zu gehen?

Alessandra: Ich komme aus dem Süden Italiens. In meiner Stadt gab und gibt es immer noch ein großes Problem mit illegalen Müllgeschäften. Sowohl die Mafia als auch der italienische Staat haben da ihre Finger mit drin. Das hat große Auswirkungen auf die Gesellschaft, aber auch auf die Natur. Ich wurde dann aktiv in der NO-TAV-Bewegung gegen das Mega-Infrastruktur-Projekt im Norden Italiens. Auf die kurdische Bewegung bin ich gestoßen, als die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ erfolgreich die Stadt Kobanê verteidigt haben. Die kurdische Bewegung hat für mich verschiedene Kämpfe zusammengebracht. Na, und so bin ich dann eben 2017 nach Rojava gekommen und wurde hier von der Internationalistischen Kommune herzlich aufgenommen.

Stefan: Auch ich bin seit 2017 in Rojava. Ich komme aus dem Osten Deutschlands, aus Leipzig, und hab mich über die Auseinandersetzung mit Nazis politisiert. Das ist ja so ein Thema, an welchem wir gerade im Osten nicht vorbeikommen. Ich hab in Witzenhausen ökologische Landwirtschaft studiert. Mit der Beschäftigung mit ökologischen Themen wurde mir immer klarer, wie eng Ökologie, Feminismus, Antikapitalismus und Antifaschismus eigentlich zusammengehören und nicht voneinander zu lösen sind. Es braucht eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung – eine Revolution, welche alle diese Aspekte zu ihrem Ausgangspunkt macht. Ich war bei vielen Protesten wie z. B. im Castor-Widerstand, gegen Kohlekraftwerke und gegen Gentechnik dabei, aber mir hat das nicht mehr gereicht. Mir hat eine Perspektive gefehlt, wo ich damit eigentlich hinwill. In der kurdischen Bewegung habe ich viele Ansatzpunkte wiedergefunden, welche mich letztendlich motiviert haben hierherzukommen. Die letzten Monate habe ich u. a. in der Kampagne »Make Rojava Green Again« gearbeitet.

Ihr sagt, dass Ihr Teil der Internationalistischen Kommune seid. Was ist die Kommune? Und was macht Ihr als Kommune?

Stefan: Wir sind der Zusammenschluss von allen Internationalist*innen in Rojava. Warum Kommune? Weil wir eben nicht nur zusammen arbeiten, sondern uns als Genoss*innen verstehen, die auch zusammen leben und ihre Probleme gemeinsam lösen. Wir haben hier die Kommune mit den Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung, im Besonderen der Jugend, aufgebaut, um eben einen solchen Ort zu schaffen. Das Ziel ist es, einen »neuen Internationalismus« in Rojava, aber auch darüber hinaus zu organisieren.

Alessandra: Als Kommune organisieren wir Bildung zu verschiedenen Themen und haben in den letzten Monaten gemeinsam eine neue Akademie, die erste zivile internationalistische Akademie in Rojava, aufgebaut. Das war nicht nur Kopf-, sondern auch Handarbeit. Und über Sprachunterricht bereiten wir uns auf Arbeiten in den verschiedenen Strukturen der Gesellschaft vor. So sind einige von uns z. B. in den Jugendstrukturen in verschiedenen Städten als auch in den Frauenarbeiten.



Make Rojava Green Again

Was meint Ihr mit »neuem Internationalismus«?

Alessandra: Generell geht es uns darum, den Internationalismus auf einer ethischen und strategischen Ebene neu zu beleben. Dabei verstehen wir uns natürlich in der Tradition verschiedener internationalistischer Bewegungen, Strömungen und theoretischer Überlegungen, welche wir zu einer gemeinsamen Perspektive weiterentwickeln wollen. Wir setzen uns da mit unterschiedlichen Konzepten des Internationalismus auseinander. Sowohl Solidaritätsarbeit als direkte materielle oder finanzielle Unterstützung anderer Kämpfe, wie wir sie in den letzten Jahren gerade aus Europa in Bezug auf Rojava gesehen haben. Aber auch mit Verständnissen wie z. B. in der Vergangenheit von Gruppen wie »Solidarité« praktiziert, welche Solidarität weniger von der ideologischen Grundlage der Kämpfe abhängig machte, sondern diese als Pflicht an sich ansah.

Stefan: Was wir sagen können, dass wir uns klar von einem Verständnis abgrenzen, wie es z. B. von der Sowjetunion praktiziert wurde. Also das Kreisen aller Organisationen und Strukturen um ein einziges Zentrum. Von einem Internationalismus, welcher die Dynamik des eigenen Kampfes vollkommen bestimmt und von den Entwicklungen an anderen Orten abhängig wird. Und natürlich müssen wir kritisch sehen, wie sich in den letzten Jahrzehnten eine Revolutionsromantik in Bezug auf die Kämpfe im globalen Süden entwickelt hat, welche nichts mehr mit den Realitäten der Kämpfenden und ihrer Strukturen dort zu tun hatte. Aus der eigenen Hoffnungslosigkeit entsteht die Suche nach Subjekten, welche die Lösung für alles bieten. Und wenn sich dann Widersprüche auftun, welche nicht mehr ignoriert werden können, dann werden diese Subjekte auch schnell wieder fallengelassen. Mit der eigenen Unfähigkeit, mit diesen Widersprüchen umgehen zu können, entwickelt sich dann oftmals überhaupt kein internationalistisches Verständnis mehr. Und gerade in Deutschland ist das stark beeinflusst von einem extremen Eurozentrismus.

Alessandra: Trotz alledem glauben wir aber an die Notwendigkeit eines neuen Internationalismus der Tat, also die Notwendigkeit, auch selbst an den verschiedenen Kämpfen weltweit teilzunehmen, insbesondere hier in Kurdistan. Wir sind davon überzeugt, dass wir zusammen mit der kurdischen Bewegung eine neue Phase des Internationalismus einleiten können. Dieser basiert auf dem Bewusstsein darüber, dass es eine gemeinsame internationalistische Organisationsform und ein gemeinsames Bewusstsein braucht, um den richtigen Weg zu einer Utopie zu bestimmen. Denn die kapitalistische Moderne kann nicht nur aus einem Blickwinkel verstanden werden. Die kurdische Bewegung hat mit ihrem neuen Paradigma ihre Perspektive aufgezeigt, wie eine gemeinsame Utopie und ein Weg dahin aussehen können. Wie sich oftmals sehr voneinander getrennte Kämpfe verbinden lassen können. Natürlich sehr runtergebrochen ist die Perspektive: über weltweite konföderale Strukturen, von der lokalen ausgehend, die demokratische Moderne aufbauen! Als internationalistische Kommune nehmen wir, neben vielen anderen Bewegungen auf dieser Welt, unseren Platz in diesem Aufbau ein.

Könntet Ihr noch mehr auf die ideologischen Grundlagen von Euch und der Arbeit der Kommune eingehen?



Auf der Baustelle der Internationalistischen Kommune in Rojava. Foto: http://internationalistcommune.com

Stefan: Also wir selbst kommen aus sehr unterschiedlichen politischen Hintergründen, die ja auch immer abhängig von den Kämpfen in den unterschiedlichen Ländern sind. Was uns aber den gemeinsamen Rahmen gibt, was uns als Kommune vereint, sind die Grundlagen des neuen Paradigmas der kurdischen Befreiungsbewegung – also radikale Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie – und der Aufbau einer dementsprechenden Gesellschaft in Rojava und Nordsyrien. Aber natürlich diskutieren wir auch über diese grundlegenden Säulen und versuchen sie auch auf die Kämpfe in den Ländern, aus welchen wir kommen, zu übertragen.

Alessandra: An anderen Stellen wird schon sehr viel über diese grundlegenden Säulen gesprochen und geschrieben, daher wollen wir nicht auf jede einzeln eingehen. Aber gerade das Thema Ökologie ist für uns und die Arbeit als Kommune sehr wichtig. Denn sowohl in Rojava selbst als auch in den Solidaritätsstrukturen und noch weniger in der allgemeinen Öffentlichkeit findet dieser Diskurs über die kurdische Bewegung und Rojava große Beachtung. Wir versuchen dieses Thema mit einem ganzheitlichen Blick anzugehen. Die Trennung von ökologischen Problemen und sozialen Kämpfen muss wirklich überwunden werden. Die Herrschaft über die Natur kann nicht von der Herrschaft des Menschen über Menschen getrennt werden. Soziale Konflikte sind immer verwoben mit ökologischen Problemen. Und was die Zerstörung der Natur angeht, so hat die kapitalistische Moderne alle vorherigen Systeme übertroffen. Aber wie sich das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur im Kapitalismus entwickelt hat, ist nicht zu lösen von der Entwicklung des Kapitalismus selbst. Entscheidend dabei ist die extreme Trennung zwischen Mensch und Natur – Natur als Objekt und Mensch als Subjekt. Das ist der Beitrag, den die positivistische Wissenschaft zum Verständnis des Verhältnisses zur Natur geleistet hat. Im Grunde knüpfen wir mit unseren ideologischen Gedanken an die Theorie der sozialen Ökologie an.

Warum ist ökologische Arbeit wichtig? Wie ist die ökologische Situation in Rojava?

Alessandra: Also die ökologischen Herausforderungen in Rojava sind nicht zu trennen von der ökologischen Katastrophe, wie sie durch den Kapitalismus verursacht wurde. Wir sprechen hier besonders vom Klimawandel. Und regional lässt sich die Situation nicht trennen von der Politik des syrischen Regimes und der Türkei. Wir können sagen, dass es ein klassisches koloniales Verhältnis zwischen dem syrischen Regime und Rojava gab. Es wurden nur Rohstoffe, an erster Stelle Öl, gefördert und auch die Landwirtschaft war nur auf den Export ausgerichtet. Sie bestand aus riesigen Monokulturen, aus Weizen im Kanton Cizîrê und Oliven in Efrîn. Und die Politik der Türkei hat zu einer immer größeren Wasserknappheit beigetragen. Staudämme wurden in den wichtigsten Flüssen gebaut, das Wasser wurde massiv für die eigene Landwirtschaft genutzt und die vielen Brunnen entlang der Grenze zu Rojava sind Teil der Ursache des absinkenden Grundwasserspiegels. Die Türkei nutzt die Kontrolle über das Wasser, das nach Rojava, Syrien und in den Irak fließt, als politische Waffe. Und die faschistische Regierung von Erdoğan nutzt diese Waffe besonders gegen das Projekt in Rojava.

Stefan: Wir können an dieser Stelle nicht alle Aspekte erwähnen, aber wir haben einen langen Report über die Situation hier geschrieben, welcher nun in einer Broschüre zusammengefasst ist. Diese ist auch öffentlich auf unserer Webseite zu finden. Was ich aber noch ergänzen will, ist, dass durch die Monokultur, das Verbot des syrischen Regimes und die Angriffe des türkischen Staates immer wieder große bewaldete Flächen zerstört wurden. Das ist ein Problem für die Luftqualität, Bodenerosion und die Artenvielfalt. Aber was wir nicht vergessen sollten, sind die ganzen Projekte, welche von den Strukturen der Selbstverwaltung hier schon umgesetzt wurden. Bäume werden gepflanzt, nur in kleinem Umfang, aber immerhin. Es gibt Bildungsarbeit, erste Ideen für ein Recycling-System

usw. Aber im Grunde müssen wir ehrlich sagen, stecken die alle noch in ihren Kinderschuhen. Das ist neben dem fehlenden Geld, fehlenden Expert*innen besonders dem Embargo geschuldet. Hinzu kommt die instabile Situation, wie wir sie jetzt wieder sehen. Für solche Projekte braucht es Planungssicherheit. Aber es ist eben immer noch Krieg in der Region, denn noch setzt vor allem die Türkei alles daran, die Revolution zu zerschlagen

Könntet Ihr noch einmal die Kampagne »Make Rojava Green Again« vorstellen und wie Ihr auf sie gekommen seid?

Stefan: »Make Rojava Green Again«[1] ist daraus entstanden, dass wir gesehen haben, wie katastrophal die ökologische Situation ist und wie wenig Aufmerksamkeit es genau für diese gibt. Ökologie wird eben immer noch gerne als eine Nebensächlichkeit abgetan. Aber wir müssen auch ehrlich sagen, dass viele der ökologischen Fragen und ein Bewusstsein für die ökologische Situation erst durch den Bau der Akademie entstanden sind. Plötzlich waren wir mit der Frage konfrontiert, wie eigentlich ökologisch gebaut werden kann. Woher unser Wasser kommt und wohin das dreckige Wasser fließt. Hätten wir das so gemacht, wie an den meisten Orten in Rojava, dann würde unser dreckiges Wasser einfach in ein Loch um die Ecke fließen … Aber zur Kampagne: Die Kampagne umfasst verschiedene Aspekte. Zum einen eben das Leben und Arbeiten in der Akademie nach ökologischen Prinzipien und Möglichkeiten, also Umgang mit Wasser, Müll und so weiter. Und da viele Fragen, die für uns dabei entscheidend sind, sich nicht die Gesellschaft an sich stellt, versuchen wir ein praktisches Vorbild zu sein und Antworten zu finden. Zum anderen wollen wir auf dem Gelände der Akademie eine Baumschule aufbauen. Denn an Bäumen mangelt es in Rojava und die Strukturen der Selbstverwaltung haben uns motiviert, eine solche Schule aufzubauen. Neben diesen eher praktischen Punkten wollen wir die Akademie nutzen, um Bildungsarbeit zu machen, sowohl für uns selbst als auch für die Gesellschaft. Also die Kampagne ist angelegt als eine Langzeitarbeit, welche nicht morgen vorbei sein wird.

Alessandra: Und ein weiterer, wenn nicht der zentralste Punkt ist, dass wir mit der Kampagne als eine Brücke fungieren wollen. Es gibt viele Menschen, welche die Revolution, und insbesondere die ökologischen Arbeiten, unterstützen wollen, aber nicht genau wissen, wie. Gerade Menschen, die selbst nicht kommen können oder Expert*innen sind und mit ihrem Wissen von überall auf der Welt unterstützen könnten. Menschen haben über die Kampagne die Möglichkeit, mit Geld die ökologischen Arbeiten zu stärken. Das Geld, welches reinkommt, wird zum einen für die ökologischen Arbeiten in der Akademie verwendet, also vorrangig für die Baumschule, aber zum Großteil werden wir damit die Aufforstung eines Naturschutzgebiets in der Nähe unserer Akademie unterstützen, welches vom Komitee für Naturschutz des Kantons Cizîrê verwaltet wird.

Stefan: Die Kampagne ist im Grunde eine Einladung an alle, auch an der ideologischen, also auch praktischen Diskussion über den Aufbau einer ökologischen Gesellschaft teilzunehmen. Und das geht natürlich am besten, wenn die Menschen selbst hierherkommen. Das Ziel der Kampagne ist aber auch, dass sich andere lokale ökologische Kämpfe in einem gemeinsamen Bewusstsein verbinden und sich in einen direkten Zusammenhang stellen. Also eine gegenseitige Bezugnahme, sich gegenseitig stärken. Daher fänden wir es großartig, wenn die Kampagne in den Solidaritätsstrukturen aufgenommen und weiterentwickelt wird, sie auch in den Auseinandersetzungen wie NO-TAV oder Ende-Gelände sichtbar wird.

Wie beeinflussen Euch die Angriffe der faschistischen Türkei in Euren Arbeiten und Plänen? Werdet Ihr die Kampagne so durchführen können?

Alessandra: Wir sind in unseren Arbeiten nicht isoliert von der politischen und militärischen Entwicklung in Syrien und wir werden natürlich darauf eingehen müssen. Wir sind nach Rojava gekommen, um ökologische und gesellschaftliche Arbeiten zu machen und einen Beitrag zum Aufbau einer neuen Gesellschaft zu leisten. Aber wenn die Türkei diesen Aufbau versucht zu zerstören, die Strukturen der Internationalistischen Kommune angreift, dann sehen wir uns gezwungen uns zu verteidigen. Natürlich werden wir dann an der Seite der Bevölkerung stehen.

Stefan: Aber wir wollen auch nicht alles absagen. Angesichts der Situation schaffen wir es nicht, schon im Frühjahr die Baumschule zu eröffnen, das muss noch ein bisschen warten. Wir halten aber am Plan fest, Ende des Jahres das eingegangene Geld in die Aufforstung des Naturschutzgebiets zu stecken. Und egal wie sich die Situation weiter entwickelt, dass Menschen kommen, dass Menschen die ökologischen Arbeiten hier unterstützen, bleibt eine wichtige Sache. Und aufgrund des Krieges der Türkei gegen Rojava ist die internationale Unterstützung wichtiger denn je! ♦

1 http://internationalistcommune.com/wp-content/uploads/2018/02/present_MRGA_ger.pdf

Beate Reiß, eine Freundin des kurdischen Volkes



*12.5.1955 – 5.2.2018

Wir trauern um Beate Reiß, die nach langer Krankheit, nun jedoch sehr unerwartet starb.

Ihr Leben lang hat Beate sich für eine andere, gerechtere Gesellschaft eingesetzt. Und seit den 1980er Jahren, seit sie die ersten Aktivist*innen der kurdischen Bewegung kennenlernte, brannte ihr Herz für den Freiheitskampf der PKK.

Geboren wurde sie am 12. Mai 1955 in Osnabrück, aufgewachsen ist sie im nahegelegenen Georgsmarienhütte, einer damals von den Klöckner-Werken geprägten Kleinstadt.

Sie wollte eigentlich Stahlkocherin werden, aber weil sie eine Frau war, akzeptierte man sie nicht. So ging sie nach dem Fachabitur 1976 nach Hamburg und begann eine Lehre als KFZ-Mechanikerin. 1977 erhielt sie als eine der ersten Frauen den Gesell*innenbrief. Sie arbeitete einige Jahre in KFZ- und Motorradwerkstätten und war in der Gewerkschaft und im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) aktiv. 1982

Abschied von einer tollen Frau!

Auch in Deutschland haben wir sehr viele Freunde und Freundinnen, die nicht wie die Bundesregierung denken. Sondern mit uns Seite an Seite für Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden kämpfen.

Unter diesen abertausenden Freunden hatten wir auch eine ganz besondere Freundin. Eine Freundin, die sich mit uns in den schwierigsten Zeiten für unsere Rechte, aber auch die soziale Gerechtigkeit in Deutschland eingesetzt hat: Beate Reiß, die uns am 5. Februar 2018 in Hamburg verließ. Ate, wie die meisten von uns sie nannten, war eine großartige, mutige und selbstbewusste Frau. Sie hat sich nicht nur in Hamburg für die Gerechtigkeit eingesetzt, sondern auch in den schwierigsten Kriegszeiten der 90er Jahre gegen den türkischen Militärstaat. Trotz großer Gefahren war sie oft in Nordkurdistan gewesen und hat den Kurden mit ihrer Anwesenheit Mut gegeben. Mit ihr wussten wir eine zuverlässige und mutige Frau an unserer Seite, stark wie eine Festung. Ate wird uns und mir persönlich fehlen. Vergessen können und werden wir sie nicht. Denn an den Erfolgen, die wir heute haben, war auch sie beteiligt. Sie hat mit uns vieles geschafft, was sie unvergesslich macht. Sie hat im wahrsten Sinne des Wortes gelebt, weil sie gekämpft hat!

Nilüfer Koç

gründete sie mit fünf weiteren Kolleg*innen ein Werkstatt-Kollektiv, in dem Motorräder und Autos repariert wurden.

Die ersten Freund*innen der PKK lernte sie 1980 nach dem Putsch in der Türkei kennen. Sie war bundesweit eine der ersten, die eine enge Verbindung zur kurdischen Bewegung aufbauten und 1984 in einer Solidaritätsgruppe für die kurdische Revolution aktiv wurden, die von Hüseyin Celebi angestoßen worden war.

Als die Diffamierungen und Hetze gegen die kurdische Bewegung in Deutschland – vor allem damals von der taz Hamburg – einen ihrer Höhepunkte erreichten, besetzte die Gruppe die Redaktion der »tageszeitung«. Nach der Besetzung schrieb die taz mit verächtlichem Unterton, die »Freunde des kurdischen Volkes« hätten die taz besetzt. Und so kam die Gruppe zu ihrem Namen: »Freunde des kurdischen Volkes.«

Wer so lebt, wie Heval Beate gelebt hat, benötigt ein grosses Herz …

Wir kommen ohne eigenen Willen auf die Welt und gehen meist ohne eigenen Willen. Wofür wir verantwortlich sind, ist das, wie und für was wir leben. Diese Frage ist es, was die Menschen eigentlich voneinander unterscheidet, und nicht das Äußere oder das Materielle, wie viele irrtümlicherweise glauben. Heval Beate hat ein politisches Leben geführt, ein Leben in ständigem Kampf gegen jede Art von Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung. Ein Leben, um die Welt, in der wir leben, für alle Menschen lebenswerter, gleichberechtigter und freiheitlicher zu gestalten. Es gibt Menschen, die nur an sich denken und nur für sich leben, aber sozialistische Menschen, wie Heval Beate es war, leben im Kollektiv und in der Verantwortung für das Kollektive; ein Leben, das gesellschaftlich ist. Wer so lebt, wie Heval Beate gelebt hat, benötigt ein großes Herz, ein Herz, das Millionen umfasst, das in der Lage ist mitzufühlen, mitzudenken, mitzuleiden und mitzufreuen. Zweifellos hat Heval Beate mit ihrem beständigen politischen Kampf einen großen Beitrag zur Ausprägung des linken politischen Lebens in Hamburg geleistet, sie hat Spuren hinterlassen. Sie hat durch ihren stark ausgeprägten Internationalismus eine Brücke zwischen dem Kampf des kurdischen Volkes und dem politischen Kampf in Deutschland geschlagen, über die viele andere Menschen Zugang nach Kurdistan und zum Befreiungskampf bekommen haben. Sie war vom Freiheitskampf der PKK dermaßen überzeugt, dass sie auch in schwierigen und turbulenten Zeiten sich von ihr nie abgewandt hat oder in Zweifel verfiel. Denn sie war nicht wie ein Blatt, das sehr zart am Baum hängt und sich beim ersten Wind von ihm trennt, sondern sie selbst war ein Ast dieser Bewegung.

Wir haben eine sehr wertvolle Genossin, Freundin, eine gemeinsame Heval verloren, der Verlust ist schmerzhaft und groß. Es ist jetzt in unserer Verantwortung, die Werte, für die Heval Beate gelebt und gekämpft hat, noch stärker als zuvor anzunehmen und den Kampf bis zum Erfolg zu führen.

Songül Karabulut

Mit an Ates Seite, wie sie liebevoll genannt wurde, immer ihre Schwester Gitte sowie ihr Lebensgefährte Robert.

Beate und die »Freunde des kurdischen Volkes« arbeiteten jahrelang in der Redaktion des Kurdistan Report und gaben die Nachrichten aus Kurdistan mit heraus.

1991 reiste sie mit einer Delegation in die Mazlum-Doğan-Akademie im Libanon, die damalige Auslands-Zentrale der PKK. Dort hatte sie die Möglichkeit, mit Abdullah Öcalan zusammenzutreffen und zu diskutieren, und lernte Sakine Cansız kennen, die damals gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war. Die Gruppe erstellte die Broschüre »Serfirazkin«.

Beate war immer gewerkschaftlich organisiert, und so knüpfte sie auch Kontakte zu Gewerkschaften in Kurdistan. Seit 1992 organisierten die Freunde des kurdischen Volkes regelmäßig Delegationen nach Nordkurdistan. Die ersten Jahre fuhren sie vorwiegend nach Êlih (türkisch Batman), da es dort gute Verbindungen zu der Gewerkschaft Petrol İş gab. 1993 blieb Beate drei Monate in den kurdischen Gebieten der Türkei, um am Leben der Menschen teilzuhaben und die Sprache zu lernen.

Beate war immer eine Frau der Tat. Sie stand ungern im Vordergrund, sondern mobilisierte Menschen für gemeinsame Delegationsreisen, organisierte zusammen mit anderen Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Spendenkontos …

Ihr war wichtig, die Werte der kurdischen Bewegung an allen Punkten, bei all ihren Aktivitäten zu vermitteln. Etliche Gewerkschafter*innen, Politiker*innen, Anwält*innen ... fuhren gemeinsam mit ihr zum jährlichen Newroz-Fest nach Kurdistan oder zur Wahlbeobachtung. Durch ihre Beharrlichkeit und ihre Überzeugungskraft lernten sehr verschiedene Menschen die kurdische Bewegung und das Land kennen.

1992 war sie Gründungsmitglied der Kurdistan Hilfe, die das Ziel hat, Projekte in Kurdistan auch materiell zu unterstüt-

Im Gedenken an Beate

Als ich noch in der Oberstufe war, arbeitete Beate aktiv für den Freiheitskampf Kurdistans und führte fast alle Solidaritätsgruppen an. Als ich noch die Schule besuchte, ging ich ab und an zum Kurdistan-Komitee *[in Köln]* und half bei Übersetzungsarbeiten. Eines Tages las sie meine Übersetzung und sagte, dass sie ein paar Vorschläge habe. Sie sprach, um mich nicht zu brechen, nicht von Fehlern, sondern sagte: »Ich habe Vorschläge.« Als sie mir die grammatikalischen Fehler und Ausdrucksfehler in meiner Übersetzung zeigte, sah ich, wie sensibel sie war, um den kurdischen Befreiungskampf der Öffentlichkeit besser nahezubringen. Wie eine Lehrerin erklärte sie mir, welche Worte ich wo benutzen solle und wie der Satz aufzubauen sei. Sowohl diese Herangehensweise als auch ihre vorantreibende Position in den Sitzungen der Solidaritätsgruppen hat mich sehr beeinflusst. Da Beate über einen tiefen historischen, sozialen und solidarischen Erfahrungsschatz verfügte, hatte sie immer eine führende Rolle in den Arbeiten inne. Ein anderer Eindruck, den sie bei mir hinterließ, war ihre insbesondere in schwierigen Zeiten klare und radikale Haltung.

Als ich mit der Zeit an Erfahrung gewann und aktiver wurde, sagte sie mir: »Schau, Heval Adem, wie die Revolution die Menschen entwickelt. Das Wichtige ist – so wie es der Vorsitzende Apo tut –, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln und die Einheit von Theorie und Praxis zu erfassen.« Beate war für mich eine Revolutionärin, eine Lehrerin und Genossin.

Als ich die Nachricht bekam, dass Beate von uns gegangen sei, und Robert, der genauso wertvoll ist, anrief, wurde ich mit Stolz erfüllt, als er mir sagte, dass Beate bis zu ihrer letzten Sekunde dafür gelebt habe, der kurdischen Freiheitsbewegung zu dienen. Noch in der letzten Woche hatte sie vorgeschlagen, im Rollstuhl an der Kundgebung teilzunehmen. Beate war eine Freundin, die uns allen ein Vorbild sein muss. Beate und Freunde wie sie sind immer in unserem Kampf und an unserer Seite.

Adem Uzun



zen. Jahrelang kämpfte sie in der »Initiative zur Rettung von Hasankeyf« gegen das Ilısu-Staudamm-Projekt. Aktiv war sie auch in der Kampagne TATORT Kurdistan in Hamburg.

Sie organisierte sich dort, wo sie lebte. Eines ihrer wichtigsten Projekte war die Gründung der Stadt-Land-Genossenschaft für den Austausch regionaler Bioprodukte und europaweite Importe. Eine Genossenschaft, in der auch gegensätzliche Interessen zusammenkamen. Die Mitglieder zahlten einen Betrag und arbeiteten gleichberechtigt zusammen. 120 Betriebe waren beteiligt, Bio-Höfe der Region, Naturkostläden, Küchen oder Kinderläden. Die Genossenschaft existierte zehn Jahre, dann konnte sie nicht mehr mit den entstandenen Biosupermarktketten konkurrieren und musste aufgegeben werden. Die Mitarbeiter*innen wurden von einem anderen Naturkostgroßhandel übernommen. Auch Beate landete dort und arbeitete im Kühllager, da keine Stelle im Vertrieb frei war. Sie blieb dort zehn Jahre bis zum Beginn ihrer schweren Erkrankung. Ihr lag das Arbeitsklima unter den Kolleg*innen im Lager, daher wechselte sie auch später nicht mehr in den Verkauf, als ihr das mehrfach angeboten wurde. Sie stand immer für die Belange ihrer Kolleg*innen ein, insbesondere jene mit Migrationshintergrund.

2002 trat sie in die PDS ein und war Mitbegründerin des Bezirksverbandes Altona der Partei »Die Linke«. In den vergangenen zehn Jahren war sie Bezirks-Ko-Sprecherin und in der Mitgliedschaft sehr beliebt, auch weil sie nicht nach Posten oder Ämtern jagte.

Sie vertrat deutlich ihre Meinung und sagte, was sie wollte. Wenn sie von etwas überzeugt war, setzte sie ihre Kraft, ihre Ideen dafür ein. In Altona war sie in vielen Initiativen und Kampagnen aktiv, sie war Teil der »Bürgerinitiative Kemal-Altun-Platz«, der Initiative »Rettet das Bismarckbad«, des »Altonaer Manifestes« oder von »Prellbock Altona«, einer Initiative zur Rettung des Altonaer Bahnhofes, und und und …

Ihr Lachen und ihre liebevolle Art, ihre Kraft und ihr Optimismus werden uns fehlen. In der Kurdistan-Solidarität in Hamburg hinterlässt sie eine große Lücke.

ISKU - Informationsstelle Kurdistan, Frauenrat Rojbin Hamburg, Volksrat Hamburg, Kampagne Tatort Kurdistan Hamburg

Unsere Newroz-Freundin …

Beate ist ein schöner Mensch, die mit ihrem Schweigen den Kindern aus dem Land der nicht endenden Todesschreie eine Stimme gab … Vielleicht eine Fee, also jemand, die nicht oft sichtbar ist, aber von der man immer weiß, dass sie da ist … Das wissen am besten die in Hamburg lebenden Revolutionär*innen, Genoss*innen und Bekannten …

Ich habe Beate spät kennengelernt, aber wir sind schnell Freunde geworden, bis sie uns physisch verließ …

Als ich Gast bei ihr zu Hause war, konnte ich meine Verwunderung nicht verheimlichen. Die Aktionsposter der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland seit den 1980ern, Zeitungsausschnitte, Fotografien voll mit Erinnerungen und Artikel … Wie ein verborgenes Museum … Ich war traurig, sie spät kennengelernt zu haben, aber für das Kennenlernen sehr glücklich. Wenn es um »schöne Menschen« ging, habe ich mich immer bemüht, von Beate zu erzählen.

Sie war nicht von denjenigen, die Geisel ihrer Erfahrungen sind, sondern eine, die ihre Seele offen preisgab. Sie lebte mit dem Prinzip, neben den mutigen Menschen zu stehen … Sie ist die Erzählung, dass man nicht Teil einer gewissen Gesellschaft, Konfession oder anderen Identität sein muss, um so zu leben, sondern mit der bescheidensten Art des Menschen. Sie hat mit dieser prinzipientreuen Haltung nie das Bedürfnis gehabt, es nach außen darzustellen … Sie tat es still, lebte still und ist nun still von uns geschieden … Und wird mit dieser Schönheit, die sie unserem Kampf lehrte, immer an unserer Seite stehen …

In den 90er Jahren, als in Nordkurdistan selbst noch die Buchstaben von Newroz verboten waren, hat sie zusammen mit ihren Freund*innen als Delegation teilgenommen und Newroz und den ihm zugeschriebenen Freiheitsausdruck geschützt. Vielleicht hatten sie keinerlei Staat, Parlament oder Institution, die sie repräsentierten, und waren in diesem Sinne nicht einmal berühmt ... Aber in dem Land, in dem die Kinder Todesschreie ausstoßen, war sie, waren sie auf dem Frühlings- und Freiheitsfestival neben diesen Kindern …

Pablo Neruda sagte: »Sie können alle Blumen abschneiden, aber den Frühling können sie nicht aufhalten.« Und es ist nicht mehr viel Zeit bis zu Newroz geblieben, Beate. Niemand mehr verhindert die Begeisterung von Newroz …Weder können sie die Begeisterung aufhalten noch die Blumen des Frühlings … Und alle Blumen der Berge Kurdistans finden sie bei dir … Sei willkommen, schöne Blume, sei willkommen, Beate …

Devriş Çimen

Ein autonomes Frauenfernsehen: international und unabhängig

Jin TV

Lydia Gottschalk

Ein Weltfrauenforum in Asien? Ein autonomes Radio in Lateinamerika? Ein Seminar zur Frauengeschichte in Europa? Die Revolution in Kurdistan? Wie nur sollen wir immerzu davon mitbekommen? All die Sprachen und tausend Internetseiten, durch die wir uns durchschlagen müssen. Und dann immer das: Wir nehmen an einem Seminar teil, an einer Demonstration. Wir lernen Frauen kennen, die wirklich professionell sind. Wir interessieren uns auch für die Kulturen und Umstände, in denen die Frauen aller Welt leben. Aber. Woher sollen wir das wissen? Woher kommen die Informationen? Und wie kann ich ein Teil davon werden? Für alle diese Fragen gilt es eine Antwort zu finden und es wird hart daran gearbeitet. Denn in Kürze wird es ein autonomes Frauenfernsehen geben: international und unabhängig.

Antisexismus zum Mainstream

Wir wollen nicht nur die Brötchen, wir wollen die ganze Bäckerei! Patriarchale Strukturen und klassische Rollenbilder gilt es nicht nur in emanzipatorischen Netzwerken zu überwinden, sondern eben gerade im Mainstream. Was, wenn die Gäste bei politischen Plattformen nicht nur nicht mehr überwiegend Männer wären, sondern auch gern mal der Moderator allein unter Frauen sitzen müsste? Was, wenn wir in Soaps nicht ständig suggeriert bekämen, dass Frauen ständig hinterhältige Pläne schmieden und die Männer wieder alles ins Lot bringen? Was, wenn die Kurd_innen in den türkischen Fernsehserien mal die Held_innen mit Köpfchen wären? Was, wenn die Realität gar nicht so ist, wie sie uns vom Fernsehen vorgegaukelt wird?

Die treuesten Fernsehzuschauer_innen sind immer noch Frauen, die zu Hause arbeiten. Das heißt, Haushalt schmeißen, Kinder aufziehen und das alles ganz ohne Geld. Der Fernseher läuft scheinbar nebenbei. Ohne dabei zu bemerken, wie wenig sie selbst darin zu sehen sind. Entweder sind die Hauptdarstellerinnen reich und haben ganz andere Probleme. Schlagen sich von einer Party zur nächsten und erfüllen dabei noch immer das von ihnen erwartete Bild von Diva und Jungfrau zugleich. Oder sie spielen die Anstandsdame. Wir wollen die Frau in ihrer Realität zeigen und ihre wirklichen Kämpfe. Wir wollen auch mal schwache Frauen sehen, die aufzeigen, wie es möglich ist, den eigenen Mut wiederzufinden. Wir wollen Frauen sehen, die über ihre Geschichte forschen, anstatt sich immer nur Herrschaftsgeschichte anzuhören. Wir wollen Frauen sehen, die Expertinnen auf ihrem Gebiet sind. Wir wollen die Diskussionen über Moral und Ästhetik wieder laut werden lassen. Die Frauen dieser Welt stellen für uns eine unterdrückte Nation dar, die selbst im Stande ist, sich daraus zu befreien. Deswegen sehen wir es an der Zeit, einen weiteren großen Schritt zur Selbstbestimmung zu gehen, und ein selbstorganisiertes Frauenfernsehen aufzubauen.

Hier ein paar Statistiken zum Kopfverdrehen, um ihn am Ende wieder klarer zu haben: Im Jahre 2016 veröffentlichte Sen Jia eine Studie mit dem Titel »Frauen werden mehr gesehen als gehört in Online-Nachrichten«. Von den 2,3 Millionen Artikeln aus 950 Nachrichtenzentren waren auf den Bildern überwiegend Frauen zu sehen, obwohl die Artikel überwiegend von Männern geschrieben wurden. Frauen werden also mehr in einer Objekthaltung wahrgenommen, anstatt sie als wirkliche Subjekte zu schätzen. Die Fotoauswahl hat mehr Auswirkung auf das kollektive Bewusstsein und Gedächtnis, als vielen im Alltag bewusst ist.

Eine weitere interessante Langzeitstudie von Cory L. Armstrong setzt sich mit Frauen und Protesten in den Nachrichten im Zeitraum von 1960 bis 2006 auseinander. Die Studie fand heraus, dass nur 21 % der Nachrichten von Frauen geschrieben wurden, dementsprechend 79 % von Männern. Außerdem beschreibt die Studie den Zusammenhang von sichtbaren Protesten und der Repräsentanz von Frauen. Schließlich wird oft eben genau für die Rechte von Frauen protestiert. Mehr noch, Proteste finden erst dann gesellschaftliche Breite und Relevanz, wenn sich auch oder vor allem Frauen daran beteiligen.

Aber wie sehen die Zahlen in Deutschland aus? Ende der 1970er Jahre lag der Anteil der Journalistinnen noch bei 17 %. Dann Mitte der 1990er Jahre bei 31 % und heute bei zirka 40 %. Wenn wir uns allerdings die Führungsebenen anschauen, dann gibt es nur vereinzelte Frauen, denen die neu eingerichtete gesetzliche Quote zu diesem Job verholfen hat. Und das, obwohl die Frauen meist gleich oder sogar besser qualifiziert sind. Es herrscht eine Männerliga, die keine Frauen in ihren Reihen sehen möchte. Auf der anderen Seite halten viele dieses Berufsfeld für kinderunfreundlich. Fakt ist, Journalist_innen haben wenig Zeit für Außerberufliches. Doch das ist ja für Frauen und Männer gleichermaßen so. Aufgrund des damaligen Berufs- und Universitätsverbots für Frauen spiegelt sich bis zum heutigen Tage eine unfaire Verteilung und Repräsentation von Frauen und Männern wider. Es ist deswegen wichtig, die Emanzipation der Frau nicht als ein längst überholtes Thema an den Nagel zu hängen. Denn immer wieder werden schon längst erkämpfte Ziele mit Reformen zerschlagen. Frauen sollten sich nicht damit zufriedengeben, nur über sogenannte Frauenthemen schreiben zu dürfen. Die mediale Leitung von Interessen führt zu einer regelrechten Abstumpfung des Publikums. Denn die Medien zeigen uns immer wieder sexistische und rassistische Rollenbilder. Natürlich sind sie dabei nur ein Spiegel ihrer Zeit. Doch tragen sie erheblich dazu bei, die bestehenden Verhältnisse Tag für Tag zu stabilisieren, und greifen damit der Männermacht und Herrschaft immer wieder unter die Arme. Dabei sollten es gerade die Medien sein, die freie Gesellschaftsbilder und -formen fördern müssten.

Mit dem Aufbau eines Frauenfernsehens geht es nicht um die Sprengung einer Quote, sondern vielmehr auch neben den journalistischen Aspekten um die Schaffung menschlicher Arbeitsbedingungen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, möglichst hierarchiefrei in Komitees zu arbeiten, Frauen mit Kindern als eine Bereicherung und nicht als Belastung zu empfinden und alle Bereiche des Fernsehens, von der Redakteurin bis zur Regisseurin, von der Programmleiterin bis zur Kamerafrau und von der Grafikerin bis zur Kolumnistin, aus Frauenhand aufzubauen.

Unabhängigkeit kommt vor Gleichberechtigung

Grundlegende Idee ist eine physische und gedankliche Loslösung vom Mann, um die eigene Geschichte kennenzulernen und sich endlich wieder als Subjekt der Geschichte zu begreifen. Aus Jahrtausende währender Unterdrückung sprießt das Bedürfnis, alle Bereiche des Lebens zurückzuerobern und sich von Neuem und doch auf das Alte bedacht mit Soziologie, Philosophie, Psychologie, Naturwissenschaften und Kultur auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt auch mit dem Ziel, die Teilung der positivistischen Wissenschaften zu überwinden. Es braucht folglich in allen Bereichen ausdrücklich autonome Frauenräume. Sozial, politisch, ökonomisch und auch emotional. Bevor wir also von Gleichstellung und Gleichberechtigung sprechen können, brauchen wir Unabhängigkeit.

Wir können keine freien Verbindungen eingehen, wenn wir nicht selbst frei sind. Frei in unserem Denken. Frei in unserem Handeln. Frei in unseren Entscheidungen. Dies ist ein kollektiver Prozess, den keine und keiner auf sich allein gestellt bewältigen kann.



Doku-Team der ersten Jineolojî-Konferenz Nordsyriens. Foto: Andrea Benario

Wir möchten Lern-Prozesse öffentlich machen, für eine starke Emanzipation der Frau. Doch sind diese Räume nicht nur dafür da, sich darin auszuruhen, sondern die eigene Kraft kennenzulernen und über sich und die scheinbaren Grenzen hinauszuwachsen. Wir sind uns dessen bewusst, dass es – vor allem in Europa – Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen gibt. Doch zu welchen Anteilen. Quoten können dabei helfen, dass eine Frau einen Job in einem sogenannten Männerberuf bekommt. Doch damit stellen sie nur eine Ausnahme dar. Und wie das Sprichwort so schön sagt, bestätigen Ausnahmen nur die Regel und führen nicht zu einem gesellschaftlichen Wandel. Sicherlich können wir jeden Beruf ausüben, aber können wir dann noch Frau sein? Oder müssen wir uns dann tarnen? Werden wir dann nicht zum Schaf im Wolfspelz?

In der Medienarbeit gibt es weltweit viele Frauen. Doch müssen wir uns auch bewusst werden, in welchen Bereichen und welche Aufgaben sie erfüllen.

Es geht also darum, mehr Frauen auch hinter der Kamera zu haben. Vor allem bei Redaktionsarbeiten sowie als Journalistinnen und Kolumnistinnen. Zum Aufbau wirklich freier Medien gilt es, die Zensur zu überwinden. Natürlich ist uns allen bekannt, dass Springer und Co. eine rassistische und sexistische Politik verfolgen, doch lässt sich das nicht immer an einzelnen Fällen belegen. Viel wichtiger als die Frage, was wir jeden Tag in Zeitung und Internet lesen und was wir jeden Tag im Fernsehen sehen, ist letztendlich die Frage, was wir eben nicht sehen. Und hier setzen wir noch einen drauf und behaupten, dass die Medienwelt uns selbst so weit gebracht hat, wir können gar nicht mehr frei schreiben, weil wir uns selbst zensieren. Darf ich das? Kann ich das? Ist das nicht zu radikal? Dabei würde sich die Mehrheit der Menschen freuen, endlich einmal etwas Neues zu hören zu bekommen. Es braucht schon längst keinen Redakteur mehr, der bestimmte Themen verbietet. Diese Anpassung, die die kleine Schwester vom Liberalismus ist, greift der kapitalistischen Moderne jeden Tag tatkräftig unter die Arme.

Tatsächlich erschien die erste Zeitschrift zu expliziten Frauenthemen bereits 1693 in London unter dem Namen *The Ladies Mercury*. Es folgten immer wieder Magazine und Journale, später auch Wochen- und Tageszeitungen. Die erste deutsche Frauenzeitschrift trägt den Namen *Die vernünftigen Tadlerinnen* und wurde 1725 in Leipzig von Louise Adelgunde Gottsched und ihrem Mann herausgegeben. Die erste selbstständige Redakteurin und Herausgeberin der Welt war Ann Franklin, die in Rhode Island 1762 begann, die Zeitung *The Newport Mercury* herauszugeben. Bis es jedoch dazu kam, Frauen als Redakteurinnen auch in Europa anzuerkennen, verging noch ein weiteres Jahrhundert.

Hierfür ist die Einordnung in den geschichtlichen Kontext unabdingbar. Es gibt keine Herrschaft ohne Widerstand. Das Geschichtsbild von großen Königen und Feldherren vor allem imperialistischer Staaten kann nur bestehen, weil die Geschichte des Widerstands meist genau wie die Widerständler_innen selbst auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde. Über Tausende von Jahren wurde die Geschichte nur von Männern geschrieben. Der Mann hat sich ein Monopol aufgebaut, das die Frau mit Gewalt und nicht etwa in einem passiven Prozess verstummen ließ. Nicht, dass es keine Schriften von Frauen gegeben hätte, wie zum Beispiel die von Hypatia, die die elliptischen Umlaufbahnen von Planeten im 4. Jahrhundert n. Chr. erforscht hatte. Doch sie wurden von der Kirche vernichtet. Im Jahre 1791 zur Französischen Revolution hatte Olympe de Gouges mit ihrer *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin* die Forderungen der Frauen für die Welt sicht- und lesbar gemacht. Wer sich damit auseinandergesetzt hat, weiß, dass diese Erklärung 217 Jahre später nichts an Aktualität ver-



Die Chefredakteurin Elif Çetiner und die Korrespondentin Melike Ceyhan der Nachrichtenagentur MA sind am 18.02.2018 in Istanbul festgenommen worden. Die beiden Journalistinnen befanden sich zur Recherche im Stadtviertel Haci Ahmet. Foto: MA

loren hat. Damals hatte sie die revolutionierende Männerwelt derart ins Wanken gebracht, dass Olympe de Gouges schließlich hingerichtet wurde. Trotzdem hat sie mit ihrer Cleverness und ihrem Mut bewiesen, welche Kraft Frauen entwickeln können, und gleichzeitig wurde sie damit zur Begründerin des europäischen Feminismus. Was wäre, wenn die Frauen der Französischen Revolution ihre eigenen autonomen Medien gehabt hätten?

Und genau das geschah daraufhin. Mitte des 19. Jahrhunderts sprossen überall auf der Welt feministische Journale und Zeitungen hervor. Zwei der ersten großen Errungenschaften der frühen Frauenkämpfe waren das Recht, sich zu organisieren, und damit einhergehend die Produktion einer eigenen Presse. Diese beiden gingen Hand in Hand. Denn die Organisationen druckten ihre Diskussionsprozesse und Meinungen ab, um sie der breiten Bevölkerung zu präsentieren. Frauen, die Journalismus betreiben, sind sich zu jeder Zeit darüber im Klaren gewesen, dass sie nicht nur schreiben, um sich zu vernetzen und Frauenmeinungen und -sichten zu Wort kommen zu lassen, sondern sie schrieben auch, um niemals wieder vergessen zu werden. Geschichte wird aus Büchern und Dokumenten gelehrt, es galt also, eigene historische Dokumente zu schaffen, um in die Geschichte eingehen zu können. Sie handelten stets in diesem Bewusstsein und waren deswegen seit jeher Angriffen seitens Familie, Staat und Kirche ausgesetzt.

Die deutsche Revolution von 1848/49 war ein Aufleuchten feministischer Zeitungen. Die Frauenrechtskämpferin Mathilde Anneke gab im Rahmen der *Neuen Kölnischen Zeitung* 1848 eine Frauenzeitung heraus, die nach drei Ausgaben zensiert wurde. Sie verließ Deutschland und ging ins Exil nach Milwaukee. Von ihr inspiriert veröffentlichte Louise Otto 1849 in Großenhain/Sachsen die *Frauen-Zeitung – Ein Organ für die höheren weiblichen Interessen*. Drei Jahre konnte sie standhalten, bis die Zeitung mittels eines eigens dafür erlassenen Gesetzes zensiert wurde.

Bis heute gibt es Zeitschriften, die deren Tradition weiter verfolgen, wie die *Emma, Missy Magazine* oder *an.schläge*. Die Forderungen sind im Kern gleich geblieben. Es geht um Unabhängigkeit der Frau und Selbstbestimmung über Leben, Verfügungsgewalt über den eigenen Körper und materielles Eigentum als ökonomische Absicherung auch von alleinlebenden Frauen. So wurde seit jeher die Ehe als eine Institution angeklagt, patriarchale Gesellschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Die Frau musste nun Schritt für Schritt ihre Rechte auf ihre Kinder, ein Erbe, Rente und Scheidung zurückerlangen.

Außerdem haben Frauen schon immer gearbeitet. Nur wurden sie aus gesellschaftlich angesehenen und öffentlichen Jobs verbannt. Arbeit im häuslichen Bereich wurde und wird immer noch nicht vergütet und gesellschaftlich nicht anerkannt. Wir können dies am Beispiel der Ärztinnen festmachen. Das biologische Wissen über Körper, Gesundheit und Heilkunde war über Jahrtausende in Frauenhand gewesen und wurde von Mutter an Tochter weitergegeben. Dazu gehörte auch die Hebammentätigkeit. In schweren, gnadenlosen Kriegen haben die Frauen Europas oft zu Gebärstreiks gegriffen – so auch im Mittelalter. Jedoch war damals in den Kriegen die Bevölkerungsstärke ein Maß für die militärische Macht eines Staates. Alle Hebammen sollten staatlich geprüft werden und von da an nur noch an der Seite eines männlichen Arztes ihre Tätigkeit ausüben. Wer das nicht tat, wurde als Hexe denunziert und verbrannt. Die Kirche führte einen Feminizid durch, der jede widerständige Frau auf den Scheiterhaufen stellen sollte. Zu behaupten, die Frauen hätten sich gegen die Patriarchalisierung nicht gewehrt, verleugnet den größten systematischen Massenmord der europäischen Geschichte. Schließlich wurde auf diese Weise der Weg zur Industrialisierung, zum Aufbau großer (Arbeiter-)Städte und letztendlich auch zum Kapitalismus geebnet.

Deswegen fordern Frauen seit jeher das Recht auf Bildung und freie Berufswahl. Weil diese der Schlüssel zu einem Leben ohne Ausbeutung auf sozialer, ökonomischer und sexueller Ebene sind. Auch Journalismus von Frauen ist in diesem Kontext zu sehen und zu verstehen.

Diese Beispiele zeigen auf, dass es in jeder Zeit Frauen gegeben hat, die mit dem Bewusstsein gelebt haben, dass die Frauen, solange sie voneinander getrennt leben, nicht wirksam kämpfen können. Das ist auch der Grund dafür, warum all diese Journale und Zeitschriften immer eine Spalte zum Thema Frauengeschichte hatten. Denn mit oder ohne eigene Medien: Eine Geschichte haben die Frauen schon immer gehabt und werden sie auch immer haben. Jedoch ist diese viel schwerer zu erforschen, weil sie nur versteckt unter Pseudonym niedergeschrieben werden konnte.

Eine deutsche Revolutionärin hat einmal gesagt: Die Frauen hatten erst dann das Recht zu studieren, als die Wissenschaft schon längst nicht mehr genügend Einfluss hatte, um die gesellschaftlichen Verhältnisse wirklich und nachhaltig zu verändern. Darüber hinaus hatten die Frauen erst dann das Recht zu wählen, als die Politik nur noch zur reinen Farce verkommen war und Wahlen nichts mehr bewirken konnten.

Darauf aufbauend könnten wir sagen, die Frauen haben erst dann das Recht auf autonome Medien bekommen, als die Machteverhältnisse der Medienlandschaft schon längst verteilt waren und nun Tratsch- und Klatschblätter dazu beitragen, die Quote höher zu halten, als sie in Wirklichkeit ist. Denn es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Schreiben

eines Kuchenrezepts und freier Meinungsäußerung oder gar Journalismus. Was nicht heißen soll, dass Journalistinnen keine Kuchen backen, sondern dass den Frauen auf verblümte Art und Weise der Mund verboten und von vielen Seiten nichts zugetraut wird. Leider oftmals bis zu dem Grade, dass sich die Frauen selbst nicht mehr viel zutrauen.

Wir haben gelernt, dass die einzelnen Journale und Zeitungen zensiert und geschlossen werden konnten, die einzelnen Frauen hingerichtet und in Kerker gesperrt werden konnten. Doch die Geschichte lässt sich weder zensieren noch einsperren.

Das internationalistische Frauenfernsehen in Anlehnung an kurdische Tradition

Mit dem Aufbau der kurdischen Freiheitsbewegung war von Anfang an klar gewesen, dass es auch eines wahrheitsgemäßen Journalismus bedarf und die Berichterstattung nicht den feindlichen und staatlichen Organen überlassen werden darf. Anfang der 1990er Jahre führte der türkische Staat einen bestialischen Krieg gegen die Kurd_innen in Nordkurdistan. Ziel dieses Vernichtungskrieges war es, die Kurd_innen sowohl kulturell als auch physisch von der Landkarte und aus den Geschichtsbüchern zu streichen. Ziel war demnach nichts weniger als ein Genozid. Doch gegenüber der größten Gewalt entstanden Widerstandskraft und Lebenswille. Als Antwort wurde im Zuge dessen die erste kurdische Frauenzeitschrift *Jina Serbilind* (Die stolze Frau) herausgebracht. Hier schrieben, fotografierten und editierten Journalistinnen, Kolumnistinnen und Redakteurinnen alles selbst. Namentlich wurde Gurbetelli Ersöz zur ersten Frau, die als Redakteurin in der Türkei und Kurdistan gearbeitet hatte. Zusammen mit Gültan Kişanak brachte sie viele Zeitungen heraus. Dies hat die Grundlage dafür gelegt, einen starken Willen zu entwickeln, eine ausdrucksstarke politische Aktionsform zu finden und einen Perspektivwechsel durchzuführen. Als im Jahre 1995 das erste kurdische Fernsehen namens *Med TV* aufgebaut wurde, waren viele Frauen vor und hinter der Kamera beteiligt. Wir können also auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken.

Das türkische Militär, der IS und andere dschihadistische Zusammenschlüsse versuchen die Geschichte des Mittleren Ostens und somit auch der Menschheit auszulöschen, indem sie Weltkulturerbestätten wie die Stadtfestung in Form der Höhlen von Heskîf (Hasankeyf) in Êlih (Batman), den Ischtar-Tempel in Efrîn oder den Palmyra-Tempel zerstören. Gegen physische und kulturelle Auslöschung musste zuerst die kurdische Sprache aus der Illegalität geholt und Kurdistan wieder eine Stimme gegeben werden. So können wir heute auf eine weite Medienlandschaft blicken. Es gibt Zeitungen und -schriften, Internetseiten, Nachrichtenagenturen sowie Radio- und Fernsehsender. Alle tragen sowohl zur Entwicklung der Sprache bei, als dass sie auch alle einen internationalistischen Charakter haben. Eine Vielfalt der Sprachen erreicht zum einen mehr Menschen, die auf diesem Wege ihre Gedanken austauschen können und somit in Verbindung bleiben. Vor allem aber wird somit Nationalismus überwunden, der die Menschen voneinander trennt, aufspaltet und letztendlich auch über Leichen geht.

Mit dem Aufleben der Revolution in Rojava, also Westkurdistan, hat sich eine Kultur von selbstbewussten Frauen entwickelt. Frauen, die wissen, dass nichts einfach so passiert. Nein, es braucht ein Bewusstsein, eine Entscheidung, einen Umsetzungswillen und darauf aufbauend eine Praxis. Es hätte niemals Frauenräte gegeben, wenn sie nicht von Frauen aufgebaut worden wären. Es hätte niemals Frauenselbstverteidigungskräfte gegeben, wenn es nicht die Frauen gegeben hätte, die diese aufgebaut und gekämpft haben. Die Welt wird nie vergessen, wie die Rufe der Frauen die IS-Kämpfer in die Flucht geschlagen haben. Doch was, wenn die Medien gar nicht berichten, was wirklich passiert? Was, wenn die größten Held_innentaten im Sande verlaufen, da nur ein kleiner Teil der Welt davon etwas mitbekommt? Was, wenn im Fernsehen die mutigsten Frauen der Welt als Terroristinnen bezeichnet werden? Dann ist die Zeit gekommen, eine eigene Berichterstattung zu entfalten. Hierbei geht es nicht so sehr darum, nur noch Frauen über die Bildschirme flimmern zu lassen, sondern vielmehr darum, alle Beiträge aus Frauensicht zu präsentieren.

Überall auf der Welt gibt es selbstorganisierte Projekte beim Radio und im Internet. Aber zurzeit führt die Revolution der Frauen in Rojava den Journalismus aus Frauenhand an. Noch nie hat es so viele autonome Frauenprojekte gegeben wie in Rojava. Plattformen nehmen immer mehr an Bedeutung zu, denn die Frauen stellen weltweit eine unterdrückte Nation dar. Trotz Internet stehen vielen Vernetzungsversuchen immer wieder Hindernisse im Weg. Oftmals können Werte und Diskussionen nicht in alle Länder getragen werden.

Internationalismus bedeutet auch heute die Überwindung imperialistischer und postkolonialer Strukturen. Frauen werden dabei die Vorreiterinnen sein und die Grenzen überwinden. Es wird dementsprechend Programme aus aller Welt in selbstorganisierter Eigenproduktion geben. Auf diese Weise werden die verschiedenen Welten und Umstände, in denen Frauen leben, sichtbar gemacht und deren Forderungen verständlich. Das Wort *Jin* kommt aus dem Kurdischen und bedeutet Frau. Und das ist Programm. ♦

Hintergrundbericht zu deutsch-türkischen Rüstungsgeschäften und der Nutzung deutscher Panzer in Efrîn/Nordsyrien

»Deutsche Panzer raus aus Kurdistan«

Meral Çiçek, Yeni Özgür Politika, 27.01.2018

»Es ist doch eine große Schande für dieses Land, dass wir [...] zu einem der größten Rüstungsexporteure geworden sind. Die Bundesregierung hat sich zum Handlungsgehilfen der Rüstungsindustrie machen lassen und tritt die Werte unserer Außenpolitik mit Füßen. [...] Unter Angela Merkel sind wir nun zum Helfershelfer für die Aufrüstung von Diktaturen geworden.«

Dieses Zitat von Sigmar Gabriel stammt vom Juni 2013. Damals war seine Partei SPD noch in der Opposition. Derselbe Sigmar Gabriel ist mittlerweile zum »Rüstungsminister« avanciert, der seinem türkischen Kollegen Çavuşoğlu in seiner Heimat türkischen Tee und schmutzige Waffendeals serviert. Beim »Versöhnungstreffen« in Goslar Anfang Januar dieses Jahres ging es unter anderem auch um die Modernisierung der Leopard-2A4-Panzer in türkischem Besitz. Das türkische Militär besitzt ca. 350 dieser Panzer aus deutscher Produktion. Ankara wünscht sich durch den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall die Aufrüstung von 100 seiner Leopard-Panzer mit dickeren Bodenplatten zum Schutz gegen Sprengfallen und Minen. Außerdem soll ein Sensorsystem zur Verteidigung gegen Panzerabwehrgeschosse installiert werden.

Türkei kämpft nicht gegen den IS

Der deutsche Außenminister hat die Aufrüstung der Leopard-Panzer bisher stets mit dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) begründet. Angeblich seien beim Einsatz gegen den IS mehrere Leopard-Panzer zerstört worden. Demnach sollen die Panzer im Bestand der türkischen Armee gegen vom IS gelegte Minen besser geschützt werden. Schön und gut, aber das türkische Militär kämpft doch gar nicht gegen den IS. Die Türkei führt nirgendwo einen aktiven militärischen Kampf gegen ihn. Aber welchem Ziel soll die Aufrüstung der 100 Panzer dann dienen? Worum geht es wirklich? Obwohl bisher in keiner der zu dieser Sache abgegebenen Erklärungen von Kurden die Rede war, ist doch offensichtlich, dass es der Türkei eigentlich um den Kampf gegen die Kurden geht. Denn sie bekämpft momentan militärisch nur Kurden. Und das sowohl innerhalb der eigenen Staatsgrenzen als auch im Norden von Syrien und dem Irak. Und damit dieser Kampf die gewünschten Ergebnisse bringt, sollen jetzt von Deutschland produzierte Panzer durch eine deutsche Rüstungsfirma auf den letzten Stand gebracht werden. In den vergangenen Jahren haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) und die Einheit der Freien Frauen (YJA-Star) verstärkt auf Sabotageaktionen mit Minen gesetzt und dabei mehrere Panzer des türkischen Militärs entweder zerstört oder stark beschädigt. Das ist der wahre Grund für das türkische Gesuch zur Aufrüstung ihrer Panzer.

Panzer sollen für Kampf gegen Kurden nachgerüstet werden

Und damit nicht genug. Mitten in der Diskussion um die Aufrüstung der Leopard-Panzer in türkischem Besitz und die dafür notwendige Genehmigung (Gabriel hatte in seinem Gespräch mit Çavuşoğlu Anfang Januar ja angedeutet, die Nachrüstung könne genehmigt werden) hat das türkische Militär seine Angriffe auf Efrîn gestartet – ausgerüstet mit Leopard-Panzern. Das führt vor Augen, dass es der Türkei bei der Nachrüstung nicht nur um den Kampf gegen Kurden innerhalb der eigenen Staatsgrenzen geht, sondern auch um die militärische Besetzung von Rojava.

Dass die nachgerüsteten Panzer aber nicht gegen den IS, sondern Kurden aufgefahren werden sollen, kann die Bundesregierung so natürlich nicht sagen. Und deshalb wird die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Doch die Bilder der vergangenen Tage, die zeigen, wie türkische Panzer aus deutscher Produktion die Grenze nach Nordsyrien passieren, haben diese billigen Lügen und dreckigen Deals der Bundesregierung aufgedeckt. Konfrontiert mit dem starken öffentlichen Druck

auf die Regierung erklärte Berlin, die Entscheidung zur Nachrüstungsgenehmigung bis zur Neubildung einer Regierung zu vertagen. Das heißt jedoch nicht, dass die Nachrüstungspläne fallen gelassen worden sind. Vielmehr scheint es, als wolle vor allem die SPD verhindern, dass dieses Thema im Falle eines Scheiterns der Koalitionsgespräche und von Neuwahlen Stimmenverluste mit sich bringt. Denn die Kritik konzentriert sich vor allem auf Sigmar Gabriel.

Deutschlands Waffenpolitik

Deutsch-türkische Waffengeschäfte sind nichts Neues. Dieses Verhältnis ist viel älter als die Parole »Deutsche Panzer raus aus Kurdistan«. Preußische Offiziere hatten beginnend in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dem osmanischen Heer immer wieder verschiedene »Dienste« geleistet. General Helmuth von Moltke leitete zwischen 1835 und 1839 eine Mission mit 8 Offizieren und 16 Unteroffizieren. Zahlreiche deutsche Offiziere, vor allem von Moltke, leisteten den Osmanen militärisch und politisch »beratende Dienste«. Im Ergebnis sah sich Sultan II. Abdulhamid nach der Niederlage gegen die Russen gezwungen, die Reorganisierung seines Heeres mit deutscher »Unterstützung« zu genehmigen. In diesem Zusammenhang wurde das osmanische Heer bewaffnet, über Hamburg wurden Hunderte schwere Kanonen nach Istanbul exportiert. 1886 wurde beschlossen, den Osmanen 500.000 Gewehre und 50.000 moderne Karabiner zu liefern. Insgesamt 100 vom Sultan höchstpersönlich bestimmte osmanische Offiziere wurden in Potsdam ausgebildet.

Waffenexporte sichern politischen Einfluss

Deutsche Waffenexporte und Militärhilfe für die Osmanen sind ein eigenes Untersuchungsfeld. Aber hierzu an dieser Stelle nur so viel: Aus Sicht der Deutschen ging es bei der Entwicklung militärischer Beziehungen zum Osmanischen Reich nicht primär um die Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie. Natürlich hat dies eine wichtige Rolle gespielt. Die wirtschaftlichen Interessen des Großbürgertums und sein politischer Einfluss sind nicht zu ignorieren. Aber meiner Meinung nach wäre es falsch, diese Beziehung auf wirtschaftliche Interessen zu beschränken. Denn beim deutschen Waffenhan-



Vor dem Freiburger Unternehmen Northrop Grumman Litef GmbH wurde symbolisch ein Panzer verbrannt und das Transparent »Krieg beginnt hier« angebracht, um gegen den Krieg gegen Efrîn und die deutsche Beteiligung daran zu protestieren. Quelle: https://de.indymedia.org/node/18024

del dominieren immer politische Interessen. In der Bundesrepublik werden jährlich Waffen im Wert von sechs Milliarden Euro verkauft. Die Rüstungsindustrie spielt längst nicht mehr die wirtschaftliche Rolle, die sie in den 1970ern gespielt hat. Andere Branchen bringen der deutschen Wirtschaft viel größere Gewinne. Beschäftigt sind in dieser Industrie heutzutage nur noch 80.000 Menschen. Grund hierfür ist auch, dass die Rüstungsproduktion immer mehr ins Ausland verlagert wird.

Interesse am Fortbestehen des Krieges in Kurdistan

Aus Sicht des deutschen Staates spielt beim Rüstungsexport der strategische und politische Einfluss eine viel größere Rolle. Und dabei handelt es sich um eine Haupteigenschaft des deutschen Imperialismus. Aus diesem Grund büßt die Parole »Deutsche Panzer raus aus Kurdistan« aus Sicht der Kurden auch nichts an Aktualität ein. Denn – und das muss man klar zum Ausdruck bringen – die Bundesregierung hat ein Interesse am Fortbestehen des Krieges in Kurdistan. Nicht nur im Rahmen der NATO, sondern auch um die Türkei kontrollieren und ihre Interessen im Mittleren Osten verfolgen zu können. Dabei agiert der deutsche Imperialismus im Vergleich zum beispielsweise US-amerikanischen Imperialismus eher verdeckt und indirekt.

Aus eben diesem Grund findet der Rüstungsexport in Deutschland zumeist auch verdeckt statt. Beschlossen wird meist im Geheimen, hinter verschlossenen Türen. Nicht das Parlament oder Kabinett, sondern der Bundessicherheitsrat entscheidet darüber, an welches Land welche Waffen geliefert werden. Der Bundessicherheitsrat, 1955 im Jahr des NATO-Beitritts vom damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer gegründet, besteht aus der Bundeskanzlerin, dem Kanzleramtschef sowie den Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Innen-, Justiz- und Entwicklungshilfeministern. Beim Bundessicherheitsrat hat Geheimhaltung oberste Priorität; die Öffentlichkeit erfährt meist erst im Nachhinein von Waffendeals.

Zunahme von Waffenexporten in Krisengebiete

Die Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren ihre Waffenlieferungen an EU- und NATO-Staaten nicht erhöht. 2017 wurden Waffen im Wert von 6,24 Milliarden Euro verkauft. 60 % davon gingen in Kriegs- und Konfliktregionen. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD hat in ihrer Amtszeit Waffenexporte im Gesamtwert von 24,9 Milliarden Euro genehmigt.

Die Vorgängerregierung aus CDU/CSU und FDP hatte im gleichen Zeitraum Waffenexporte im Wert von 21 Milliarden Euro genehmigt. Der Großteil davon ging an NATO-Partner. Während der Großen Koalition hat jedoch der Waffenexport in Drittländer zugenommen. Während die Waffenexporte in der letzten Legislaturperiode um 21 % gestiegen sind, stellen Konfliktstaaten (Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate) die Hälfte der zehn größten Rüstungsempfänger.

Deutschland vertieft das Chaos

Auch wenn sich Deutschland immer mit seinen hohen Exportkriterien und Kontrollmechanismen bei Waffenlieferungen rühmt, handelt es sich dabei um einen sehr trickreichen Bereich. Es gibt kaum ein rechtliches Hindernis, das Bundesregierung und Rüstungsindustrie bisher nicht überwunden, kaum eine Lücke, die sie nicht genutzt hätten. Und wenn nötig, wird einfach tief in die Trickkiste gegriffen. Bisher wurde dafür kaum jemand zur Verantwortung gezogen. Aus diesem Grund hat die deutsche Rüstungsindustrie immer einen Weg gefunden, Waffen zu liefern, wohin sie immer will, auch wenn immer behauptet wird, »aus Prinzip« keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Entweder wurden sie heimlich exportiert oder die Produktion wurde ins jeweilige Land verlagert oder über Dritte hat man dafür gesorgt, dass die Waffen im gewünschten Land ankommen. Die Geschichte der deutschen Rüstungsindustrie ist voll mit solchen Beispielen.

Waffenlieferungen an undemokratische Regime

Verhält sich die Bundesregierung wirklich nur aus wirtschaftlichen Interessen so? Geht es beispielsweise bei der Belieferung der Türkei mit Waffen, die gegen Kurden genutzt werden, primär um wirtschaftlichen Profit? Können wir das wirklich so begründen? Welchen Schluss müssen wir aus dem Umstand ziehen, dass die Bundesregierung so oder so immer in instabile Regionen Waffen geliefert hat, vor allem in den Mittleren Osten und nach Nordafrika? Wie war es beispielsweise möglich, dass das G3-Gewehr in den 1980er Jahren in achtzig Länder geliefert wurde, von denen die meisten in einer Kriegs- oder Konfliktsituation waren? Die Lizenz für dieselbe Waffe wurde an fünfzehn Staaten verkauft. Dazu gehören Pakistan (1963), Iran (1963), Türkei (1967), Saudi-Arabien (1969), Brasilien (1976), Mexiko (1979), Myanmar (1981) und die Philippinen.

Vor allem in den Jahren, in denen Lizenzen erteilt wurden, fällt auf, dass dann rechte und faschistische Regime und Militärjuntas aufstiegen und die Verfolgung von linken und Befreiungsbewegungen verstärkt wurde. Und eben hier liegt das Hauptinteresse bei deutschen Rüstungsexporten: Indem

faschistische oder antidemokratische Regime gegen Volksbewegungen bewaffnet werden, soll das Erstarken linker und demokratischer Bewegungen verhindert werden. Indem man in diese Kriegs- und Konfliktregionen Waffen liefert, wird dafür gesorgt, dass der Krieg besonders blutig verläuft und länger andauert.

Beispielsweise belieferte Deutschland während des ersten Golfkriegs sowohl den Iran als auch den Irak mit Waffen und spielte somit eine Rolle im Krieg. Durch Waffenlieferungen in instabile Regionen werden Krisen und Chaos vertieft. Aus diesem Grund können wir die deutschen Waffenlieferungen in die Türkei sowie Waffenschenkungen nicht nur oder primär aus wirtschaftlicher Sicht bewerten. Deutschland hat ein Interesse an der Fortdauer dieses Krieges, der Stärkung der Rechten und der Schwächung der kurdischen Freiheitsbewegung. Man kann sagen, dass sie die Türkei über diesen Krieg sozusagen beaufsichtigt. Wir sollten uns nicht täuschen lassen von temporären »Konflikten« in den deutsch-türkischen Beziehungen. In der strategischen Partnerschaft haben diese Konflikte keinen bleibenden Schaden hinterlassen. Und aus diesem Grund ist es nicht ausreichend, allein die Waffenlieferungen an die Türkei zu thematisieren und gegen sie zu protestieren. Denn dieser Export stellt nur eine Dimension einer viel umfassenderen Partnerschaft dar. Nur wenn die feindselige Haltung der Bundesregierung gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung in ihrer Kausalität und Geschichte aufgedeckt und belichtet wird, können schmutzige Deals zwischen Berlin und Ankara gestört werden.

Hintergrund: Deutsche Leopard-Panzer und die Türkei

Der Verkauf von Leopard-Panzern in die Türkei begann gleich nach dem Militärputsch von 1980 zu einer Zeit, in der Tausende Kurden und Linke in Militärgefängnissen schwerster Folter ausgesetzt waren und sich die PKK auf den bewaffneten Kampf vorbereitete. Im Rahmen der »NATO-Verteidigungshilfe« lieferte die Bundesregierung zwischen 1982 und 1984 71 Panzer des Modells Leopard 1 an die Türkei. Zwischen 1990 und 1993, also zu Beginn des »schmutzigen Krieges« der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung sowie der kurdischen Volksaufstände vor allem in der Region Botan, wurden weitere 320 Panzer exportiert. Diese Lieferung wurde mit der »alleinigen Verteidigung des Landes und dementsprechend der NATO-Allianz« begründet. Mit diesen Panzern wurden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre über 4.000 kurdische Dörfer zerstört und Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Zwischen 2006 und 2011 lieferte Deutschland der Türkei dann 354 modernisierte Leopard-2A4-Panzer. Die Genehmigung wurde 2005 in den letzten Regierungstagen der damaligen Koalition von SPD und Grünen unterzeichnet. Diesmal wurde als Einschränkung nur festgelegt, dass die Panzer ohne Erlaubnis aus Berlin nicht an Dritte weitergegeben oder verkauft werden dürften. Darüber hinaus fand der Waffendeal ganz ohne Einschränkungen statt.

Hintergrund des aktuellen Nachrüstungsgesuchs

Auch wenn die Leopard-Panzer von der Münchener Rüstungsfirma KraussMaffei Wegman« gebaut werden, soll die von der Türkei gewünschte Nachrüstung von der Düsseldorfer Rheinmetall umgesetzt werden. Geplant ist, 100 von ca. 350 Leopard-2A4-Panzern im türkischen Bestand nachzurüsten. Daran würde Rheinmetall 250 Millionen Euro verdienen. Aber es geht nicht nur um die Nachrüstung selbst, sondern um ein weit größeres Projekt. Aus diesem Grund trafen sich der *[Vorstands-]*Vorsitzende von Rheinmetall, Armin Papperger, und der Aufsichtsratsvorsitzende der Lobbyfirma WMP EuroCom, Hans-Hermann Tiedje, im vergangenen Herbst mit Sigmar Gabriel. Dabei ging es um die Bedeutung der Nachrüstung türkischer Leopard-Panzer für die weitere Zusammenarbeit mit der türkischen Rüstungsindustrie. Aber von vorn:

Deutsch-türkisches Gemeinschaftsunternehmen

Rheinmetall gründete 2016 zusammen mit dem türkischen Militärfahrzeugproduzenten BMC ein Joint Venture namens RBSS (Rheinmetall BMC Defense Industry). Besitzer von BMC, die auch die Militärfahrzeuge vom Typ »Igel« herstellen, ist Ethem Sancak aus Sêrt (Siirt), ein enger Freund des türkischen Präsidenten Erdoğan. Sechzig Prozent der RBSS-Anteile liegen bei BMC, der Rest bei Rheinmetall. Aber BMC gehört fast zur Hälfte Katar, damit ist Katar indirekt Teil von Rheinmetall-BMC.

Für Rheinmetall ist diese Partnerschaft vor allem wichtig, um Militärfahrzeuge direkt in der Türkei zu produzieren und problemlos in verschiedene Konfliktregionen im Mittleren Osten und anderswo zu exportieren. Restriktive Gesetze können umgangen werden, wenn Waffen und Militärfahrzeuge außerhalb Deutschlands hergestellt oder nur Zusatzteile produziert werden. Aus Sicht der Türkei soll mit diesem gemeinsamen Unternehmen das sieben Milliarden Euro schwere nationale Panzerprojekt Altay umgesetzt werden. RBSS soll vom türkischen Unterstaatssekretariat für Rüstungsindustrie den Auftrag für die Produktion der ersten 100–200 Panzer erhalten. Erdoğan selbst hat sich im Dezember 2017 per Dekret zum Vorsitzenden des Amtes für Ausschreibungen der Militärfahrzeugproduktion erklären lassen und hat somit alle Entscheidungsmacht.

Bedeutung des Nachrüstungsprojekts für Rheinmetall

Auch wenn Rheinmetall das Gegenteil behauptet, zeigen gemeinsame Recherchen von Stern, Correctiv und Özgürüz, dass ohne offizielle Genehmigung der Bundesregierung schon mit dem Bau einer gemeinsamen Panzerfabrik begonnen worden ist. Im türkischen Karasu am Schwarzen Meer wird auf einem 222 Hektar großen Areal eine Fabrik gebaut. Obwohl die Parteien dies leugnen, ist klar, dass all diese Vorbereitungen für die Herstellung von Panzern der Marke Altay bestimmt sind.

Die Modernisierung der Leopard-Panzer hat in diesem Riesenprojekt eine Schlüsselfunktion, denn Rheinmetall hat vor, die Panzer zusammen mit BMC in der Türkei nachzurüsten. Die Beschleunigung des Fabrikbaus in Karasu mag damit zusammenhängen. Denn wenn die Nachrüstung hier erfolgen sollte, könnte schon mal das Personal für die spätere Produktion der Altay-Panzer geschult werden.

Das Bundesaußenministerium erklärte, Gabriel habe in seinem Gespräch mit dem Rheinmetall-CEO Papperger und dem Lobbyisten Tiedje seine ablehnende Haltung zu bestimmten Formen von Rüstungsexporten zum Ausdruck gebracht. Allerdings steht die bisherige Praxis deutscher Waffenexporte offen im Raum. Und auch Rheinmetallchef Papperger äußerte im Oktober gegenüber dpa, dass Rheinmetall trotz der Kritik und der Spannungen zwischen Berlin und Ankara im Gespräch mit der türkischen Seite bleiben werde. Schließlich sei die Türkei weiter NATO-Partner. Politische Einschätzungen könnten sich sehr schnell ändern, schneller als Industriestrategien. ♦



Freiburg: »Deutschland produziert – Erdogan bombardiert«, unter diesem Slogan ziert seit dem 15.02. ein Leopard-2-Panzer im Maßstab 3:4 direkt neben dem Militärarchiv die Wiesentalstraße. 250 Meter entfernt vom an der Lörracherstraße gelegenen Rüstungskonzern LITEF/Northrop Grumman ist dies bereits die dritte Aktion innerhalb weniger Tage, die den türkischen (NATO-)Terror u. a. in Kurdistan und dessen Verknüpfung mit deutschen Wirtschafts-Interessen anprangert. Quelle: https://de.indymedia.org/node/18074

Ein Blick von Katalonien nach Kurdistan

»Den Kurden ist bewusst, dass sie internationalen Mächten nicht trauen können«

Quim Arrufat im Gespräch mit Kavel Alpaslan

Quim Arrufat ist ehemaliger Abgeordneter der Candidatura d´Unitat Popular (Kandidatur der Volkseinheit, CUP) im Regionalparlament der Autonomen Gemeinschaft Kataloniens und Kenner des Mittleren Ostens. Kavel Alpaslan sprach mit ihm über den Mittleren Osten und Katalonien.

Wie würden Sie den Mittleren Osten aus katalanischer Sicht beschreiben?

Wir haben sehr gute Beziehungen zur kurdischen Bewegung. Daher teilen wir zum größten Teil ihre Einschätzung, wenn auch nicht zu hundert Prozent. Der Mittlere Osten ist heute die Region auf der Welt, der es am schlechtesten geht. Kapitalismus, Nationalstaat, autoritäre Mentalität, Patriarchat, Geopolitik – all das ist in seiner schlimmsten Ausformung im Mittleren Osten zu finden. Die Region ist allerdings in jeder Hinsicht reich: Energie, Ackerbau, Tradition, Historie, Literatur, Philosophie, Kultur. Das trägt aber auch zum »Schlechten« bei. An diesem Punkt gibt es eins, das wir von den Kurden gelernt haben Der Ursprung von Negativereignissen in Mittelost ist nicht in einer Quelle zu suchen. An diesem Punkt gibt es eins, das wir von den Kurden gelernt haben bzw. in unserer Region adaptieren möchten: Die Völker des Mittleren Ostens haben die Kraft, die Gegebenheiten vor Ort ohne die Intervention internationaler Mächte zu ändern. Wenn sie sich nicht organisieren, selbst achten, ihre eigene Sprache, Kultur und Religion verteidigen, wird es keine Lösung geben. Die Lösung liegt in ihrer Hand. Die Region kann sich entwickeln, wenn es eine demokratische und pluralistische Organisierung gibt, die auf der Verteilung des Reichtums basiert.

Anfang Januar fanden im Iran Demonstrationen statt und – zumindest in der Türkei – zwei Meinungen wurden erkennbar: Mit der ersten distanzierte man sich von den Demonstrationen, weil das iranische Regime eine antiamerikanische Haltung einnehme, und die zweite maß den Forderungen der Bevölkerung Bedeutung bei. Was halten Sie davon?

Das sind zwei klassische Meinungen: Antiimperialismus und Regimegegner. Beide zeigten sich auch zu Syrien. »Das syrische Regime muss verteidigt werden, denn das ist ein Eingriff in die Souveränität des Landes«, oder »das Regime ist autoritär, wir müssen den Menschen helfen«. Gleiches trifft auch auf den Irak zu: »Saddam ist kein guter Mann, aber wir müssen den Irak gegen imperialistische Eingriffe verteidigen«, oder »Saddam ist ein Diktator, wir müssen den Menschen helfen«.

Als ich 2006 zum ersten Mal in Südkurdistan war, dauerte der Krieg noch an. Damals gab es in Barcelona die größte Aktion gegen den Irakkrieg. Es waren insgesamt eine Million Menschen auf den Straßen. Ich gehörte zu jenen, die sich aktiv gegen den Krieg im Irak stellten.

Als ich in Südkurdistan war, habe ich überall kurdische Fahnen, Peşmerge, eine rechtliche Grundlage für die kurdische Sprache, viele Buchhändler mit kurdischen Büchern usw. gesehen. Das fand ich zunächst positiv, denn die Türkei war nicht so fortschrittlich. Ich sprach mit kurdischen Jugendlichen vor Ort über den Irakkrieg. Sie fragten mich, ob Kurden je etwas gegen Katalanen hatten und warum wir »für Saddam auf die Straße« gingen. »Saddam hat uns in der Anfal-Operation in Massen getötet, aber da habt ihr geschwiegen«, sagte der Jugendliche. Hier sticht auch die eben beschriebene Meinung hervor: »Die Möglichkeit, Saddam abzusetzen, ist gegeben und ihr seid dagegen? Bist du ein Freund oder Feind der Kurden?« Das war eine äußerst schwierige Situation, in der ich zu erklären versuchte, dass es nicht so gemeint war.

Das zeigt, dass man Tatsachen nicht einfach in schwarz oder weiß einteilen kann. Wir haben sehr wohl vieles vom iranischen System gelernt. Die islamische Revolution hat an sehr

vielen Punkten die Herrschaft an das Volk zurückgegeben. Wir finden natürlich nicht jede Facette des Regimes richtig. Letztlich ist es ein autoritäres Regime und tötet Kritiker. Es ist also eine Mischung aus allem. Wir wissen aber auch: Wann immer im Mittleren Osten ein Aufstand im Gange ist, versuchen internationale Mächte dies für ihre Zwecke auszunutzen. Das bedeutet aber nicht, dass die Leute nicht auf die Straßen gehen sollen. Es wird jedoch immer die Gefahr der Ausnutzung bestehen, denn die Region liegt inmitten aller geopolitischen und strategischen Pläne und Interessen.

Dann geht es eher darum, Subjekt der Revolution zu werden?

Ja, allerdings kannst du so gut wie möglich die Kontrolle über den Aufstand haben – es wird immer jemand kommen, der seine eigenen Agenten in deine Reihen steckt oder den Menschen Geld gibt, damit sie sich bekriegen – so wie in Syrien. Dieses Problem ist nicht so einfach zu lösen. Ich wüsste, um ehrlich zu sein, nicht, wie ich damit umgehen würde, wenn ich vor Ort leben würde.

Das iranische Regime ist ein äußerst blutiges Regime, das Menschenrechte nicht achtet. Ich habe es selbst vor Ort gesehen. Ich war in kurdischen Dörfern im Iran und habe selbst gesehen, was passiert ist. Ich unterstütze die Menschen im Iran, die aus wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Gründen auf die Straße gehen. Allerdings befürchte ich, dass der Aufstand ausgenutzt wird, je größer er wird – so wie in Syrien.

Wir haben auch gesehen, was in Syrien passiert ist. Anfangs unterstützten wir die Revolution der Menschen in Syrien. Danach haben sich viele internationale Mächte am Krieg beteiligt und Waffen verteilt. Und wozu hat das geführt? Nur zu Chaos und Tod. Daher ist dies ein schwieriger Umstand.

Sie haben gesagt, dass Sie die »kurdische Sicht« auf den Mittleren Osten befürworten. Würden Sie den »demokratischen Konföderalismus«, der von den Kurden vorgeschlagen wird, als ein Modell für ganz Syrien sehen?

Für den Mittleren Osten gibt es bis dato kein anderes Projekt. Das Problem daran ist, dass viele es kategorisch ablehnen, da es aus kurdischer Hand stammt. Der demokratische Konföderalismus ist das einzige Projekt, das den Menschen im Mittleren Osten Freiheit schenken wird.

Es gibt z. B. keinen arabischen Sozialismus oder einen ähnlichen Vorschlag. Warum nicht und welche alternativen Projekte bestehen? Haben die kommunistischen Parteien im Mittleren Osten ein klares Projekt? Leider nicht. Daher ist der demokratische Konföderalismus das einzige Projekt für den sozialen und demokratischen Aufschwung. Das einzige Problem ist, dass er von den Kurden stammt, dadurch von Natur aus viele Feinde hat.



Frauenmarsch in Efrîn gegen den Krieg der türkischen Armee. Foto: https://icafrinresist.wordpress.com/

In der Türkei wurde sehr viel über die Unterstützung der USA für die Kurden diskutiert. Wie stehen Sie dazu?

Die endlosen Widersprüche im Mittleren Osten. Ich habe von vielen Menschen gehört: »Wie du siehst, stecken die USA hinter all dem!« Ich war letztes und vorletztes Jahr in Syrien. Ich habe gesehen, wie skrupellos der Islamische Staat (IS) gemordet hat und dass die Menschen in Rojava Unterstützung und Waffen für ihren Widerstand benötigen. Die EU war zu dem Zeitpunkt mit anderen unnützen Sachen beschäftigt und die USA nutzten die Situation zu ihren Gunsten. Aus Sicht der Kurden ist der Widerstand nicht wie in den 80er und 90er Jahren. Die Kurden sind sich bewusst, dass sie den internationalen Mächten nicht trauen können. Denn sie wissen genau: Diese Mächte bewaffnen dich, nutzen dich aus, ziehen sich zurück und töten dich. Die Kurden haben aus ihrer eigenen Geschichte vieles gelernt. Vor Ort hörte ich sehr oft: »Wir wissen ganz genau, dass die USA sich gegen uns wenden werden, wenn der IS beseitigt ist. Ja, wir werden von ihnen bewaffnet und sie bombardieren diejenigen Orte, die wir ihnen sagen. Aber wir organisieren uns selbstständig. Denn wir wissen, dass die USA eines Tages vielleicht uns bombardieren werden.«

Es ist ein Unterschied, ob man in Rojava bzw. Amed oder Barcelona, mitten in Spanien bzw. Europa steht. Es gibt aber eines, was alle Minderheiten auf der Welt zusammenbringt: Wenn du weisst, dass das Sprechen deiner Sprache eine militante Aktion, deine Sprache nicht die der Mehrheit ist, und wenn dir jemand erzählen will, dass deine Kultur nicht »die richtige« ist, dann hast du eine natürliche Verbundenheit mit anderen Minderheiten.

Es ist fast schon Tradition, dass man beim Thema Katalanen oder Basken über Ähnlichkeiten mit und Parallelen zu Kurden spricht. Wie würden Sie Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in anderen Fällen nationalen Widerstands beschreiben?

Es bestehen sehr große kulturelle, wirtschaftliche und geopolitische Unterschiede. Es ist ein Unterschied, ob man in Rojava bzw. Amed oder Barcelona, mitten in Spanien bzw. Europa steht. Es gibt aber eines, was alle Minderheiten auf der Welt zusammenbringt: Wenn du weißt, dass das Sprechen deiner Sprache eine militante Aktion, deine Sprache nicht die der Mehrheit ist, und wenn dir jemand erzählen will, dass deine Kultur nicht »die richtige« ist, dann hast du eine natürliche Verbundenheit mit anderen Minderheiten. Dann kannst du sehr schnell Empathie empfinden: »Ja, das Gefühl kenne ich.« Dieses Gefühl überwindet sehr schnell Grenzen, von Katalanen zu Kurden bis nach Lateinamerika. In starken und autoritären Ländern kann man nicht so schnell gegenseitige Empathie empfinden.

Das ist die sprachliche und kulturelle Seite der Sache. In Katalonien ist der Widerstand eher auf die politische Herrschaft des Volkes fixiert. Und das hat nicht nur einen Bezug zu Minderheiten, sondern auch zu vielen unterschiedlichen Bewegungen. Wir sehen z. B. eine große Parallele zwischen Griechen, die während des EU-Referendums zu EU-Plänen Nein sagten, und uns. Auf den ersten Blick besteht keine Verbindung. Allerdings ist der Kern derselbe: die Forderung nach einem besseren und demokratischeren Leben für alle. Ein System, in dem das Volk und weniger Banken oder Zentralregierungen die Entscheidungen treffen. Wenn man das Volk ins Zentrum aller Forderungen stellt, lassen sich Parallelen zu vielen anderen Bewegungen feststellen. Es geht natürlich nicht um Gegenüberstellung. Es geht um Unabhängigkeit, indem man seine Entscheidungen selbst trifft. Das ist keine Sache von Minderheiten.

Es ist traditionell ein bedeutender Faktor, Katalane zu sein. Das ist aber in den letzten zehn Jahren eher weniger der entscheidende Faktor. Heute ist der Klassenkampf in Europa und eigentlich auf der ganzen Welt dadurch geprägt, die Kraft an das Volk zurückzugeben. Das Volk und nicht der Staat bzw. das Kapital soll die Entscheidungen treffen. Es ist zweitrangig, ob es sich dabei um das katalanische oder spanische Volk handelt.

Auf die Frage »Was ist der Staat heute?« kommt man sehr schnell zu der Antwort: »Ein administrativer Mechanismus, der seine Befehle aus der Marktwirtschaft erhält und autoritäre Maßnahmen ergreift.« Er ist nicht mehr eine Einrichtung, die unsere Rechte vor dem Kapital schützt. In der EU beispielsweise werden sofort Gesetze erlassen, wenn sie von Banken gefordert werden. Bei zu vielen Protesten wird einfach eine Gefängnisstrafe verhängt.

Die katalanische Bewegung stellt dieses Herrschaftsproblem in den Mittelpunkt. Dadurch haben wir starke Beziehungen zu anderen Bewegungen in Spanien. Der Widerstand geht also über Nation und Ethnie hinaus. Es ist ein Widerstand für Demokratie, und Demokratie bedeutet, die Kraft dem Volk zurückzugeben. ♦

Kampf und Zerstörung in Hasankeyf (und am Tigris)

Das Ilısu-Projekt ist noch lange nicht durch

Ercan Ayboga, Initiative zur Rettung von Hasankeyf (HYG), Februar 2018

Die Diskussionen zum zerstörerischen Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt am Tigris in Nordkurdistan hatten mit August 2017 wieder erheblich zugenommen, als Bilder von der Sprengung von Felsenstücken in Hasankeyf (kurdisch: *Heskîf*) um die Welt gingen. Doch um die Jahreswende wurde es wieder stiller, obwohl die Vorbereitungen zum Abschluss des Projekts des türkischen Staates auf Hochtouren laufen.

War der Aufschrei vom August 2017 der letzte vor der endgültigen Zerstörung gewesen oder ist es die Vorstufe zu einer wirklich großen Protestwelle? Der Aufschrei vom August lag unter anderem daran, dass es jahrelang relativ still geworden war, selten kamen Nachrichten in den Mainstream- oder größeren türkischen oder internationalen Medien zum Ilısu-Projekt und zur Flutung des gefährdeten antiken Orts Hasankeyf. Dann kamen die Videobilder von der Zerstörung, die über die sozialen Medien schnell verbreitet wurden. Als auch Mainstream-Medien davon berichteten, mussten selbst die für das Ilısu-Projekt verantwortliche Staatliche Wasseragentur (DSI) und der zuständige Minister Stellung beziehen. Sie behaupteten, dass angeblich kein Sprengstoff eingesetzt werde und sowieso alles nur gemacht werde, um die Zivilisten vor herabfallenden Felsen zu schützen. Dass es eine Lüge war, bestätigte neben dem verbreiteten Video die lokale Bevölkerung in ihren Stellungnahmen gegenüber den Medien.

Was ist der aktuelle Stand in Hasankeyf?

Mehr als ein halbes Jahr später können wir sagen, dass das eigentliche Ziel dieser Zerstörungen vielschichtig ist. Zunächst ging es darum, die Bevölkerung von Hasankeyf schneller zu vertreiben. Doch die wehren sich bisher (Mitte Februar 2018) erfolgreich gegen die Räumung ihrer Geschäfte in der sogenannten Tourismusstraße des Ortes. Als Grund wird angegeben, dass die El-Rizk-Moschee versetzt werden müsse, was über die Tourismusstraße passieren soll. Die Geschäftsinhaber würde das sehr hart treffen, denn die Bevölkerung ist noch gar nicht nach Neu-Hasankeyf umgezogen und so könnte eine lange Zeit ohne eigenes Einkommen vergehen.

Jetzt können Touristen noch in den Kern Hasankeyfs kommen. Doch die Zerstörungen im Nebental zwischen Burgfelsen und gegenüberliegenden Hügeln sind weit vorangeschritten, so wurde beispielsweise weiter viel Schutt für den geplanten antiken Hafen am Burgfelsen zusammengebracht. Dieser ist für die Zeit nach dem Aufstau geplant, um in zynischer Weise einen Untergangstourismus aufzubauen. Auch hat das DSI Unternehmen mit der Betonierung einer Wand in diesem Nebental beginnen lassen. Diese soll den Burgfelsen umschließen, so dass er nach der Stauung nicht einstürzt, denn die Felsen bestehen aus Kalk und könnten nach dem Aufstau sehr schnell ausgehöhlt und somit zum Einsturz gebracht werden. Wie immer kommen die nötigen Genehmigungen von entsprechenden Behörden oft im Nachhinein, was angesichts der Gleichschaltung vieler öffentlicher Einrichtungen nicht mehr ganz verwundert.

Die Zerstörung der Felsenstücke ist eine neue Stufe in der »physischen Intervention« von Hasankeyf. Der irreparable Schaden hat aber schon im Herbst 2014 begonnen, als angefangen wurde, die drei Pfeiler der mindestens 1000 Jahre alten historischen Brücke über den Tigris mit neuen Steinen zu bedecken, um ihn so zu konservieren. Diese Brücke sollte ursprünglich, wie weitere Monumente auch, versetzt werden. Hier hat sich der Staat für diese einfachere Variante entschieden. Wahrscheinlich ist deutlich geworden, dass eine Versetzung fast keine Chance auf Erfolg hat.

Der zweite Schritt in der Zerstörung des Kulturerbes von Hasankeyf war die Versetzung des Zeynel-Bey-Mausoleums im Mai 2017 in den Kulturpark bei Neu-Hasankeyf, wohin bis zu acht weitere Monumente versetzt werden sollen. Mit dem Know-how der holländischen Firma Bresser, die ab Dezember 2015 ins Projekt einstieg, konnte das türkische Unternehmen Er-Bu İnşaat diese äußerst riskante Versetzung durchführen.

Eine weitere und bisher kaum beachtete Zerstörung der Landschaft ereignet sich am Fluss Tigris. Der Tigris wurde in und um Hasankeyf in ein enges Bett eingezwängt, damit das Wasser nicht bis an den Burgfelsen herankommt, wo Baumaschinen ungestört arbeiten sollen. Die Einengung des Tigris wurde ohne irgendwelche Beachtung von wichtigen Habitaten durchgeführt, erstreckt sich bis zu zwei Kilometer stromabwärts und führt zum Tod oder der Vertreibung von vielen Tier- und Pflanzenarten im und am Fluss. Eine kleine Wiedergutmachung spielte sich am 29. Dezember ab, als anhaltende Regenfälle im Tigris-Einzugsgebiet das Flusswasser in kurzer Zeit schnell anstiegen ließen und die provisorisch aus Erde errichteten Längsdämme durchbrachen. Einige Baumaschinen wurden beschädigt.

Das holländische Unternehmen Bresser ist mit der DSI an der Planung zur Versetzung von weiteren Monumenten beteiligt. Dies bestätigte sie in einem Telefongespräch mit einem holländischen Journalisten. Die Unterstützung der Zerstörung von Kulturgut für billigen Profit geht also weiter. Insofern war die Klage bei der OECD Holland vom Juli 2017 mehr als richtig. Die OECD Holland hat nach zwei Gesprächen mit den Klägern – HYG, Hasankeyf Matters und FIVAS – eine erste Bewertung veröffentlicht, zu der Stellung genommen wurde (siehe www.hasankeyfgirisimi.net). Ein bald zu erwartender Beschluss durch die OECD Holland hat zwar keinen verbindlichen Charakter, doch ist er eine der Maßnahmen, um Druck auf das Unternehmen für zukünftige ähnliche Projekte auszuüben und es für seine Taten öffentlich anzuprangern.

Das Kulturerbe von Hasankeyf verdankt seine herausragende Einzigartigkeit der Kombination mit dem umliegenden Tigris-Tal und der natürlichen Umgebung. Seit Jahren behauptet die türkische Regierung, dass mit der Schaffung des an den neuen Siedlungsort Neu-Hasankeyf angrenzenden Kulturparks, das kulturelle Erbe von Hasankeyf gerettet werden würde. Denn ohne die Finanzierung durch das Ilısu-Projekt gebe es keine Gelder und Hasankeyf würde zerfallen, da auch die Bevölkerung vor Ort Hasankeyf nicht schützen könne. Das ist Lügen-Propaganda pur und die eigene Verantwortung wird verwässert. Die Versetzung von Monumenten ist aus zwei Gründen abzulehnen: Die Denkmäler verlieren weitgehend ihre Bedeutung an einem zusammenhanglosen Ort und die Gefahr von Zerstörung bzw. Beschädigung der Denkmäler bei der »Versetzung« ist aufgrund ihres hohen Alters und ihrer Bausubstanz zu groß.

Anfang März 2018 sollte nach Planung die Ausschreibung für ein weiteres Monument, die Kizlar-Moschee, und Ende April 2018 für weitere fünf zu versetzende Monumente (darunter die El-Rizk-Moschee) durchgeführt werden. Ende des Jahres 2018 sollen die Versetzungsarbeiten abgeschlossen werden, so der Plan. Auffallend ist, dass nicht acht, sondern noch sechs Monumente versetzt werden sollen. Damit wurde die Zahl weiter reduziert. Zwei weitere Monumente sollen, wie die Brücke, angeblich an ihrem jetzigen Ort konserviert werden.

Wann die Bevölkerung von Hasankeyf nach Neu-Hasankeyf umsiedeln kann, ist noch unklar. Es wird immer weiter hinausgezögert. Um die Jahreswende sollten die rund 1000 Wohnungen in Neu-Hasankeyf fertiggestellt worden sein; nun zeichnet es sich voraussichtlich für Sommer 2018 ab. Problematisch ist auch die Qualität der Wohnungen, worüber sich die Bewohner von Hasankeyf bereits beschweren. Kaum gebaut, gibt es schon Risse in den Wänden und Decken und die Bewehrung ist teilweise zu sehen. Die besorgten Einwohner teilen mit, dass der Grund für die schlechte Bauqualität die hohe Baugeschwindigkeit sei. Wie leider so oft in der Türkei wurde bei öffentlichen Bauprojekten gepfuscht. Wenn derjenige Teil der Bevölkerung, der eine Wohnung bekommen soll (mehr als die Hälfte der Anträge von Betroffenen auf eine Wohnung in Neu-Hasankeyf wurde abgelehnt), umzieht und diese Baumängel nicht behoben sind, wird ein neuer Konflikt entstehen.

Selbst wenn der Umzug technisch problemlos verlaufen sollte, werden sich die eigentlichen Probleme später zeigen. Zum einen wird es die zu erwartende Verschuldung sein. Denn die Preise für die neuen Apartments sind 2–3 Mal höher als die Entschädigungssumme für ihre aktuellen Eigenheime, was leider alltägliche Praxis bei Zwangsumsiedlungen ist. Zum anderen ist unklar, welche Einkommensquellen geplant sind. Die DSI spricht von großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, ohne genau zu sagen, was passieren soll, und ohne Garantien zu geben. Ein drittes Problem ist, dass nach den Bewohnern von Hasankeyf weitere Tausende Menschen nach Neu-Hasankeyf ziehen könnten und zwar aus der ganzen Provinz oder Region (die neue Stadtfläche ist für mindestens 5.000 Menschen ausgelegt). Da dies Menschen mit etwas mehr Einkommen sein könnten, wird dies wahrscheinlich zu sozialen Spannungen führen.

Aktueller Stand

Bei der Anti-Ilısu-Kampagne ist zu beachten, dass der wiederbegonnene Krieg in Nordkurdistan und der Ausnahmezustand es der türkischen Regierung erlauben, alle Formen von Protesten zu unterdrücken. So konnte seit Sommer 2016 keine Demonstration mehr in Hasankeyf durchgeführt werden. Nur beim 2. Globalen Aktionstag am 23.09.2017 konnte eine Gruppe von 50 Menschen – zumeist aus Istanbul – sich in Hasankeyf vor der Presse versammeln. Dank der frühzeitigen Ankündigung, der zahlreichen Beteiligung der Presse und guten Taktierens in Hasankeyf in Zusammenarbeit mit der HYG

war das möglich. Es hing auch damit zusammen, dass Mitte August 2017 Hasankeyf wieder stark ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt worden ist.

Der Krieg erlaubte es der türkischen Regierung, den Streik der Arbeiter der Ilısu-Baustelle, der im Juni 2015 begann, Ende 2015 zu unterdrücken. Seitdem kommt die große Mehrheit der Arbeiter aus nichtkurdischen Provinzen. Sie leben auf der Baustelle, wo sie vom Militär geschützt werden, und haben kaum Kontakt zur Bevölkerung.

Die Regierung hat Hunderte zusätzliche Menschen als sogenannte »Dorfschützer« angeworben und für die »Sicherheit« der Ilısu-Baustelle bewaffnet, hauptsächlich gegen die in der Nähe agierende Guerilla, die Volksverteidigungskräfte HPG. Tausende von Soldaten sind um die Baustelle herum stationiert, die in laufende Militäroperationen einbezogen und immer wieder Zielscheibe von kleineren Angriffen der HPG werden. Die Militarisierung hat ein so hohes Level erreicht, dass es unmöglich geworden ist, die Baustelle als unabhängiger Journalist oder Forscher zu besuchen. Sowohl für das Jahr 2017 als auch 2018 erklärte die Regierung Gebiete in direkter Nähe zu Hasankeyf und entlang des Tigris bis stromabwärts bis Ilısu zu militärischen Zonen.

Mit dem Ziel, mögliche Proteste der irakischen Regierung auf internationaler Ebene zu unterbinden, haben sich ab März 2017 türkische Minister mehrfach mit der irakischen Regierung getroffen. Infolgedessen hat der Wasserminister des Iraks Hassan Dschanabi – der sich noch 2009 offen gemeinsam mit uns gegen Ilısu positioniert hatte – den Widerstand gegen das Ilısu-Projekt aufgegeben und der Türkei guten Willen bescheinigt, was damit zu erklären ist, dass die Türkei Versprechen bzw. Zugeständnisse gemacht hat, wie zum Beispiel mehr Abfluss während der Aufstauphase. Im Januar 2018 ließ die türkische Regierung verkünden, dass sie den geplanten Staubeginn von März 2018 auf den Juni 2018 verschoben habe, weil die irakische Regierung darum gebeten haben soll. Das dürfte nur Propaganda sein, denn erstens sind die Bauarbeiten und Umsiedlungsarbeiten bei Weitem nicht abgeschlossen



Protest am 2. Globalen Aktionstag am 23. September in Hasankeyf. Foto: Ercan Ayboga

(es ist unklar, wann es der Fall sein wird), zweitens macht ein Aufstaubeginn im Winter (vor März) Sinn, da dann der meiste Durchfluss vorherrscht.

Leider zeigt die irakische Regierung wieder einmal eine schwache und historisch gesehen verantwortungslose Haltung gegenüber der Türkei. Sie hat eigentlich die Mittel, auf internationaler Ebene die Türkei wegen Iısu in eine schwierige Lage zu bringen. So könnte sie den UN-Sicherheitsrat anrufen, wofür sie mit einem bilateralen Abkommen aus dem Jahr 1947 eine gesetzliche Grundlage besitzt.

Positiv zu nennen ist die Teilnahme von Menschen in drei irakischen Städten am 2. Globalen Aktionstag zu Hasankeyf im September 2017, als auch eine Petition von mehreren iranischen Zivilorganisationen übergeben wurde, die im Frühjahr 2017 gestartet worden war und an der knapp 150.000 Menschen teilgenommen haben. Sie richtet sich an den UN-Generalsekretär. Die Petition kritisiert, dass das Ilısu-Projekt zur Austrocknung der Mesopotamischen Sümpfe im Südirak und dies bereits zu erhöhten Sandstürmen im Süden des Irans führt. Dies ist Ausdruck eines gestiegenen ökologischen Bewusstseins nicht nur im Iran, sondern im größeren Kontext.

Es kursieren immer wieder Zahlen über das Ausmaß der Fertigstellung des Ilısu-Projektes. Mal sind es 99 %, mal 97 % und auch immer wieder mal 90 %. Von unserer Seite aus besteht keine Möglichkeit, das wirklich zu überprüfen. Auch wenn diese Zahlen übertrieben sind, gibt es zweifellos einen baulichen Fortschritt, doch wird hier versucht, psychologisch zu vermitteln, dass jeder Widerstand zwecklos geworden sei. Erst im Januar 2018 soll nach Angaben der DSI die letzte der sechs Turbinen im Wasserkraftwerk angebracht worden sein. Zu beachten ist, dass in die Prozentsätze die Umsiedlungsmaßnahmen nicht einberechnet sind. Sie zählen offiziell nicht ganz zum Ilısu-Projekt. So sind die neue große Brücke nahe Hasankeyf (wichtig für den Verkehr der gesamten Region) und viele neue Umgehungsstraßen noch im Bau. Weiter hält die Zwangsenteignung von Hunderten betroffener Haushalte an und wie schon beschrieben ist Neu-Hasankeyf auch noch nicht fertiggestellt.

Momentan gibt es ein noch laufendes Verfahren gegen das Ilısu-Projekt. Seit 2006 klagen vier Personen aus der Westtürkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Erst 2015 wurde der Fall als dringend eingestuft. Bisher wurde jedoch keine Entscheidung getroffen, was große Zweifel an der Ernsthaftigkeit des EGMR aufwirft.

Zurzeit laufen Diskussionen bei der HYG über weitere Verfahren vor türkischen Gerichten. Auch wenn die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei kaum noch gegeben ist, muss jede bestehende Möglichkeit ausgenutzt werden.

Wie geht's weiter?

Perspektivisch gesehen ist der Kampf gegen das Ilısu-Projekt noch lange nicht gelaufen. Bis zum letzten Moment wird die Kampagne durch die HYG, die Ökologiebewegung Mesopotamiens und andere Gruppen weitergehen. Weltweit gibt es eine Reihe von Investitionsprojekten, die baulich fertig gestellt, aber nicht in Betrieb genommen wurden. Auch sind mehrere Talsperren darunter; selbst fertig gebaute und viel kostenintensivere Atomkraftwerke wurden nicht in Betrieb genommen. Eine Gesellschaft kann sich gegen besonders zerstörerische Projekte stellen und sie sogar rückbauen. Im Falle der Türkei kann es aber schon vorher passieren, dass Veränderungen der politischen Verhältnisse dieses Projekt zum Stoppen bringen könnten. Im Mittleren Osten treten Veränderungen schneller und radikaler als in Europa auf.

Schließlich ist der Kampf gegen das Ilısu-Projekt eine Gewissensfrage. Ilısu, und vor allem Hasankeyf, ist nicht nur in Nordkurdistan, sondern in der ganzen Türkei ein Symbol des Widerstandes gegen sozial-kulturell-ökologische Zerstörung durch Mega-Infrastrukturprojekte. Hasankeyf und das umliegende Tigris-Tal sind für die Welt auch einzigartig, nicht umsonst erfüllt es unserer Meinung nach 9 von 10 UNESCO-Kriterien. Einer sich anbahnenden großen sozial-kulturell-ökologischen Zerstörung gegenüber dürfen kritische Menschen und Gesellschaften nicht schweigen. Es ist wichtig, jede Gelegenheit zu ergreifen und bis zum Letzten zu kämpfen. Hasankeyf könnte unter gewissen Umständen sogar eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Protest in Nordkurdistan und sogar der Türkei spielen. Auch Menschen außerhalb Kurdistans, der Türkei oder des Iraks sollten gegen dieses Projekt etwas unternehmen. Es ist nie zu spät.

Nach der guten Beteiligung am 2. Globalen Hasankeyf Aktionstag am 23.09.2017 ist jeder Mensch und jede zivile Organisation aufgerufen, sich am Globalen Aktionstag für Hasankeyf und Sûr (Altstadt in Amed/Diyarbakır), welche von systematischer Kriegspolitik betroffen ist, am 28. April 2018 teilzunehmen. Kommt in euren Orten zusammen, seid kreativ und bindet weitere Kreise ein. Prangert die Rolle von Regierungen, Banken, internationalen Einrichtungen wie den UN und internationalen Firmen an. Zeitnah zum Aktionstag gibt es weitere Infos und Materialien. Mehr Infos unter mehdiplo@riseup.net ♦

Internetseite: www.hasankeyfgirisimi.net, Email: hasankeyfgirisimi@gmail.com, Facebook: hasankeyfyasatmagirisimi

Legenden und Geheimnisse in einem kurdischen Dorf

Der Tag, an dem ein Mann vom Berg Amar kam

Buchbesprechung von Susanne Roden

»Eigentlich ist seine Heimat Kurdistan, im Südosten des Landes, doch dort führt die türkische Regierung Krieg. In Form von so genannten Antiterroreinsätzen, bei denen Siedlungen vernichtet und Menschen getötet werden«, so die Einleitung zu einem TV-Filmbeitrag[1], der noch bis Ende März verfügbar ist. Yavuz Ekinci lebt in Istanbul und Êlih (Batman) und pendelt zwischen beiden Standorten. Er bekommt so Abstand zu sich und dem, was er schreibt, was ihn bewegt.

Das Buch beschreibt das Leben in einem kurdischen Dorf, dessen Bewohner auf ihre Vernichtung warten. Ekinci selbst sagt von sich, dass er aus einer Gegend kommt, wo der Tod immer in den überlieferten Geschichten anwesend war. Es gab kein Leben ohne auch die ständige Anwesenheit des Todes und so schildert der Autor auch das Verhalten, die Gedanken, Ideen und Befindlichkeiten eines jeden Bewohners aus dessen persönlicher Perspektive.

Das Buch beginnt mit der Beschreibung der friedlichen Natur. In Sequenzen, die exakten Kameraeinstellungen entsprechen, wie Regieanweisungen. Alles ist miteinander verwoben, das Treiben der Schlange, die Grashalme, die Spiegelungen im Auge des fütternden Vogels, des Adlers und so weiter. Und genau damit endet auch das letzte Kapitel – der Beschreibung der Landschaft, der Natur, der letzten überlebenden halb verkohlten Tiere nach der verbrannten Erde, ähnlich einem Buschbrand in Australien; nur dass der Leser weiß: Es geschah durch Menschenhand. Jedes Dorf in der näheren Umgebung des Berges Amar war diesem Brandschatzen und Morden zum Opfer gefallen. Und so lebten die Dorfbewohner immer mit der Angst im Hinterkopf: Auch sie würden irgendwann dran sein, wenn einer kommt vom Berg Amar und ruft: »Sie kommen!«

Wie ein Märchen beginnt diese Geschichte, in poetischer Sprache beschreibt Ekinci die archaische Natur des Berges Amar, des Walnusstals. Er erzählt die Legende von Amar und Sara, ihre Liebesgeschichte und die Geheimnisse der Vergangenheit, der Zauberei und Mächte der Vorfahren des kleinen Dorfes am Berg Amar. Natürlich fragt man sich, warum Ekinci als Schriftsteller nicht in die Kritik gerät, denn ein Verhaftungsrisiko kann immer und sofort durch eine Kleinigkeit entstehen. Dann ist man, ehe man sich‘s versieht, für Jahre hinter Gittern. Aber wenn man die Struktur, den Aufbau der Erzählung analysiert, so stellt man fest, sie beginnt mit einer Legende, mit einem Geheimnis, das der Berg Amar in sich birgt. Etwas, das den Bewohnern in der Überlieferung immer Ehrfurcht einflößte, das ihr Schicksal lenken würde. Und so wird ein Mann vom Berg Amar erwartet, aber niemand sieht ihn deutlich, jeder sieht etwas anderes oder eben auch nur Staubwolken; dennoch erwartet jeder, dass sie kommen. Sie werden kommen, das steht fest. Und das wird das Ende bedeuten für das Leben. Aber Ekinci arbeitet mit Bildern, mit Metaphern und mit Auslassungen. Es bleibt viel Raum für Spekulation, für das Verstehen und Lesen zwischen den Zeilen.

Alle bereiten sich auf diesen Moment vor, vor dem sie ihr ganzes Leben lang Angst hatten. Jeder auf seine Weise, in seinem persönlichen Stil. Was ist einem wichtig, kann man etwas retten, wird man fliehen können, soll man den Hausrat verstecken, soll man kämpfen? Kann man das überhaupt, nur mit Sensen und ohne Waffen? Kann man sich schützen, gibt es noch etwas zu tun, erwartet man den Tod oder etwas anderes? Jeder sucht nach Antworten. Jede Person reagiert anders und hat ihre ganz persönliche Sicht auf die Dinge. Und auch in diesen Sequenzen finden Andeutungen und Bilder aus der Vergangenheit, der Legende ihren Einzug. Geschichte, die mit den Überlieferungen lebt und am Leben gehalten wird durch die Erzählungen der Vorfahren. Die tiefe Verwurzelung der Kurden mit ihrer Geschichte, mit den Ahnen, die seit so vielen Generationen mit dem Land verbunden sind.

Was dem Schriftsteller wirklich ganz wunderbar gelingt, ist die Beschreibung der einzelnen Szenen. Zunächst wird eine Begebenheit beschrieben, z. B. ein Fußballspiel von Jungen,

1 Das Erste: Yavuz Ekinci und der Krieg gegen die Kurden (Video verfügbar bis 27.03.2018), http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/sendung/yavuz-ekinci-102.html

dann das Erlebte aus der Sicht eines Jungen, später dann aus der Sicht einer anderen Person. Am Ende ist ein Erzählbild, eine poetische Betrachtung verknüpft mit einer anderen, erzählt aus der Sicht wieder einer anderen ebenfalls beteiligten oder anwesenden Person. Natürlich immer mit einem anderen Blickwinkel oder einer Bereicherung. Später dann auch in der Rückblende. Und so verdichten sich die Bilder zu jeder Person und jeder Begebenheit aus der Dorfgemeinschaft – und auch das historische Verhältnis zu dem Märchen über die Legende vom Berg Amar –, deren Ur-Ur-Ur-Ur-Ahnen wie Nachfahren im Dorf lebten. Mit den Geschichten, aber auch mit wohlgehüteten Gegenständen, von denen am Ende allerdings nur der Leser erfährt und deren Bedeutung auf ewig verloren sein wird.

Yavuz Ekinci lebt und arbeitet in Istanbul als Gymnasiallehrer in einem sogenannten benachteiligten Viertel. Er hat es sich ganz bewusst so ausgesucht. Dort leben auch sehr viele Roma, die praktisch noch schlechter gestellt sind als die Kurden, wie er selbst sagt.

Ohnehin ist er politisch sehr engagiert, wie einigen mit FAZ und Spiegel gemeinsam mit seinem Übersetzer Oliver Kontny geführten Interviews anlässlich seines Deutschlandbesuchs zur Leipziger Buchmesse 2017 zu entnehmen war.

Und so beschreibt er, wie er extra aus dem Südosten der Türkei nach Istanbul reiste, als die Gezi-Park-Proteste begannen. »Als dann im Sommer 2015 wieder die Gewalt in den kurdischen Regionen ausbrach, erlebten wir dort Dinge, die jenseits des Beschreibbaren sind. Doch wieder war es, als ginge das die übrige Türkei nichts an. Ich habe Mails geschrieben, dazu aufgerufen, dass wir etwas unternehmen. Die meisten Leute haben nicht einmal geantwortet. Da habe ich mich einsam gefühlt wie ein gesunkenes Schiffswrack.«

Auch beschreibt er, dass er einer von sieben Initiatoren war, die sich für die Freilassung von Aslı Erdoğan einsetzten. Sie hatten sich zu einer Versammlung in einem algerischen Restaurant verabredet, aber es kam niemand. Nicht einmal Murathan Mungan, der sich angekündigt hatte, was ihn persönlich sehr enttäuschte.

»Ich glaube, die Menschen müssen das Bewusstsein entwickeln, dass es darum geht, nicht auf der Seite der Machthaber zu stehen, sondern auf der Seite der Unterdrückten. Niemand sollte sich engagieren, als ginge es um einen persönlichen Gefallen.«

Yavuz Ekinci wurde 1979 in Êlih (Batman) in Nordkurdistan geboren. Er studierte 2001 Pädagogik an der Dicle Üniversitesi (Tigris-Universität) in Amed (Diyarbakır) und arbeitet als Lehrer. Er belegt derzeit einen Master-Studiengang in türkischer Sprache und Literatur. Er ist Herausgeber einer Publikationsreihe mit kurdischer Exilliteratur.

Ekinci erhielt für seine Veröffentlichungen zahlreiche Preise, darunter den Yunus Nadi Story Award, den Human Rights Association Story Award sowie den Yaşar Nabi Nayır Noteworthy Story Award.



Der Tag, an dem ein Mann vom Berg Amar kam, übersetzt aus dem Türkischen von Oliver Kontny, Verlag Antje Kunstmann, München 2017, ISBN 978-3-95614-166-9

Bibliographie

Es gibt bisher Romane und Kurzgeschichtensammlungen.
Meyaser´in Uçuşu, 2004 (Ü: Meyasers Flug, 2004).
Sırtımdaki Ölüler, 2007.
Bana İsmail Deyin, Doğan Kitap Istanbul, 2008.
Tene Yazılan Ayetler, Doğan Kitap Istanbul, 2010 (Ü: Verse auf der Haut, 2010); der erste Roman.
Cennetin Kayıp Toprakları, Doğan Kitap Istanbul, 2012.
Rüyası Bölünenle, Doğan Kitap Istanbul, 2014.
Günün Birinde, Doğan Kitap Istanbul, 2016 (Ü: An einem dieser Tage, 2016).
Amar ve Sara, erste Auflage, Dogan Kitap 2016.
Zur Leipziger Buchmesse 2017 wurde das Buch ins Deutsche übersetzt.

Impressum
Der Kurdistan Report
erscheint regelmäßig
alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Kinder in Efrîn
protestieren gegen
die Angriffe des
türkischen Regimes.

Rückseite:
Free Efrîn – Kundgebung
in Hamburg gegen
die Besatzung Efrîns
durch die Türkei.

Namentlich gezeichnete
Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch
auszugsweise – nur
mit Genehmigung
der Redaktion.
Wir bedanken uns
für die Unterstützung
zahlreicher Freundinnen
und Freunde.

Broschüre »Jineolojî« in deutscher Sprache erschienen



Jineolojî
Jineolojî Komitee Europa
Titelbild: Zehra Dogan
Erste Auflage 2018
ISBN: 978-3-945326-73-2
Veröffentlicht durch:
Mezopotamien Verlag und Vertriebs GmbH
Gladbacher Str. 407 B
41460 Neuss / Deutschland
jineolojîcenter@riseup.net
www.jineolojî.org

Wir dokumentieren das Vorwort der Broschüre »Jineolojî«, die eine Zusammenfassung des Buches »Einführung in die Jineolojî« darstellt. Herausgegeben vom Jineolojî Komitee Europa, erschienen im Mezopotamien Verlag Neuss. Kontakt: jineolojîcenter@riseup.net, www.jineolojî.org

»Seit die Debatten rund um die Jineolojî begonnen haben, sind die Diskussionen mit unterschiedlichsten Gruppen eine große Inspiration für uns. Bis jetzt wurden viele Seminare, Podiumsdiskussionen und Zusammenkünfte über die Jineolojî in mehreren europäischen Ländern und im Mittleren Osten veranstaltet. Hinzu kommen noch unterschiedliche Konferenzen, die in drei Ländern abgehalten wurden: in Deutschland, Frankreich und Schweden. In dieser Phase war unser Hauptziel die Debatte über die Jineolojî zu vertiefen. Aber die wichtigste Voraussetzung für die Debatte ist das Verbreiten von Quellen, die analysiert werden können. Viele der Quellen, zu denen die kurdische Frauenbewegung und die kurdische Gesellschaft Zugang haben, wurden noch nicht in europäische Sprachen übersetzt, obwohl wir es gerne schaffen würden die Anfragen der Gruppen, mit denen wir über Jineolojî diskutiert haben, bearbeiten zu können.
Diese Broschüre ist eine Zusammenfassung des Buches ›Einführung in die Jineolojî‹. Es ist ein kleiner Schritt denjenigen entgegen zu kommen, die das Thema interessiert. Bei der Vorbereitung dieser Broschüre haben wir versucht die Methoden anzuwenden, die wir in den Jineolojî Diskussionen und Seminaren angewandt haben. Wir wollen hier einführendes Material zur Verfügung stellen, das die derzeitigen Debatten vertiefen kann.
Während wir an neuen Herangehensweisen arbeiten, bedeutet die Herausbildung der Jineolojî auch einen Einspruch. Sie ist ein Einspruch gegen die Sozialwissenschaften, ihre Methodik, ihre Zusammenarbeit mit der Herrschaft und ihre orientalistischen Einflüsse ...
Wir glauben, dass alle möglichen Gedanken und jegliche Kritik der Leser*innen zu dieser Broschüre die Jineolojî weiter bringen können.

Jineolojî Komitee Europa«



ISSN 0935-5375